

Zeit für Aufbruch

Bezirkskonferenz
20. & 21. Mai 2017
Hannover

Beschlussbuch



**Bezirk
Hannover**

Beschlussbuch zur Bezirkskonferenz 2017

Herausgeber*innen:
Jusos Bezirk Hannover
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

Redaktion:
Florian W. Kolb und
Theresa Abend

Stand:
13. Juli 2017

Inhaltsverzeichnis

Arbeitsprogramm "Zeit für Aufbruch!"	5
A – Arbeit	13
Integration durch Arbeit - Diskriminierung verhindern	13
Mindeausbildungsvergütung	14
Qualifizierungsmaßnahmen harmonisieren - Das Arbeitslosengeld Q richtig angehen	15
B – Bildung, Schule und Hochschule	17
Jede*r kann Leben retten	17
Mehr Studienplätze und besser bezahlte Ausbildungsplätze in „Mangelberufen“	18
Kostenloser Zugang zu Hygieneartikeln und Kondomen auf den Schul Klos	19
D – Digitales und Medien	20
Fernsehunterhaltung barrierefrei gestalten	20
Impressumpflicht sachgerechter und rechtssicherer ausgestalten	21
ZITiS in die Schranken weisen	24
Thesen zur Gestaltung der Digitalisierung	26
E – Europa, Internationales und Intergalaktisches	33
Selbsteintrittsrecht bewahren!	33
Sofortige Ächtung von Atomwaffen weltweit	34
Das transatlantische Verhältnis im Jahr 2017	36
F – Feminismus	38
Resolution: Mehr Pandas anstatt alter Männer	38
Kinderfreundliche Infrastruktur jenseits von Geschlechterstereotypen	39
Equal Care – nur das ist fair	40
Neufassung des TSG: Auch die Würde von Trans*menschen ist unantastbar	42
G – Gesundheit	44
Verhütungsmittel sind Grundrecht und kein Privileg – Für die Erstattung der anfallenden Kosten für Verhütungsmittel!	44
Bürger*innenversicherung	45
Kostenübernahme für Tests auf sexuell übertragbare Krankheiten	49
Bezahlung für ärztliche Beratung	50
Mehr Geld und weniger Stress fürs Pflegepersonal durch mehr Arbeitsstellen	51
Richtlinien über Krankenfahrten	52
Mehr Kassensitze für Psychotherapeut*innen	53
Defibrillatoren im öffentlichen Raum	55
I – Inneres und Antifaschismus	56
Einführung des Tags der Befreiung als gesetzlichen bundesweiten Feiertag	56
Rettet die Autobahnen	57
Maaslos übertrieben - Gegen die Verschärfung des § 113 StGB	58
Es muss nicht immer Bunt sein – Bunte Leitstellen abschaffen	62

J – Jugend- und Familienpolitik	63
Mehr Gleichberechtigung – Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser fördern	63
Wahlrecht auf 16 senken	65
Warum auf die Schüler*innenvertretung warten?	66
K – Kommunen und ländliche Räume	67
Wessen Welt ist die Welt? – Öffentlichen Raum für junge Menschen erkämpfen, bewahren und ausbauen	67
Fahrräder	70
Einführung einer Sperrklausel bei Kommunalwahlen	71
Wir wollen Wohnraum, keine Parkplätze - Stellplatzverordnung anpassen	72
O – Organisation	73
Awareness-Baustelle SPD oder auch Einmal Awareness für die SPD, bitte!	73
Das Märchen von der sozialen Gerechtigkeit	75
Leitfaden zur gezielten Frauen*förderung und für ein diverseres Verbandsleben	78
S – Sonstiges	81
Intensivierung des sozialen Wohnungsbaus	81
Kirchenaustritt vereinfachen – Austritt ohne Gebühr	82
Kostenlose Toiletten an Bahnhöfen und Autobahnraststätten	83
Sinnvolle Öffnungszeiten von Toiletten an Bahnhöfen	84
U – Umwelt und Verbraucher*innenschutz	85
Gegen den Verpackungsmüll im Wahlkampf	85
Radeln für die Umwelt, Fahrradautobahnen Jetzt!	86
Abgespeist. Gegen den Etikettenschwindel	87
W – Wirtschaft und Finanzen	88
Abgeltungsteuer für Kapitaleinkünfte abzuschaffen	88

Arbeitsprogramm "Zeit für Aufbruch!"

Beschlusnummer 2017.AP

Antragsteller*innen Bezirksvorstand

Weiterleitung an

1 Im Jahr 2017 stehen wir als Jusos Bezirk Hannover wieder vor großen Herausforderungen. Die
2 Bundestagswahl 2017 bietet die Chance, einen kompletten Wandel der Ausrichtung unserer Po-
3 litik zu erreichen. Wir werden unseren Beitrag dazu liefern, dass wir am 25. September 13 direkt-
4 gewählte Bundestagsabgeordnete aus dem Bezirk Hannover haben werden. Im Januar 2018 gilt
5 es für Stephan Weil eine weitere Amtszeit als Ministerpräsident zu erreichen.

6 Soziale Ungerechtigkeit, Klimawandel und Menschenfeindlichkeit sind die zentralen Probleme
7 unserer Welt von heute. Deshalb werden wir den Kampf auch außerhalb der Wahlkämpfe wei-
8 terführen. Politische Bildung sehen wir als einer der Grundlagen für diesen Kampf an.

9 Nur wir sind in der Lage den Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit und den Kampf gegen Men-
10 schenfeindlichkeit miteinander zu verknüpfen - das ist unsere Aufgabe. Wir werden uns deshalb
11 auch in der nächsten Amtsperiode diesem politischen Kampf widmen. Denn eine bessere Welt
12 ist möglich, aber dafür muss gekämpft werden.

13 **Veranstaltungen**

14 Einen wichtigen Teil unserer Arbeit stellen die Veranstaltungen dar. Durch sie gewinnen wir Neu-
15 mitglieder, vertiefen Kenntnisse und entwickeln neue Positionen. Auch in Zukunft wollen wir des-
16 halb verschiedene Veranstaltungsformate anbieten, um unsere bisher gute Arbeit aufrechtzuer-
17 halten und an einigen Punkten auszubauen. So wollen wir beispielsweise die Motivation unserer
18 Teilnehmer*innen weiter aufrechterhalten und einen Ansporn bieten, an möglichst vielen unse-
19 rer Veranstaltungen teilzunehmen.

20 **Denkfabriken**

21 Das Seminarangebot in unserem sehr beliebten Format der "Denkfabriken" wollen wir auf jeden
22 Fall beibehalten. Es werden daher auch in diesem Jahr wieder vier Denkfabriken stattfinden, die
23 jeweils ein Wochenende lang sind. Besonders wird in diesem Jahr, dass wir mit einem neuen
24 Denkfabriken-Format beginnen: Die DeFaKampa. Während die weiteren drei Denkfabriken sich
25 wie gewohnt um unsere Kernthemen Sozialismus, Feminismus und Internationalismus drehen
26 werden, werden wir uns mit der DeFaKampa auf ein gemeinsames, spannendes und erfolgreiches
27 Wahljahr vorbereiten. Geplant sind zum Beispiel kleine Trainings, um das Markt- oder Haustürge-
28 spräch erfolgreich zu gestalten, aber auch Workshops in denen ihr lernt für eure Juso-Gliederung
29 ganz einfach erfolgreichen Online-Wahlkampf zu gestalten. Mit diesem Wissen und diesen Tech-
30 niken können wir unsere volle Energie in den Bundestagswahlkampf einbringen und im Septem-
31 ber ein starkes Ergebnis für die SPD einfahren.

32 **Seminare auf Abruf**

33 Die Seminare auf Abruf sollen auch in der nächsten Amtsperiode ein wichtiger Bestandteil un-
34 seres Seminarkonzepts sein. So bietet jedes Vorstandsmitglied eines oder mehrere Seminare zu

35 organisatorischen bzw. inhaltlichen Themen an. Die Themen können einzeln oder in Kombinati-
36 on von den Unterbezirken oder anderen Gliederungen in Anspruch genommen werden und vor
37 Ort auf individuelle Bedürfnisse zugeschnitten werden.

38 Der Katalog der Seminare soll überarbeitet und, wenn möglich, erweitert werden. Sobald er fertig
39 ist, wird er allen Mitgliedern des Bezirks zur Verfügung gestellt. Um möglichst viele Mitglieder auf
40 unsere Seminare auf Abruf aufmerksam zu machen, wollen wir diese stärker bewerben.

41 **Frauen*vernetzung**

42 Im kommenden Vorstandsjahr wollen wir die begonnene bezirkswerte Frauen*vernetzung fort-
43 setzen und ausbauen. Austausch und gegenseitige Unterstützung von Frauen* zu fördern ist ein
44 Grundbestandteil unserer feministischen Arbeit. Damit wollen wir engagierten Frauen* den Rü-
45 cken stärken und sie zusammenbringen, um Kontakte zu knüpfen die sie in ihren politischen
46 Vorhaben stützen können. Gleichzeitig wollen wir so auch Frauen*, die noch am Anfang ihrer po-
47 litischen Arbeit stehen oder gerade erst dabei sind konkret aktiv zu werden, dabei begleiten und
48 sie in ein Frauen*netzwerk aufnehmen, dass auf solidarischer Basis agiert und auf die Wünsche
49 seiner Teilnehmer*innen eingeht. Genauso wollen wir versuchen auch Frauen* einzubinden, die
50 vor Ort noch keinen Anschluss in den Juso- und SPD-Gliederungen gefunden haben und ihnen so
51 einen weiteren Rahmen des Engagements bei den Jusos eröffnen.

52 Wir denken bei der Frauen*vernetzung nicht nur an Veranstaltungen, die einer Kontaktbör-
53 se gleichkommen. Sondern wir möchten Frauen* die Möglichkeit geben Erfahrungen, gute und
54 schlechte, auszutauschen, Lösungen für Probleme zu erarbeiten, Bündnisse zu schmieden, politi-
55 sche Ideen zu entwickeln und weiterzudenken. Natürlich wollen wir aber auch unser Know-How,
56 Tipps und „Insider-Infos“ von Frau* zu Frau* weitergeben. So wollen wir auch unerfahreneren
57 Genossinnen* dabei helfen, die (teils) männlich dominierten Strukturen der Jusos und der SPD zu
58 durchschauen und Hilfestellung geben, wie frau damit umgehen kann.

59 All dies soll in einem angenehmen und geschützten Rahmen mit geringer Hemmschwelle gesche-
60 hen. Frei von Mansplaining.

61 **Antrags-Arbeitskreise**

62 Als neue Veranstaltung wollen wir Antrags-Arbeitskreise etablieren. In diesen Arbeitskreisen wol-
63 len wir uns jeweils in ein Thema tiefergehender einarbeiten und dieses debattieren. Mit Ex-
64 pert*innen der Jusos soll im besten Fall ein Antrag zu den entsprechenden Themen erarbeitet
65 werden.

66 **Weitere Veranstaltungsformate**

67 Im nächsten Vorstandsjahr wollen wir einzelne, größere Veranstaltungen planen und durchfüh-
68 ren. Diese „Leuchtturmveranstaltungen“ sollen vor allem Themen abdecken, mit denen wir uns
69 in unseren übrigen Veranstaltungsformaten (Denkfabriken, Seminare auf Abruf etc.) weniger be-
70 fassen und somit eine Ergänzung unseres Themenspektrums darstellen.

71 Im Zuge dieser neuen Veranstaltungsformate wollen wir uns mit Externen austauschen und zu be-
72 stimmten Themen zusammenarbeiten, um so unsere Expertise zu erweitern und um neue Bünd-
73 nispartner*innen zu gewinnen.

74 **Veranstaltungen mit anderen Bezirken, Landesverbänden und Gliederungen**

75 Auch im nächsten Jahr wollen wir versuchen mit anderen Bezirken, Landesverbänden sowie wei-
76 teren Gliederungen innerhalb unserer Partei zusammenzuarbeiten. Dies soll, wenn möglich, bei-
77 spielsweise durch gemeinsame Seminare oder andere Formen von Veranstaltungen passieren.

78 **Theoriearbeit**

79 Die Jusos stehen in der Tradition der internationalen marxistischen Bewegung. Viele Personen
80 haben mit ihrer wissenschaftlichen Arbeit die inhaltlichen Grundlagen für unsere konkrete poli-
81 tische Arbeit geschaffen. Das bleibt wichtig für uns. Nur wenn wir die wissenschaftlichen Grund-
82 lagen für unsere Positionen kennen, können wir die Welt verändern. Wir wollen deshalb stärker
83 als bisher über die theoretischen Grundlagen diskutieren und sie gemeinsam erarbeiten. Das be-
84 trifft sowohl die klassische marxistische Literatur, als auch die Vorarbeit der Jusos in den 70ern
85 und aktuelle Wissenschaftler*innen. Nur wenn unsere theoretischen Grundlagen auf der Höhe
86 der Zeit sind, kann es uns gelingen unseren eigenen Verband weiterzuentwickeln. Wir wollen im
87 Sinne unserer politischen Bildungsarbeit dieses auch im Rahmen des DeFaMags weiterbringen,
88 theoretische Grundlagen bei unseren Bildungsveranstaltungen einbauen und prüfen ob weitere
89 Publikationen möglich und erforderlich sind.

90 **Kommunikation im Verband**

91 Unsere Kommunikation innerhalb des Verbandes läuft sehr gut. Durch Newsletter, den Bezirks-
92 beirat, unsere Facebook-Seite, aber auch durch unser neues Magazin, das DeFaMag, schaffen wir
93 es unsere Mitglieder auf dem neuesten Stand zu halten und in Kontakt zu bleiben. Zusätzlich wol-
94 len wir im Wahlkampf auf einen WhatsApp-Broadcast setzen. Damit wollen wir euch über den
95 Bundestagswahlkampf optimal informieren, aber auch spontan reagieren.

96 **DeFaMag**

97 Mit dem DeFaMag ist uns ein beispielloses Verbandsmagazin gelungen, dass sowohl inhaltlich,
98 als auch designtechnisch brilliert. Ziel ist es im kommenden Jahr die Qualität beizubehalten und
99 nach Möglichkeiten zu suchen, dieses auch in gedruckter Form herauszugeben.

100 **Mitglieder gewinnen & aktivieren**

101 Seit Martin Schulz unser Kanzlerkandidat geworden ist, verzeichnet auch der Bezirk einen deut-
102 lichen Mitgliederzuwachs. Wir wollen diesen Aufschwung nutzen um noch mehr Mitglieder zu
103 gewinnen. Gerade der Wahlkampf bietet sich an interessierten jungen Menschen die Jusos und
104 die SPD näher zu bringen. Hierfür wollen wir Online-, wie Offline-Material entwerfen, um euch zu
105 unterstützen, damit wir noch mehr werden.

106 **Gezielte Ansprache der durch den „Schulzug“ gewonnenen Neumitglieder**

107 Wir wollen die bisherigen Neumitglieder seit der Nominierung von Schulz kurzfristig ansprechen
108 und uns darüber hinaus Konzepte überlegen, wie wir sie langfristig an uns binden können. Da sich
109 Neumitglieder*abende als bewährtes Mittel um neue Genoss*innen effektiv an unseren Verband
110 zu binden bewiesen haben, setzt sich der Bezirksvorstand als Ziel in Kooperation mit den Unter-
111 bezirken einen Neumitglieder*abend zu veranstalten.

112 **Angebotsstruktur für tote Unterbezirke**

113 Im nächsten Vorstandsjahr haben wir nicht nur eine Bundestags- sondern auch eine Landtags-
114 wahl zu bestreiten. Da Wahlkämpfe uns Jusos auch immer neue Mitglieder bringen, wollen wir

115 diese Potentiale entsprechend aufgreifen, um den Werbeeffekt in Wahlkampfzeiten zu maximie-
116 ren. Mitgliederwerbung ist hierbei aber nur ein Aspekt der Mitgliedergewinnung. Den Erfolg müs-
117 sen wir an unserer Bindungsquote messen lassen. Damit uns dies gelingt, wollen wir struktur-
118 schwachen Unterbezirken gerne, im Rahmen unserer Möglichkeiten, beratend beiseite stehen.
119 Wichtig ist uns auch, dass wir z.B. die zur Wahl stehenden Kandidat*innen tatkräftig unterstützen,
120 um im Wahlkampf möglichst viele junge Interessierte von uns Jusos zu begeistern. Aus diesem
121 Grund ist es uns ein wichtiges Anliegen mit gut aufgestellten und engagierten Unterbezirken die
122 Wahlkämpfe zu bestreiten.

123 **Gleichstellung**

124 Die Jusos Bezirk Hannover verstehen sich als feministischen Richtungsverband und arbeiten wei-
125 terhin grundlegend daran, eine gesellschaftliche Diskriminierung von Frauen* zu bekämpfen. Wir
126 erkennen es als unsere Pflicht auf diese Missstände innerhalb und außerhalb unseres Verbandes
127 hinzuweisen sowie eine Debatte diesbezüglich anzustoßen.

128 Obwohl die SPD eine historische Vorreiter*innenrolle in der Gleichstellungspolitik einnimmt, zei-
129 gen die heutigen Verhältnisse, dass Frauen* in der Partei immer noch weitestgehend unterre-
130 präsentiert sind. Die Politik ist davon gezeichnet, dass sie stark von Männern repräsentiert wird,
131 indem die meisten Vorstandspositionen an ebendiese vergeben sind. Auch auf Sitzungen und Ver-
132 anstaltungen herrscht ein männlich dominantes Redeverhalten vor, das viele Frauen* übergeht,
133 einschüchtert oder nicht wirklich ernst nimmt. In diesem Sinne haben viele Frauen* auch das Ge-
134 fühl, nur dann ernst genommen und angehört zu werden, wenn es um typische 'Frauen*themen'
135 geht. Die Quote soll dabei sicherstellen, dass eine Partizipation der Frauen* ermöglicht wird und
136 zu mehr Gerechtigkeit im Rahmen von Reden und Repräsentationen führt. Oftmals werden Frau-
137 en* aber dennoch die Qualifikation abgesprochen, bei Entscheidungen nicht eingebunden oder
138 schlichtweg außen vorgelassen. Dadurch wird die Motivation von Frauen*, sich in die politische
139 Arbeit einzubringen, erheblich beeinträchtigt. Aus diesem Grund müssen Frauen* besonders ge-
140 fördert werden, damit qualifizierte Menschen auch die Chance erhalten, ihre Potentiale entgegen
141 der patriarchalen Strukturen vollends zu entfalten.

142 Auch in unserem eigenen Verband sind Frauen* immer noch stark unterrepräsentiert. Daher wol-
143 len wir als Jusos Bezirk Hannover einen kritischen Blick auf unseren Verbandszustand werfen:

144 Aktuell gibt es 3051 Juso-Mitglieder im Bezirk Hannover. Davon sind 831 Mitglieder Frauen*, das
145 entspricht gut 27 Prozent. Damit sind wir noch viel zu weit von 50 Prozent entfernt. Auch die vie-
146 len Neueintritte in diesem Jahr vergrößern im Endeffekt leider nur den Anteil der Männer* unter
147 den Juso-Mitgliedern. Denn nur knapp 24 Prozent der Juso-Neumitglieder sind Frauen*. Dieser
148 Durchschnitt setzt sich zusammen aus den Durchschnitts aller Unterbezirke im Bezirk. Im letz-
149 ten Jahr haben wir auch weiterhin wenig Frauen* hinzugewonnen: Im "schlechtesten" Unterbe-
150 zirk liegt der Anteil von weiblichen* Neumitgliedern bei 8 Prozent, im "besten" aber auch nur bei
151 traurigen 31 Prozent. In den 12 derzeit aktiven Juso-Unterbezirken gibt es insgesamt zwei weibli-
152 che Vorsitzende, eine weibliche Doppelspitze sowie eine gemischte Doppelspitze. Damit werden
153 66 % der Juso-Unterbezirke von Männern als Vorsitzenden vertreten, ebenso wie auch der Juso-
154 Bezirksvorstand.

155 Dies gibt uns als Bezirksvorstand im kommenden Vorstandsjahr den offensichtlichen Arbeitsauf-
156 trag nicht nur die Frauen*vernetzung weiter stark voranzutreiben, sondern auch bei der Mitglie-
157 derwerbung, sowie im Wahlkampf ein ganz besonderes Augenmerk auf Frauen* zu legen. Denn

158 nur wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen, können wir dazu beitragen, dass unser Verband
159 ein von Diversität geprägter Verband wird anstatt nur von 27 % Frauen*anteil.

160 In diesem Sinne wollen wir auch dazu beitragen, ein Klima zu schaffen, indem Frauen* und Män-
161 ner gemeinsam entscheiden, fair diskutieren und respektvoll miteinander umgehen, Frauen* sich
162 wohlfühlen, offen ihre eigene Meinung äußern können und sie ernst genommen werden. Dafür
163 gilt es auch jüngere Frauen* zu empowern, damit sie aktiv die politische Arbeit mitgestalten und
164 Frauen* innerhalb unseres Bezirkes sichtbar zu machen. Das bedeutet, dass wir insbesondere bei
165 der Vergabe von Grußworten, Referent*innen und Diskussionsteilnahmen darauf achten, zuvor-
166 derst Frauen* einzuladen.

167 **Bundestagswahl**

168 Der Bundestagswahlkampf wird in den kommenden Monaten das wichtigste Arbeitsfeld des Be-
169 zirksvorstandes werden. Wir möchten euch vor Ort unterstützen und auch gerade den Unterbe-
170 zirken helfen, in denen es derzeit an Wo*menpower fehlt.

171 **Bustour**

172 Auf alle Fälle geplant ist derzeit wieder ein Bezirksbus mit dem wir durch den ganzen Bezirk tou-
173 ren werden, um die schulische Euphorie zu verbreiten. Dieser wird neben Jusos auch noch vollge-
174 stopft sein mit Materialien und der ein oder anderen Aktion, die man flexibel vor Ort durchführen
175 werden kann. Wir haben dabei vor, einen Großteil, wenn nicht den gesamten Bezirk zu befahren
176 und dabei mit den Jusos vor Ort verschiedene Formate durchzuführen.

177 **Onlinewahlkampf**

178 Neben dem Straßenwahlkampf wollen wir uns auch voll in den Onlinewahlkampf reinhängen.
179 Informative Beiträge wollen wir mit Humor und Kreativität ergänzen, um so eine Reichweite an
180 Menschen generieren, die wir mit unseren normalen Beiträgen nicht erreichen. Hierbei fahren
181 wir unsere bekannte Linie: Wir wollen keinen Populismus, sondern klare Haltungen mit entspre-
182 chendem Background. Unser Bezirk ist ein Bezirk der inhaltlichen Arbeit.

183 Im vergangenen Jahr haben wir mit Videos auf Facebook eine sehr gute Erfahrung gemacht. Durch
184 Kreativität und eine gelungene Nachbearbeitung haben wir es geschafft mehrere gute Videos zu
185 produzieren. Mit ein wenig Vorbereitung konnten wir so auch zielgruppengerecht die Menschen
186 ansprechen, die wir erreichen wollten. Hier werden wir im kommenden Wahlkampfjahr noch
187 weiter zulegen. Denkbar wären beispielsweise Erklärvideos zu bestimmten politische Themen.

188 **Material**

189 Wir haben vor auch eigenes Material für den Wahlkampf zu produzieren und haben hier auch
190 schon ein paar Ideen. In wie weit die umsetzbar und finanzierbar sind müssen wir in den kom-
191 menden Monaten in Gesprächen mit der SPD evaluieren.

192 **Landtagswahl**

193 Im Januar findet in Niedersachsen die Landtagswahl statt. Wir wollen die derzeit knappe rot-grüne
194 Mehrheit im Landtag erhalten und ausbauen. In den vergangenen Jahren wurde viel erreicht. Der
195 größte Erfolg war die Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren. Gemeinsam mit der SPD
196 und mit Stephan Weil als Ministerpräsident wollen wir die progressive Politik auf Landesebene

197 ausbauen. Daher werden wir nach Möglichkeit den Landesvorstand aktiv im Wahlkampf unter-
198 stützen.

199 **Arbeitsumfeld**

200 **Lifestyle voranstellen**

201 Juso sein ist ein Ehrenamt und ein Hobby, deswegen soll bei uns der Spaß auch nicht hintenan-
202 stehen. Auch wenn es manchmal notwendig ist für die richtige Sache zu streiten, sind wir doch
203 auch ein einigermaßen cooler Verband, dessen Motto nicht ohne Grund "Liebe & Anerkennung"
204 ist. Auch im kommenden Jahr wollen wir neue Veranstaltungsformate ausprobieren und den Life-
205 style nicht vergessen.

206 **Awareness-Strukturen bieten**

207 Die Awareness-Arbeit ist ein weiterer wichtiger Teil unseres feministischen Selbstverständnisses.
208 Wir wollen damit nicht nur Sexismus und anderen Menschenfeindlichkeiten entgegenwirken,
209 wir wollen auch im gegenseitigen Umgang sensibilisieren und Ansprechpartner*innen im Fall
210 von Grenzüberschreitungen bieten. Zu einem respektvollen Miteinander gehört es für uns, dass
211 persönliche Grenzen berücksichtigt werden. Deshalb ist es uns wichtig, durch eine Awareness-
212 Struktur Menschen beiseite zu stehen, die sich unwohl, bedrängt oder angegriffen fühlen, sei es
213 durch sexistische oder rassistische Äußerungen oder übergriffiges Verhalten. Grundsätzlich fin-
214 det unsere Awareness-Arbeit vertraulich und in Absprache mit den jeweiligen Betroffenen statt
215 und wir versuchen dementsprechend eine gemeinsame Lösung für Probleme zu finden.

216 **Ein gutes Team sein**

217 Innerhalb des Bezirksvorstandes wollen wir für eine gute und konstruktive Arbeitsatmosphäre
218 sorgen, in der jede*r im Rahmen seiner*ihrer Möglichkeiten mitarbeiten kann. Das bedeutet vor
219 allem, dass auch innerhalb unseres Vorstandes kein Platz für Menschenhass ist. Für uns steht ein
220 gutes und solidarisches Miteinander im Vordergrund bei unserer Arbeit. Jedes Bezirksvorstands-
221 mitglied hat Wissen, Know-How, Interessen und Qualitäten, die es in unsere kommende Arbeit
222 einbringen wird. Gemeinsam wollen wir von allem, was ein*e jede*r von uns mitbringt profi-
223 tieren und miteinander und voneinander lernen, um das Beste aus unserer Arbeit zu machen.
224 Dabei wollen wir auch Weiterbildungsmaßnahmen durchführen. Hier wollen wir einen besonde-
225 ren Fokus auf politische Grundlagen, methodische Workshop-Arbeit und rhetorische Fähigkeiten
226 legen.

227 Da auch in diesem Jahr wieder „neue“ Mitglieder zum schon bestehenden BeVo-Team hinzukom-
228 men, werden wir natürlich auch ein aktives Teambuilding durchführen. Denn ein persönliches
229 Miteinander, dass dafür sorgt, dass die einzelnen BeVo-Mitglieder motiviert arbeiten, ist ebenso
230 wichtig wie die politische und organisatorische Arbeit.

231 Auch in diesem Jahr sollen für einzelne Arbeitsbereiche des Bezirksvorstandes wieder feste An-
232 sprechpartner*innen benannt werden. Dies ist einer der Schritte, den wir unternehmen, um die
233 Arbeitsbelastung auf die Vorstandsmitglieder zu verteilen und für Transparenz nach außen zu
234 sorgen. Zusätzlich wollen wir auch in diesem Jahr unsere Arbeitsabläufe weiter professionalisie-
235 ren.

236 **Unsere Rolle im Verband**

237 In einem so großen Verband wie den Jusos können wir unsere richtigen Positionen nicht alleine
238 durchsetzen. Wir werden deshalb weiterhin mit den Verbänden zusammenarbeiten, die ähnli-
239 che Auffassungen zu Politik haben wie wir. Das bedeutet auch, dass wir nicht einfache Beobach-
240 ter*innen sein wollen, sondern uns aktiv, sowohl inhaltlich als auch personell, in die Meinungs-
241 bildung einmischen werden.

242 **Begleitung des Bundesvorstands**

243 Die Arbeit des Juso-Bundesvorstands werden wir weiterhin aktiv begleiten und innerhalb der Ver-
244 bandsarbeit auf Bundesebene eine tragende Rolle übernehmen. Für uns ist es wichtig die aktu-
245 ellen Kampagnen des Bundesvorstands zu hinterfragen und an unsere lokalen Gegebenheiten
246 anzupassen. Wir wollen im Bezirk als Multiplikator*innen die Arbeit des Bundesverbandes wei-
247 tertragen.

248 **Unser Bezirksbeirat**

249 Zu einer Demokratie gehört auch immer ein Kontrollorgan. Das ist bei uns der Bezirksbeirat und
250 wir wollen auch weiterhin eine gute Zusammenarbeit mit dem Bezirksbeirat anstreben. Die Liebe
251 unserer Unterbezirke ist uns wichtig.

252 **Aktive Hochschulgruppen**

253 Wir werden die drei Hochschulgruppen im Bezirk aktiv in die Wahlkämpfe einbinden. Ein guter
254 Start ist, dass beide Campaigner*innen der HSGen in unserem Bezirk aktiv sind. Wir werden auch
255 in der Zukunft eine stärkere personelle Anbindung der Studierenden an die Denkfabriken des
256 Bezirks anstreben. Besonders bei der DeFaKampa wollen wir die HSGen für die Bundestagswahl
257 und die Hochschulwahlkämpfe ausstatten. Dabei ist die Hochschule selbstverständlich auch ein
258 Raum, den wir stärker für die Jusos politisieren können.

259 Im Rahmen unserer Zusammenarbeit wollen wir verschiedene Themen gemeinsam aufgreifen,
260 wie zum Beispiel sozialem Wohnraum und Inklusion innerhalb der Hochschule.

261 **Solide Schüler*innen und Auszubildenden-Gruppe**

262 Auch die Schüler*innen und Auszubildenden-Gruppe möchten wir mit einer Rückkopplung rein
263 in den Arbeitskreis unterstützen. Der Bezirk soll hier mit Angeboten den Schülis das nötige Hand-
264 werkszeug für die Arbeit im Verband und im Rahmen der Bildungspolitik bereitstellen. Vermehrt
265 sollten wir auf Zusammenarbeit mit dem Landesverband setzen, um die gute Bildungspolitik vor-
266 anzutreiben.

267 **SPD-Bezirk voranbringen**

268 In den letzten 3 Jahren ist es uns gelungen bei der SPD ein gutes Standing zu erreichen. Daran
269 wollen wir weiterhin anknüpfen. Wir werden mit den Unterbezirken die strategische Ausrichtung
270 auf dem Bezirksparteitag besprechen, damit wir möglichst viele Kandidat*innen und unsere guten
271 Anträge durchsetzen können.

272 Grundsätzlich sind wir mit unserer Mutterpartei in kritischer Solidarität verbunden - das bedeutet,
273 dass wir zu unserer Partei stehen, aber gleichzeitig die Kritik dort ansprechen, wo es nötig ist und
274 wenn erforderlich die politischen Kämpfe führen, um die SPD progressiv weiter zu entwickeln.

A – Arbeit

Integration durch Arbeit - Diskriminierung verhindern

Beschlusnummer 2017.A1

Antragsteller*innen UB Region Hannover

Weiterleitung an SPD-Bezirksparteitag; SPD-Bundesparteitag

- 1 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass der abgesenkte Beitrag
- 2 der Vergütungen bei den sogenannten 1-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsent-
- 3 schädigung) bei Geflüchteten von 80 Cent wieder auf 1,05 € die Stunde angehoben wird. Weiterhin
- 4 fordern wir die Bundestagsfraktion dazu auf, die Vergütung bei 1-Euro-Jobs mittel- bis langfristig
- 5 auf Mindestlohniveau zu erhöhen.

Begründung

Die Absenkung des Lohnes nur bei Asylbewerber*innen wurde damit begründet, dass externe Kosten, wie z.B. Fahrtkosten oder Arbeitskleidung in der Regel wegfallen würden, da die meisten Betroffenen den 1-Euro-Job in einer Gemeinschaftsunterkunft oder in einer ähnlichen Einrichtung ausüben würden. Dies trifft laut Statistik allerdings nur in höchstens 25 % der Fälle zu.

Diese Änderung stellt eine Diskriminierung dar und erschwert die eigentlich angestrebte Integration durch Arbeit, da sich ein Teil der betroffenen Asylbewerber*innen nun im Vergleich zu deutschen 1-Euro-Jobber*innen diskriminiert fühlt und unter diesen Umständen nicht mehr arbeiten möchte. Die Möglichkeit der Integration durch Beschäftigung, die in meisten Fällen zudem außerhalb der Unterkünfte in kommunalen Betrieben stattfindet, sollte nicht abgewertet oder eingeschränkt werden.

Mindesausbildungsvergütung

Beschlusnummer 2017.A2
Antragsteller*innen UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg
Weiterleitung an SPD-Bezirksparteitag

1 Es gibt pro Jahr immer weniger Auszubildende, obwohl laut Statistik so viele Unternehmen eine
2 Ausbildung anbieten wie noch nie zuvor. Alleine im Jahre 2016 blieben über 170.000 Ausbildungs-
3 plätze unbesetzt. Als Grund dafür betitelt man, dass die junge Generation keine Lust auf die Arbeit
4 hat. Doch die Gründe der wenigen Auszubildende liegen viel tiefgründiger als gedacht. Denn der
5 wahrscheinlich Hauptgrund des Problems ist, dass es eine zu geringe Attraktivität in Sachen Ver-
6 gütung gibt. Es gibt tatsächlich in deutlicher Mehrzahl kein Tarif in ganzen Branchen wie z.B. Im
7 Handwerk, bei den Freien Berufen wie z.B. Apotheken, Arztpraxen und Kanzleien. Zu der Tatsache
8 das diese Branchen kein Tarif haben kommt noch hinzu, dass die jeweiligen Kammern der Bran-
9 chen eine meist sehr geringe Vergütung vorgeben. So lautet z.B. die Vorgabe der Rechtsanwalts-
10 Kammer Celle, dass die Mindestens Vergütung im 1. Lehrjahr 325,00 € ist. Das fatale daran ist, dass
11 die Unternehmen sich auch an solchen Angaben in den meisten Fällen richten. Es ist also bei so
12 einer Vergütung quasi unmöglich ein selbständiges Leben alleine zu führen. Man ist von seinen
13 Eltern abhängig und darüber hinaus von den Leistungen des Staates, die dazu auch noch wenig
14 sind. Und das alles, obwohl Auszubildende meistens noch als vollwertige Arbeitnehmer*innen
15 eingesetzt werden.

16 Deshalb ist es nicht verwunderlich weshalb junge Menschen lieber studieren gehen als eine Aus-
17 bildung zu beginnen. Um die Ausbildung fairer und attraktiver zu gestalten, fordern wir:

- 18 1. Eine gerechte Mindestvergütung für alle Branchen in der Ausbildung in Höhe des jeweilig
19 aktuellen Mindestlohns
- 20 2. mehr staatliche Förderung und Unterstützung
- 21 3. Prüfung der Vergütungsvorgaben von den jeweiligen Kammern
- 22 4. kein Mensch sollte Angst haben, obwohl er sich weiterbildet, wie er seine Rechnungen be-
23 gleichen soll

Qualifizierungsmaßnahmen harmonisieren - Das Arbeitslosengeld Q richtig angehen

Beschlusnummer 2017.A3

Antragsteller*innen UB Göttingen

Weiterleitung an Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag

1 Der Schulzzug rollt und mit ihm die ersten inhaltlichen Eckpunkte seines Programms für die Bun-
2 destagswahl 2017. Martin Schulz hat sich dabei für ein Konzept des Arbeitslosengeldes Q ausge-
3 sprochen, das die Bezugsdauer des ALG I verlängert, sofern die Beteiligten an Qualifizierungsmaß-
4 nahmen teilnehmen würden. Die vermittelte Weiter- und Fortbildung durch das Jobcenter soll
5 dabei aber keinen Selbstzweck darstellen. Damit das geplante Konzept des ALG Q seine Wirkung
6 entfalten kann, müssen neben Harmonisierungen der Maßnahmen auch grundlegende Standards
7 etabliert werden.

8 Wer jedoch über das Jobcenter an Qualifizierungsmaßnahmen teilnimmt wird schnell feststellen
9 müssen, dass der Pool an Angeboten einem regelrechten Dschungel gleicht, bei dem die Qualität
10 und eine erfolgreiche Fortbildungsquote weit auseinandergehen. So kann es durchaus vorkom-
11 men, dass ein*e Bauarbeiter*in, der*die in der Saisonarbeitslosigkeit ist, an einen zweiwöchigen
12 Journalismus-Kurs vermittelt wird, der die Proband*innen höchstens darauf vorbereitet, Inter-
13 netsuchmaschinen gezielt einzusetzen und weniger, wie mensch journalistisches Basis-Wissen
14 einsetzt. Jetzt stößt nicht nur die Tatsache auf, dass hierbei die falsche Qualifizierungsmaßnah-
15 me getroffen wurde, sondern auch, dass nicht gerade geeignete Kurse an die falschen Teilneh-
16 mer*innen von Steuergeldern finanziert werden.

17 Wenn mensch sich die aktuelle Entwicklung des demographischen Wandels vor Augen führt
18 und den ansteigenden Fachkräftemangel mitberücksichtigt, wird feststellen, dass wir auf diese
19 Herausforderung entsprechend reagieren müssen. Durch entsprechende und gezielte Qualifi-
20 zierungsmaßnahmen und Umschulungen besteht grundlegend das Potenzial, dem ansteigenden
21 Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Gerade die Problematik der Sockelarbeitslosigkeit und Ar-
22beitslose im fortgeschrittenen Alter kann mensch nur mit einem vergleichbaren und qualitativ
23 geeigneten System von Fort- und Weiterbildungsangeboten begegnen.

24 Um also dem Konzept des ALG Q das nötige Fundament der geeigneten Maßnahmen zur Verfü-
25 gung zu stellen, fordern wir:

- 26 • Allgemeingültige Gütesiegel für Qualifizierungsmaßnahmen, um eine einheitliche Qualität
27 und Vergleichbarkeit der Angebote zu gewährleisten
- 28 • Zeugnisse und Bescheinigungen einführen, die den selben Standards entsprechen, um eine
29 höhere Anerkennung im Rechtsverkehr zu erreichen und für eine bessere Verwendung zu
30 sorgen
- 31 • Ein Vergabesystem innerhalb der Jobcenter etablieren, so dass ausschließlich zielgerichtet
32 die passenden Qualifizierungsmaßnahmen vermittelt werden und keine fachfremden Kurse
33 Anwendung finden
- 34 • In Anbetracht des demographischen Wandels und des Fachkräftemangels gezielte und sinn-
35 volle Fort-, Weiter-, oder Umschulungsmaßnahmen vornehmen, um den drohenden Heraus-
36 forderungen gerecht zu werden

- 37 • Kooperationen und Partner*innenschaften mit den Volkshochschulen soweit wie möglich
38 vorantreiben, da diese eine gesteigerte Qualität vorweisen und eine höhere Anerkennung
39 im Rechtsverkehr besitzen

B – Bildung, Schule und Hochschule

Jede*r kann Leben retten

Beschlusnummer	2017.B1
Antragsteller*innen	UB Region Hannover
Weiterleitung an	SPD-Bezirksparteitag

- 1 Wir fordern die niedersächsische SPD-Landtagsfraktion auf, den Lehrplan der Schulen dahinge-
- 2 hend zu reformieren, dass alle Schüler*innen ab dem Grundschulalter, jährlich einen altersge-
- 3 rechten Erste-Hilfe-Kurs absolvieren.

Begründung

Jedes Jahr erleiden etwa 130.000 Menschen in Deutschland einen sogenannten plötzlichen Herztod und es kann jeden Menschen jederzeit treffen. Der plötzliche Herztod ist anders als der Name suggeriert nicht endgültig. Das Herz bleibt stehen, jedoch kann die betroffene Person, mit Hilfe von professionellen Rettungskräften, überleben. Die besonders kritische Phase ist jedoch die Zeit bis die Rettungskräfte eintreffen, dies dauert in Deutschland etwa 8-12 Minuten.

Jede Minute, in welcher die betroffene Person nicht reanimiert wird, verringert die Überlebenschance um 10%. Hier kommt die sogenannte Lai*innenreanimation ins Spiel. Die Wahrscheinlichkeit einen plötzlichen Herztod zu überleben steigt auf etwa das Doppelte, falls vor dem Eintreffen der Rettungskräfte von Passant*innen begonnen wurde zu reanimieren.

Leider ist Deutschland in Europa das Schlusslicht bei der Lai*innenreanimation, nur 30 Prozent der Deutschen helfen im Ernstfall. Daher sterben hierzulande etwa 180 Menschen pro Tag, weil sie nicht reanimiert wurden. In anderen Ländern, wie den Niederlanden oder Finnland, liegen die Quoten der Menschen, die reanimieren bei 65-80 Prozent. Falls wir unsere Quoten ebenfalls auf etwa 60 Prozent erhöhen könnten, würden jeden Tag ungefähr 90 Menschen in Deutschland mehr einen plötzlichen Herztod überleben.

In diesen Ländern ist häufig das Lernen der Lai*innenreanimation Teil des Schulunterrichts, bereits Grundschulkindern üben jährlich die Reanimation und so wird das Wissen und die Notwendigkeit bereits früh in der Bevölkerung verankert und ebenso die Angst vor der Situation deutlich reduziert.

Daher sollte Niedersachsen mit einem guten Beispiel vorangehen und den jährlichen Unterricht der Lai*innenreanimation als verpflichtend in den Lehrplan der Schulen aufnehmen.

Mehr Studienplätze und besser bezahlte Ausbildungsplätze in „Mangelberufen“

Beschlusnummer 2017.B2

Antragsteller*innen UB Region Hannover

Weiterleitung an

- 1 Wir fordern hiermit mehr Studien- und Ausbildungsplätze sowie eine bessere Bezahlung für Be-
- 2 rufe, die in unserem Land zu wenige potentielle Arbeitskräfte verzeichnen, um Arbeitspensum
- 3 auch in den kommenden Generationen durch mehr Nachwuchs zu sichern.

Begründung

Wir sind dafür, dass für Berufe, die auf dem Arbeitsmarkt einen Mangel an potentiellen Arbeitnehmer*innen verzeichnen mehr Studienplätze bzw. mehr Ausbildungsplätze mit besserer Subventionierung geschaffen werden. Anstatt, dass fertig ausgebildete Arbeitskräfte aus dem Ausland angeworben werden um sich die Kosten der Ausbildung zu sparen. Wir sollten das Potential im Land nutzen und eine Chance geben, die Entscheidung für den Beruf seiner Wahl treffen zu können.

Kostenloser Zugang zu Hygieneartikeln und Kondomen auf den Schulklos

Beschlusnummer 2017.B4

Antragsteller*innen UB Hildesheim

Weiterleitung an

- 1 Wir fordern, dass auf allen Toiletten in weiterführenden Schulen Kondome kostenlos zur Ver-
- 2 fügung gestellt werden. Zudem sollen auf den Mädchen*-Toiletten auch Tampons und Binden
- 3 kostenfrei zu finden sein.
- 4 Im Falle von Gender-neutralen Toiletten sollen grundsätzlich auf allen Schul-Toiletten in den wei-
- 5 terführenden Schulen Kondome, Tampons und Binden kostenfrei zugänglich sein.

Begründung

Tampons und Binden gehören ab einem gewissen Zeitpunkt für eine Frau* zum essentiellen Grundbedarf und sind keineswegs ein Luxusgut. Aus diesem Grund sollten besonders junge Frauen* und Mädchen während ihrer Schulzeit auch in der Schule unkompliziert und ohne große Hürden zu überwinden an Tampons und Binden kommen. Denn die Periode achtet keineswegs darauf, ob mensch gerade in der Schule ist, einen Tampon dabei oder eine Binde vorrätig hat. Durch den Zugang zu Binden und Tampons auf den Toiletten soll auch das Schamgefühl vermieden werden, dem Mädchen* ausgesetzt sind, wenn sie beispielsweise im Schulsekretariat, unter den beobachtenden Augen anderer Menschen, nach einem Tampon fragen müssen oder auch in der Schulklasse öffentlich um eine Binde bitten müssen. Denn besonders in den Anfangsjahren ihrer Periode haben Mädchen* häufig eine (eher) negative Beziehung zu ihrer Periode, belastet von Schamgefühlen, die auch häufig durch eigene oder erlebte Erfahrungen diesbezüglich im Klassenverband suggeriert werden.

Verhütung ist ein Thema, mit dem alle Jugendlichen früher oder später (notwendigerweise) in Kontakt kommen. Da Verhütungsmittel wie Kondome allen Jugendlichen barrierefrei zugänglich sein sollten, stellt das Schulklo einen sehr einfach zugänglichen Raum dar. Kondome sollen auf allen Schultoiletten vorhanden sein, da, salopp gesagt, Verhütung keine Einbahnstraße ist.

Da die Jusos sich generell für den kostenfreien Zugang zu Hygieneartikeln für Frauen* und kostenlosen Verhütungsmitteln aussprechen, sollte dies auch und vor allem in den Schulen gewährleistet sein. Falls der kostenfreie Zugang zu einem maßlosen Ausnutzen führen sollte, kann jede Schule für sich erstmal auf pädagogischem Wege und sonst in Form von Spenderautomaten mit Markensystemen oder ähnlichem für eine geregelte Ausgabe sorgen.

D – Digitales und Medien

Fernsehunterhaltung barrierefrei gestalten

Beschlusnummer 2017.D1

Antragsteller*innen UB Region Hannover

Weiterleitung an Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag

- 1 Eine freie Informationsbeschaffung durch Nutzung verschiedener Quellen ist Grundlage einer
- 2 offenen Demokratie. Für Gehörlose gibt es derzeit nur wenige Sendungen in Gebärdensprache
- 3 übersetzt. Daher fordern wir, dass die Nachrichtensendungen der öffentlich rechtlichen Sender
- 4 in Gebärdensprache übersetzt wird. Des Weiteren fordern wir eine Mindestquote für barrierefreie
- 5 Sendungen im privaten Fernsehen. Des Weiteren fordern wir, dass jede Sendung Untertitelt wird.
- 6 Des Weiteren fordern wir, dass jede Sendung Untertitelt wird und dass jeder Sender den sehbeein-
- 7 trächtigsten Menschen die Möglichkeit eröffnet, von einer Audiodeskriptiven Tonspur umzuschal-
- 8 ten.

Impressumspflicht sachgerechter und rechtssicherer ausgestal- ten

Beschlusnummer 2017.D2

Antragsteller*innen UB Region Hannover

Weiterleitung an Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

1 Wir fordern hiermit, die Impressumspflicht für Internetauftritte, insbesondere für

- 2 • private Blogger und
3 • private Social Media-Auftritte

4 sachgerechter und rechtssicherer auszugestalten. Es ist nicht hinnehmbar, dass insbesondere jun-
5 ge Menschen durch eine, für diese Generation immer selbstverständlicher werdende, Webaktivi-
6 tät (z.B. Facebook, Google+, Instagram, Blogging-Plattformen) derzeit erheblichen juristischen und
7 im Ergebnis finanziellen Risiken ausgesetzt werden. Im Zuge einer gesetzlichen Neuordnung sol-
8 len insbesondere private Webauftritte weitgehend von der Impressumspflicht befreit werden und
9 die Abmahnfähigkeit für Verstöße gesetzlich ausgeschlossen oder stark begrenzt werden. Hierzu
10 sind die einschlägigen Rechtsnormen klarer und ggf. auch rechtsprechungsbrechend neu zu fas-
11 sen.

12 Die Verpflichtung zur sog. Anbieterkennzeichnung (Impressumspflicht) ergibt sich aus § 5 Teleme-
13 diengesetz (TMG) sowie aus § 55 Rundfunkstaatsvertrag (RStV) und soll dem Nutzer*innen einer
14 Website davon in Kenntnis setzen, mit wem er es hier eigentlich zu tun hat. Im Impressum muss
15 ferner eine korrekte Anschrift angegeben werden, unter der der Websitebetreiber*innen tatsäch-
16 lich kontaktiert werden kann. Hierdurch sollen auch rechtliche Ansprüche gegenüber dem Sei-
17 tenbetreiber*innen gerichtlich durchgesetzt werden können.

18 Ein Impressum ist nach § 5 TMG für "geschäftsmäßige Online-Dienste" erforderlich, also regelmä-
19 ßig dann, wenn Inhalte, Waren oder Leistungen auf der Website üblicherweise gegen Entgelt an-
20 geboten werden, z.B. bei Online-Shops oder Web-Hostern und Softwarevermietung. Die Vorschrift
21 des § 55 Rundfunkstaatsvertrages (RstV) stellt für die Impressumspflicht hingegen auf die Inhalte
22 der Website ab. Danach benötigt ein umfangreiches Impressum, wer (regelmäßig) journalistisch-
23 redaktionell gestaltete Inhalte online stellt, die zur Meinungsbildung beitragen können.

24 Es wären daher in einem künftigen Gesetzgebungsverfahren die Abgrenzungskriterien genau-
25 er und praxistauglicher zu definieren. Insbesondere sollten einer Impressumspflicht nur Perso-
26 nen unterworfen werden, bei deren Webauftritten der gewerbliche/geschäftliche Charakter prä-
27 gend ist, also stark im Vordergrund steht. Ebenfalls zu definieren wäre der Begriff "journalistisch-
28 redaktionell" im RStV, und zwar in einer Weise, die private Blogger*innen und z.B. Facebook-
29 Nutzer*innen rechtssicher hiervon ausklammert.

30 Die Gesetzgeber*innen sollte regeln, dass Verstöße gegen die Impressumspflicht nicht abmahnfä-
31 hig sind bzw. nur dann, wenn missbräuchlich gegen diese Pflichten verstoßen wird oder zusätzlich
32 andere wesentliche Verstöße begangen werden.

Begründung

Zunächst ist anzumerken, dass immer noch vielen Menschen die Impressumpflicht nicht bekannt ist. Insbesondere von jungen Menschen, die ihre ersten Schritte im Web machen, kann ein solches rechtliches Bewusstsein auch nicht abverlangt werden, insbesondere da es über Blogging-Software, Foren-Software und Blog-Hoster (z.B. Blogger.com), aber auch durch Social-Media-Angebote (z.B. Facebook), noch nie so einfach und verlockend war, einen eigenen, regelmäßig aktualisierten Webauftritt zu unterhalten.

Für die Praxis folgen hieraus seit Jahren ungeklärte Rechtsfragen. Sind beispielsweise jugendliche Blogger*innen als Anbieter regelmäßiger journalistischer Inhalte anzusehen? Ist eine Impressumpflicht nach TMG für alle Blogger*innen einschlägig oder nur für Blogger*innen mit bestimmter Reichweite? Unterliegt bspw. ein*e engagierte*r Juso, der seine politischen Sichtweisen täglich auf Facebook postet und nebenbei noch regelmäßig Links zu seiner Lieblings-Cocktailbar, seinem Lieblingskino etc. teilt, einer Impressumpflicht? Kann die Frage nach der Reichweite bei einem Facebook-Auftritt überhaupt im Vorfeld erkannt werden (Stichwort: "shit-storm"). Nach welchen Kriterien wäre zu entscheiden, ob Inhalte im Internet belanglos sind oder die Grenze zum journalistisch „wertvollen“ Inhalt erreicht ist?

Zwar sind rein private Webseiten von der Impressumpflicht ausgenommen, da § 5 TMG grundsätzlich nur geschäftsmäßigen Online-Diensten die Impressumpflicht auferlegt und auch § 55 RStV davon ausgeht, dass bei Webseiten, die ausschließlich persönlichen oder familiären Zwecken dienen, kein Impressum notwendig ist.

Doch ist die Rechtsprechung hier teilweise sehr streng und wertete schon das Vorhandensein eines Werbebanners auf der Webseite oder die Teilnahme an einem Affiliat-Programm als nicht mehr rein privaten Webauftritt.

Diese Sichtweise ist allerdings völlig untauglich. Gerade im privaten Bereich besteht oft die Notwendigkeit günstigen Webspace zu nutzen, auf dem der Anbieter dann oftmals Werbung schaltet. Auch in sozialen Medien liegt es oft überhaupt nicht in der Hand der Nutzer*in in welchem Umfang hier Werbung eingeblendet wird. Besonders artifiziell wird dies, wenn mit der Werbung keine oder nur minimale Umsätze generiert werden.

Gleiches gilt für Blogger*innen und Forenbetreiber*innen, da diese rechtssicher wohl nur von der Impressumpflicht ausgenommen sind, wenn ihr Webauftritt sich auf rein private und familiäre Inhalte beschränken.

Die geradezu groteske Gesetzeslage lässt sich übrigens daran festmachen, dass ein Blog, welches man als journalistisch-redaktionell einstuft, verpflichtet wäre einen voll geschäftsfähigen Verantwortlichen im Impressum anzugeben. Was dies für einen jugendlichen Blogger*innen für rechtliche Konsequenzen hat ist völlig ungeklärt (quasi Blogging-Verbot, da nicht voll geschäftsfähig?).

Das Kernproblem der vorgenannt dargestellten Rechtsunsicherheiten ist, dass Verstöße gegen die Impressumpflicht in den letzten Jahren massenhaft abgemahnt wurden. Oft auch zu Lasten von Jugendlichen. Aber auch hier ist die Rechtsprechung nicht einheitlich. Einige Gerichte vertreten die Auffassung, dass bei fehlendem oder unvollständigem Impressum ein Rechtsverstoß vorliegen soll, während andere Gerichte (bestimmte) Verstöße gegen die Impressumsvorschriften für nicht abmahnfähig halten.

Das bisher geschilderte Risiko privater Internetauftritte wird ferner dadurch verstärkt, dass auch für die Platzierung des Impressums strenge Anforderungen gelten. Das Gesetz bestimmt, dass die Angaben „leicht erkennbar, unmittelbar erreichbar und ständig verfügbar“ sein sollen. Es wird

daher in der Fachliteratur dazu geraten die Angaben in einem eigenen Menüpunkt in der Navigation einzubinden, der von jeder Unterseite aus zu erreichen ist und explizit mit „Impressum“ oder „Anbieterkennzeichnung“ betextet wird.

Auch dies führt in der Praxis immer wieder zu Abmahnrisiken. Beispielsweise hat Facebook erst im letzten Jahr durch ein „Update“ auf vielen Präsenzen „quasi über Nacht“ versehentlich den jeweiligen Impressum-Link „verschwinden“ lassen. Auch ist es im Zusammenhang mit sog. responsive Design, also dem Erstellen von Internetauftritten die sich an die Größe von PC-Monitoren, Tablets und kleinen Smart-Phones individuell anpassen, völlig praxisfern zu fordern, ständig einen immer und sofort erreichbaren Link zum Impressum vorfinden zu können.

Gleichermaßen ist es für jugendliche Blogger*innen und Social-Media-Auftritte unrealistisch, wie regelmäßig von Gerichten gefordert, neben der E-Mail-Adresse auch noch eine Telefonnummer anzugeben. Gerade für engagierte Jugendliche die sich online gegen rechte Hetze oder andere kontroverse Themen engagieren, sollten von den Gesetzgeber*innen davor geschützt werden, derartige Informationen veröffentlichen zu müssen oder sich andernfalls dem Risiko einer (dann oft auch nur rechtsmissbräuchlich angewandten) Abmahnung ausgesetzt zu sehen.

Das Ziel einer begründeten Rechteverfolgung ist, wie die vielen Abmahnungen wegen fehlender Anbieterkennzeichnungen ja zeigen, auch ohne diese extensive Impressumspflicht möglich.

ZITiS in die Schranken weisen

Beschlusnummer 2017.D3

Antragsteller*innen UB Göttingen

Weiterleitung an

1 Die „Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich“ (ZITiS) wurde mit der Maßgabe
2 ins Leben gerufen, Überwachungstechniken für digitale Dienste und Messenger-Programme zu
3 entwickeln. Als dienstleistende Schnittstelle zwischen Sicherheitsbehörden, Verfassungsschutz
4 und der Bundeswehr soll sie dabei den neuen Anforderungen der inneren Sicherheit im Zeitalter
5 der Digitalisierung gewachsen sein. Die Bundesregierung rechtfertigt die Gründung dieser neuen
6 Bundesbehörde damit, dass durch die serienmäßigen Verschlüsselungssysteme, z.B. bei Whats-
7 App oder Apple-Produkten, staatliche Abhör- und Überwachungsmaßnahmen ins Leere laufen.
8 Diese Zentrale Stelle soll folglich also nicht selbst abhören, sondern lediglich die erforderliche
9 Technik dafür entwickeln und den staatlichen Sicherheitsbehörden zur Verfügung stellen. Da-
10 durch müssen besagte staatliche Stellen nicht „jede für sich“ an geeigneten Techniken forschen
11 und können auf die Entwicklungen und Ergebnisse der ZITiS zurückgreifen.

12 Wie jedoch bereits viele Quellen übereinstimmend wiedergeben, ist die geplante Strategie der
13 ZITiS, bestehende Sicherheitslücken aufzukaufen und sie bestehen zu lassen, damit sie entspre-
14 chend ausgenutzt werden können durch staatliche Stellen. In der Vergangenheit war es übliche
15 Praxis, dass User*innen entdeckte Sicherheitslücken den zuständigen Unternehmen gemeldet
16 haben, um sie schließen zu lassen und den Datenschutz im Allgemeinen zu verbessern. Dadurch
17 wurden gemeldete Sicherheitslücken durch Sachleistungen von Seiten der Unternehmen ent-
18 lohnt. Der*die User*in wird sich nun natürlich – einer kapitalistischen Logik entsprechend – eher
19 dazu entschließen, die gefundenen Sicherheitslücken für hohe Geldsummen an die ZITiS zu ver-
20 kaufen, die die nötigen finanziellen Mittel vom Bundesministerium des Innern zur Verfügung ge-
21 stellt bekommt.

22 Mit dieser Vorgehensweise eröffnen sich mehrere Probleme. Zum einen lässt sich keine rechtliche
23 Grundlage für das Verwenden von sogenannten Staatstrojanern entdecken und, damit einherge-
24 hend, fehlt es dann auch an der gesetzlichen Legitimation und Möglichkeit der Überprüfung durch
25 das Bundesverfassungsgericht. Zum anderen besteht dadurch auch immer das Risiko, dass offen
26 gelassene Sicherheitslücken von Dritten entdeckt werden und etwa ausländische Geheimdienste
27 oder die Organisierte Kriminalität sich diese zu eigen machen. In diesem Sinne ist die neuerdings
28 eingeführte Behörde verfassungsrechtlich sehr bedenklich, da sie die Integrität und das Vertrauen
29 in digitale Kommunikation und Dienste untergräbt, indem sie Datenhehlerei betreibt. Wir sollten
30 vielmehr eine öffentliche Debatte darüber führen, dass Steuergelder aufgewendet werden, um Si-
31 cherheitslücken zu kaufen, Computer zu hacken, Verschlüsselungen unsicherer zu machen. Ele-
32 mentare Grundsätze des Datenschutzes werden damit billigend vom Staat missachtet. und damit
33 elementare Grundsätze des Datenschutzes billigend missachtet werden.

34 Mit Erschrecken müssen wir also dabei zusehen, wie Massenüberwachung und digitale Überwa-
35 chungsinfrastruktur massiv ausgebaut wird und Grundrechte zunehmend beschnitten werden.
36 Aus diesem Grund fordern wir, den Aufgabenbereich der ZITiS umzustrukturieren:

- 37 • Sie soll eine finanziell solide ausgestattete Kryptopolitik vorantreiben, die die gesamte The-
38 matik der Verschlüsselungstechnik öffentlich aufbereitet und für jede*n einfach verständ-
39 lich zugänglich macht.

- 40 • Sie soll maßgeblich an einer Digital Agenda 2030 mitwirken, um die Bundesrepublik auf die
41 Herausforderungen der Digitalisierung vorzubereiten.
- 42 • Sie soll zu einer dienstleistenden Schnittstelle werden, die IT-Sicherheitsprodukte erforscht
43 und entwickelt, sowie eine finanzielle und personelle Unterstützung bestehender Daten-
44 schutzbehörden gewährleistet.
- 45 • Sie soll eine öffentliche Kampagne starten, die in ihrer Botschaft die Notwendigkeit einer
46 Charta der Digitalen Grundrechte verkörpert und Deutschland dazu antreibt, sich dafür auf
47 europäischer Ebene verpflichtend einzubringen.
- 48 • Ihr wird untersagt, Geld zu investieren, um Sicherheitslücken zu kaufen, Computer zu ha-
49 cken sowie Verschlüsselungen unsicherer zu machen.

Thesen zur Gestaltung der Digitalisierung

Beschlusnummer 2017.D4

Antragsteller*innen Bezirksvorstand

Weiterleitung an

1 Einleitung

2 Wer sich in die aktuelle Debatte zur "Netzpolitik" begibt, sieht, dass das Internet in unserer Politik
3 doch noch "Neuland" bleibt. Es wird als eine Erweiterung der bisher bestehenden Systeme (Rund-
4 funk, Post, ...) gesehen. Dabei wird verkannt, dass die Digitalisierung bzw. das Internet nicht mit
5 denselben Regeln spielt, wie die bisher bekannten Informationskanäle und Medien.

6 Gerade dass wir stets versuchen, alte Regelungen und Gesetze so gut wie möglich zu übertragen
7 statt über die speziellen Charakteristika der Digitalisierung nachzudenken, führt dazu, dass wir
8 in unserer "Netzpolitik" stets hinterherhinken. Wir haben dabei zugesehen, wie sich ein kleinerer
9 Internethändler für Bücher zu einem riesigen Unternehmen für eigentlich alles entwickelt hat.
10 Trotz der bisher schon bekannten Ausmaße der Digitalisierung fehlt es an einer zukunftsweisen-
11 den Politik für das Digitale. Das Grünbuch "Arbeiten 4.0" schlägt in die richtige Richtung, aber nicht
12 durchgreifend und weit genug. Hier sei unterstellt, dass es uns aber in unserer Partei grundsätz-
13 lich nicht an Expertise mangelt.

14 Daher braucht es – unserer Meinung nach – eine neue Politik des Digitalen. Hier darf nicht auf
15 Netz oder Internet verengt werden, da sich das Digitale nicht nur als technische Errungenschaft
16 sondern als neue Form des Zusammenlebens etablieren wird. Wir wollen hiermit einen Aufschlag
17 schaffen und unsere Thesen für das gute digitale Leben vorstellen.

18 Thesen zu den Grundsätzen des Digitalen

19 Digitalisierung bedeutet Fortschritt.

20 Wir gehen grundsätzlich davon aus, dass eine Digitalisierung positiv ist. Sie bietet bisher noch
21 undenkbare Möglichkeiten für unsere Gesellschaft und für unser soziales Zusammenwirken auf
22 der Welt.

23 Obwohl diese These als selbstevident gesehen werden kann, muss Digitalisierung in Betracht der
24 Negativwirkungen abgewogen werden. Aktuelle Erfahrungen mit dem Internet lassen erahnen,
25 dass, wo Menschen sich über das Digitale vernetzen, ein persönlicher Kontakt anders wahrge-
26 nommen und genutzt wird. In vielen Debatten wird von einer Abkapselung und Vereinsamung
27 von Personen gesprochen. Dass diese Phänomene jedenfalls emotional wahrgenommen werden,
28 muss bei der fortschreitenden Digitalisierung beachtet und bewertet werden.

29 Trotz dessen bleibt der Ausgang der Digitalisierung ein positiver Effekt.

30 **Fortschritt muss politisch kontrolliert werden.**

31 Eine digitalisierte Gesellschaft kann durch die Fähigkeiten des Digitalen wachsen oder sich ent-
32 wickeln, jedoch sind Dystopien nicht komplett realitätsfern. Hier legen wir unseren politischen
33 Anspruch an: Jeglicher Fortschritt muss politisch kontrolliert werden.

34 Die Politik – auch unserer Partei – hinkt den Entwicklungen in der Digitalisierung eher hinterher,
35 als sie zu gestalten. Dies ist negativ, aber kann sich nie völlig ändern, da Gesetze und gesellschaftli-
36 che Richtlinien nicht gleichzeitig zur Entwicklung entstehen können, die sie regeln sollen. So muss
37 hier der Anspruch sei, einen Rahmen zu gestalten, welchen die digitale Industrie und Forschung
38 ausfüllen kann und darf.

39 Ferner müssen angemessene Wege gefunden werden, um die bestehenden Grundprinzipien un-
40 serer sozialen Marktwirtschaft auch auf das Digitale zu übertragen.

41 **Fortschritt muss wissenschaftlich bewertet werden.**

42 Insbesondere die Wissenschaft lebt von der Digitalisierung. Wie kein anderes Feld der Tätigkeit,
43 ist Wissen über das Internet schnell in Textform transferierbar und demnach auf der ganzen Welt
44 zugänglich und abrufbar. Daraus folgend, muss es sich insbesondere bei Wissenschaftler*innen
45 um solche Personen handeln, die bewusst und geschickt mit dem neuen Systemen umgehen kön-
46 nen.

47 Die Aufgabe der Wissenschaft ist es gesellschaftliche Phänomene zu untersuchen. Zu diesen Phä-
48 nomenen ist auch die Digitalisierung zu zählen. Jedoch ist hierbei zu beachten, dass die Digitalisie-
49 rung kein organischer und selbst entwickelnder Mechanismus ist, sondern noch vom Menschen
50 abhängt. Demnach wirkt der Mensch auch noch eine Kontrolle auf dies aus und kann sie gestalten.
51 Politische Prozesse gelten indes dieser Gestaltung. Unabdingbar ist es hierbei, dass die politischen
52 Maßnahmen von den Fachwissenschaftler*innen im Voraus bewertet werden. Nur mit einer gut
53 durchdachten und wissenschaftlich fundierten Politik lässt sich auch wirklich etwas erreichen.

54 **Der Mensch und die menschliche Würde darf nicht digitalisiert werden.**

55 Unabhängig der fortschreitenden Digitalisierung gibt es eine absolute rote Linie, welche wir als
56 Gesellschaft nicht überschreiten sollten: Die Digitalisierung des Menschen resp. der Übertragung
57 der menschlichen Würde auf digitale Systeme.

58 Hier muss im besonderen ein Blick auf Systeme mit künstlicher Intelligenz gelegt werden. In der
59 Zukunft ist zu erahnen, dass wir irgendwann Systeme entwickeln können, die selbst eine Emo-
60 tionalität aufweisen oder zumindest Emotionen verstehen und zurückgeben können. Obwohl die
61 starke menschliche Bindung auch mit digitalen Systemen möglich ist, ist hier ein qualitativer Un-
62 terschied zwischen Mensch und Maschine zu machen. Dabei muss klar bleiben, dass kein digita-
63 lisiertes Konstrukt je eine Menschlichkeit erreichen kann und wird.

64 **Es braucht eine Emanzipierung von der (aktuellen) Digitalisierung.**

65 Die Digitalisierung ist momentan noch ein schleichender Prozess. Hierbei handelt es sich insbe-
66 sondere wieder um das Problem der privaten Versorger*innen. Diese sehen für sich selbst keinen
67 Vorteil bzw. nicht die potenzielle Schaffung des Ausbaus ihres Kapitalstocks in der Erweiterung
68 von Netzwerken und der damit zusammenhängenden Digitalisierung in der Fläche. Daraus er-
69 gibt sich, dass viele Menschen abgehängt werden und ihnen das Internet, bis zu einem gewissen
70 Punkt fern, unvertraut und demnach dämonisch vorkommt. Die Verteufelung der Digitalisierung
71 ist insbesondere auch diesem Phänomen zu schulden. Ohne uneingeschränkten Zugang, ist keine
72 Emanzipation, kein bewusster Konsum und insbesondere keine Empathie für digitale Strukturen
73 zu fördern.

74 Was allerdings insbesondere heutzutage wieder sehr wichtig erscheint, sind gerade die ersten
75 zwei, oben genannten Punkte. In Zeiten, in denen Fake-News aus dem Internet als parallele Rea-
76 litäten verkauft werden, in dem Moment in dem nicht quellenkritisch an Websites und Blogs her-
77 angegangen wird, ist die Utopie einer aufgeklärten und emanzipierten Gesellschaft nicht nur im
78 Internet verloren, sondern überträgt sich auch auf soziale Interaktionen.

79 In diesem Sinne müssen wir eine Emanzipierung schaffen, in der Menschen sich über die kla-
80 re Trennbarkeit und die Charakteristika bewusst werden. Dies muss in Bildung sowie im Alltag
81 verankert werden.

82 **Thesen zum Internet**

83 **Charakteristika des Internets sind unbegrenzte Erweiterbarkeit, fehlende Materialität und** 84 **fehlende Zuordbarkeit.**

85 Das Internet bietet Schutzraum, Wissenswolke und Schwamm zugleich. Insbesondere sind die-
86 se drei Markenzeichen herauszustellen. Nach aktuellen Erkenntnissen ist das Internet in seiner
87 jetzigen Form unendlich erweiterbar. Alleine die unglaubliche Masse an neuen Erzeugnissen, die
88 jeden Tag ins Netz gestellt wird, trägt zum schier unendlichen Wachstum bei. Das eingestellte
89 Material hängt von den einzelnen Verfasser*innen ab und bietet somit vielen, die bisher keine
90 Zuhörer*innenschaft hatten die Möglichkeit, sich zu äußern und gehört zu werden. Dies muss je-
91 doch nicht so sein. Da mit dem Internet auch der direkte Kontakt zwischen den Menschen verloren
92 geht bzw. nicht darauf ausgelegt ist, bietet dies auch einen Schutzraum, wenn mensch seine*ihre
93 Identität nicht preisgeben möchte. Dies kann sowohl positiv sein, im Falle von Ideen und Mei-
94 nungen, die konstruktiv in Kommentaren preisgegeben werden, oder aber negativ im Sinne der
95 Internetkriminalität.

96 Ferner ist das Internet dadurch nicht mit der bisherigen Welt zu vergleichen, da es eine Mate-
97 rialität von Informationen aufhebt. So brauchen wir bisher für einen Text auch ein Medium der
98 Übertragung (das Buch), welches den Informationen eine körperliche Gestalt gibt. Im Internet ent-
99 fällt dies, da eine Übertragung trotz Vernichtung des Originals sowie Vervielfältigung ohne eine
100 körperliche Gestalt möglich ist.

101 Schlussendlich hebt das Internet eine feste Zuordbarkeit einer Information zu einer Person auf,
102 welche heutzutage durch reinen Besitz (das Buch in der Tasche von eine Person) oder durch ein
103 Rückgriff auf die bisherigen Besitzverhältnisse (das Buch wurde mir von einer Person gegeben)
104 erkennbar ist. Nicht nur die meisten Webseiten, sondern auch einzelne Dateien sind anonym.

105 **Das Internet benötigt staatlich organisierte Grunddienste.**

106 Da das Internet eine relativ verzweigte Struktur mit "unendlichem" Ausmaß darstellt, sind Such-
107 maschinen die Straßenkarte des modernen Menschen. Erst Suchmaschinen ermöglichen uns In-
108 formationen im Internet zu finden. Gerade diese essentiellen Dienste müssen durch den Staat
109 organisiert werden.

110 Ferner kommt - verdeutlicht am Monopol der Suchmaschine Google - hinzu, dass im Internet viel
111 digitale Macht in den Händen von wenigen Unternehmen liegt. Grade im Hinblick auf Filterblasen,
112 die sich durch die zunehmende Individualisierung ergeben, sind Monopolbildung grad im Internet
113 problematisch. Unsere Gesellschaftssysteme sind darauf ausgelegt, dass wir uns nicht nur mit
114 unserer eigenen Meinung umgeben. So können hier durch diese Akteur*innen auch politische
115 Meinungen beeinflusst und gesetzt werden.

116 Auch ist es gefährlich, wenn wir ein solch hohes Maß an Informationen zu unserer Person durch
117 kommerzielle Akteur*innen verarbeiten lassen und so umfangreiche Profile erstellt werden kön-
118 nen. Da diese nicht im selben Umfang an Datenschutzrecht gebunden werden können und vor Al-
119 lem die Verfolgung von Verstößen außerordentlich schwierig ist, kann nicht sichergestellt werden,
120 dass Daten auf unseren Wunsch wirklich vernichtet werden oder nicht. So muss beim staatlichen
121 Angebot ein umfangreicher Schutz der eingegebenen Informationen gewährleistet werden. (Denk
122 einfach nach, was du schon bei Google gesucht hast...)

123 **Das Internet konstituiert einen neuen Rechtsraum, deren Gesetze neu für das Medium ge-
124 fasst werden müssen.**

125 Das Internet beschert den Rechtswissenschaftler*innen seit längerer Zeit Kopfschmerzen, da un-
126 sere aktuellen gesetzlichen Regelungen nicht direkt anwendbar bleiben. Durch die Charakteristi-
127 ka ist eine lokale oder auch personelle Bestimmbarkeit nicht mehr uneingeschränkt gegeben.

128 Als Beispiel können folgende Bereiche genannt werden:

- 129 1. Urheber*innenrecht: Im Internet hat sich eine neue Kultur um die Belohnung, Nennung und
130 die Weiterentwicklung bzw. -Verwendung von geistigem Eigentum entwickelt. Heutzutage
131 schon werden Werke ohne Angabe der Autor*innen verwendet und z.B. zu Memes weiter
132 verwertet. Hier können die grundsätzlichen Regelungen von Nutzungsrechten nicht ange-
133 wendet werden, weil z.B. zwei Personen auf dasselbe Werk zurückgreifen können, ohne der
134 jeweils anderen Person den Zugang zu verwehren. Wo ein Kunstwerk in der realen Welt
135 nur eine Materialität besitzt, wird im Internet eine massenhafte Vervielfältigung durch Co-
136 py/Paste erreicht.
- 137 2. Sport: E-Sport ist eine neue Entwicklung als Folge der größeren Verbreitung und Verwen-
138 dung von Computerspielen. So werden auch hier größere Verbände organisiert, die Turniere
139 in verschiedenen Spielen austragen. Leider geben sich durch die fehlende Anerkennung als
140 Sport in Deutschland z.B. die normalen Wege des Sportvisums für die Spieler*innen, welche
141 dann in Deutschland und im Ausland auf den Erhalt eines Gehaltes oder einer anderen Ent-
142 geltung verzichten müssen, nicht. Ferner organisieren sich E-Sportler*innen nicht in recht-
143 lichen Vereinen, welche dann die Anerkennung als Sportart ausschließen, obwohl z.B. bei
144 den "Asienspielen" schon als Disziplin eingeführt wurde.
- 145 3. Wettbewerbsrecht: Wie schon in der vorhergehenden These angesprochen, sind Monopol-
146 bildungen im Internet eher die Regel als eine Ausnahme. Das System, welches uns auf Web-
147 seiten oder Webdienste aufmerksam werden lässt, läuft dem Grundgedanken des Wettbe-
148 werbsrecht entgegen. Erst durch eine massive Nutzung werden andere Nutzer*innen auf-
149 merksam. Regierungen haben sich in der Vergangenheit auch relativ zurückgehalten beim
150 Aufkauf von verschiedenen Unternehmen. So versammelt Facebook mit WhatsApp und Ins-
151 tagram drei der größten sozialen Plattformen unter einem Dach, ohne dass eine konkurrenz-
152 fähige Alternative sichtbar ist.
- 153 4. Arbeit: Unter dem Schlagwort "Arbeit 4.0" wird die Arbeit mit den Möglichkeiten des Inter-
154 nets beschrieben. Hierbei ergeben sich enorme Probleme mit der bisherigen Anwendung
155 der rechtlichen Vorschriften. Es ergeben sich Probleme in der Art und Weise des Versiche-
156 rungsschutzes beim Arbeiten von zuhause. Ferner ist Arbeitszeitmessung ein großer Punkt:
157 Wie wird Arbeitszeit getrennt von privater Zeit, wenn unsere Freizeit nur ein Tab weg ist? Ist
158 ein Klick auf die Webseite der Süddeutschen Zeitung wirklich eine Pause vom Arbeiten am
159 PC? All diese Fragen lassen sich nicht mit den bestehenden Gesetzen bewerten.

160 **Thesen zum Sozialismus im Digitalen**

161 **Die Digitalisierung bietet eine Chance zur Weiterentwicklung des Kapitalismus zum Sozialismus.**

163 Der Sozialismus, als Zwischenform nach dem Kapitalismus und Vorform des Kommunismus muss
164 das Ziel einer emanzipierten Gesellschaft sein. Insbesondere die Tatsache, dass durch weitere
165 technische Errungenschaften im kapitalistischen System, nicht wie man eigentlich annehmen
166 sollte, Verbesserungen für die Menschheit entstehen, sondern nur der heranwachsende Reich-
167 tum weitestgehend ungleich weiterverteilt wird, ist ein klares Zeichen dafür, dass ein Wechsel
168 notwendig ist. Die weiter fortschreitende Digitalisierung bietet dahingehend eine große Chance,
169 endlich den nächsten Schritt zu gehen.

170 Waren es vor Jahrhunderten noch Maschinen, die Arbeiter*innen ersetzen und somit für eine
171 Massenarbeitslosigkeit von ungeahntem Ausmaß sorgten, so sind es heute Computer und mo-
172 derne Technologien. Das Internet und die digitale Aufbewahrung von Daten machen viele Berufe,
173 die früher noch mit schwerer körperlicher Arbeit verbunden waren, weitestgehend obsolet. Hier-
174 bei kommt wieder die kapitalistische Grundregel des Überlebens der Angepasstesten zum Tragen.
175 Die Geschichte der Klassenkämpfe, so oft sie schon von Anti-Marxist*innen beerdigt worden ist,
176 existiert heute weiter. In angehobener Form und auf einem anderen Niveau, aber genau so ver-
177 wüstend für die jeweils Betroffenen. Diejenigen, die Kapital haben um den neuen Schritt des Er-
178 setzens der Arbeiter*innen gehen zu können, werden nicht darunter leiden. Die alte marxistische
179 Formel, die besagt, dass diejenigen die Produktionskapital haben als allerletzte am Hungertuch
180 nagen werden, trägt hierbei wieder Rechnung.

181 Genau wie alle technischen Neuerungen, bietet jedoch auch die Digitalisierung eine Möglichkeit
182 - indem wir selbst ihre Gestaltung in die Hand nehmen. Internet und digitale Infrastruktur müs-
183 sen als Grundrecht anerkannt werden. Alle Menschen müssen ein Grundrecht darauf haben, so
184 genannte "Digital Natives" zu werden. Hierin besteht die einmalige Möglichkeit, die Bourgeoisie
185 mit ihren eigenen Mitteln zu schlagen. Das entstehen einer neuen Facharbeiter*innenschicht am
186 Computer birgt die Möglichkeit von kleinen Eigenunternehmen. Um schöpferisch tätig zu sein be-
187 darf es heutzutage nicht mehr als einem Computer und einem Zugang zum Internet - so gesehen,
188 zu unbegrenztem Wissen. Die Strukturierung und Verteilung eines durch die zunehmende Digi-
189 talisierung entstehenden Cyberspace muss jedoch gerecht ablaufen. Die Chance ist der Moment,
190 indem die Nische zwischen alt und neu aufklafft.

191 Ein weiterer Punkt, besteht darin, dass Wert der früher noch manuell geschöpft worden ist, heute
192 ganz andere und subtile Formen angenommen hat. Verkaufte nach Marx der*die Arbeiter*in noch
193 ihre* Arbeitskraft beim Erschaffen eines konkreten Gegenwertes, so ist dies heute nicht mehr so.
194 Viele Erschaffungsprozesse spielen sich in einer nicht mehr fassbaren und zu Teilen auch für
195 manche nicht mehr nachvollziehbaren Welt ab. Durch fehlenden konkreten Besitz und die Um-
196 strukturierung von Wissen in so genannte Open Spaces, kann eine grundlegende Problematik im
197 Bereich des Besitzes von Wissen umgangen werden. Die Zertifikatbasierte Meritokratie ist damit
198 ausgehebelt und der Ursprung der Ungleichheiten angepasst.

199 **Digitale Arbeit ist inklusiver als bisherige Arbeitsformen.**

200 Die Digitalisierung bietet für alle Menschen, die von der bisherigen Arbeit ausgeschlossen waren,
201 Möglichkeiten, sich in den Arbeitsmarkt weiter zu integrieren. Hierdurch ist eine weitgehende
202 Öffnung der Arbeitsmärkte und eine Stärkung des Individuums möglich. So sind beispielsweise

203 Menschen in hohem Alter oder mit körperlichen Einschränkungen, die nicht in vollem Maße kör-
204 perliche Arbeit verrichten können, über die Bedienung von Maschinen mit Computern weitestge-
205 hend eingebunden. Darüber hinaus besteht in der Folgezeit auch die Möglichkeit, Menschen mit
206 Hör- und Sehschwächen in den Arbeitsmarkt noch weiter zu integrieren. Es ist bereits möglich für
207 blinde Menschen zu drucken. Sprachausgabefunktionen sind auf dem Vormarsch.

208 Für uns ist allerdings klar, dass keinerlei Digitalisierung stattfinden kann, wenn das, was wir be-
209 reits haben, nicht inklusiv gestaltet wird. Hier bestehen noch große Defizite. Nicht nur in der Ein-
210 bindung von Menschen mit Beeinträchtigungen, sondern auch hinsichtlich der Internationalisie-
211 rung des Internets. So befinden sich die meisten deutschen Unternehmen auf dem Stand, dass
212 Wirtschaft zumeist noch national betrieben wird. Leider wird viel zu selten daran gedacht, dass
213 insbesondere auch europäische Grenzen offen sind. Die Versteifung auf die wenig international
214 ausgelegte Sprache "Deutsch" bietet einen Nachteil für alle beteiligten Menschen, insbesondere
215 da die Hauptachsen des Internets auf englisch sind.

216 **Auch bei digitalisierter Arbeit gibt es keine positive Umsetzung des bedingungslosen Grund-**
217 **einkommens.**

218 Im Rahmen dieser Debatte hat die Idee des bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) einen neu-
219 en Aufwind gewonnen. Das Prinzip ist relativ einfach: Der Staat zahlt allen Bürger*innen unab-
220 hängig ihres aktuellen Statuses einen bestimmten Beitrag zur Sicherung der Lebensbedingungen.
221 Durch den Versubstanzieren der Arbeit von der zentralen Sicherungsverantwortung jeder Person zur Frei-
222 zeitveranstaltung oder Verbesserung der Lebensbedingungen soll sich die moralische Haltung der
223 Menschen ändern. Es sollen gar grundsätzliche kapitalistische Ideen hierdurch erschüttert wer-
224 den.

225 Leider sehen wir das BGE auch im digitalen Zeitalter aus keine Alternative zur Erwerbsarbeit.
226 Unabhängig davon, dass das Eingangsargument der BGE-Bewegung eine Abnahme der Gesamt-
227 menge der Arbeit sei zu erwarten, nicht angemessen abzuschätzen ist, muss festgestellt werden,
228 dass die heutige Entwicklung zu Freelancer-Modellen im BGE nur noch Aufschub erhalten würde.
229 Das BGE wäre ein enormer Schritt dahin, angemessene Löhne für (im Digitalen noch schwieriger
230 nachvollziehbare und erfassbare) Arbeitseinheiten auszuhebeln, soziale Absicherungen von den
231 Arbeitgeber*innen völlig auf den Staat zu schieben und dadurch Arbeitsvorteile immens zu pri-
232 vatisieren.

233 **Forderung zur Verwirklichung der Thesen**

234 Damit die oben genannten Thesen auch Geltung erlangen können, bedarf es grundsätzlicherer
235 Forderungen, die umgesetzt werden müssen. Diese haben wir hier kurz aufgelistet:

236 **Ein Zugang zum Internet muss flächendeckend mit einer ausreichenden Bandbreite angebo-**
237 **ten werden.**

238 Geschwindigkeiten bis zu 1 M/Bit pro Sekunde, ein langsamer Verbindungsaufbau und das be-
239 hängige Laden von Websites. Wer in den ländlichen Gebieten bereits im Internet war, der*die hat
240 diese Phänomene am eigenen Leib erfahren dürfen. Dies muss zuerst – ggf. über die Weiterent-
241 wicklung des Mobilfunknetzes – behoben werden.

242 **Ein Zugang zum Internet darf nicht selektiv wirken.**

243 Leider ist das Gegenteil von dem was wir fordern noch viel zu oft der Fall. Große Mengen der
244 Bevölkerung werden von der Nutzung des Internets ausgeschlossen. Einerseits wegen fehlender
245 Infrastruktur, andererseits weil die Hardware zu teuer oder zu kompliziert ist. Schulungen, sowie

246 Förderprogramme in großem Stil sollen die Entfremdung aufheben und zu einer weitergehenden
247 Nutzung des Internets beitragen.

248 **In der Schule muss auf einen positiven Umgang mit dem Internet und der Digitalisierung**
249 **vorbereiten.**

250 Aktuellen Schüler*innen sollten in ihrer Schulzeit mit grundsätzlichen Kompetenzen zum ange-
251 messenen Umgang mit dem Internet geschult werden. Hierbei sollten die Richtlinien des RFC 1855
252 als Anspruch gelten.

253 **Lehrer*innen müssen für den Unterricht mit dem und des Internets angemessen vorbereitet**
254 **werden.**

255 Um die Schüler*innen angemessen auf den alltäglichen Umgang mit dem Internet vorzubereiten,
256 müssen vorher die Lehrer*innen angemessen auf diesen Unterricht vorbereitet werden. Dies trifft
257 vor allem auf ältere Lehrer*innen zu.

258 **Es braucht eine Förderung der nicht-kommerziellen Forschung im Bereich Digitales.**

259 Es ist wichtig, dass so genannte Open Spaces gefördert werden. Hierbei handelt es sich um Plattfor-
260 men, auf denen Wissen für alle Menschen bereitgestellt wird und abgerufen werden kann. Das
261 bisher generierte Wissen muss sozialisiert und auf solchen Plattformen bereitgestellt werden.
262 Darüber hinaus fordern wir, dass alle weiteren Erkenntnisse innerhalb des wissenschaftlichen
263 Diskurses ebenfalls frei verfügbar sein müssen.

E – Europa, Internationales und Inter-galaktisches

Selbsteintrittsrecht bewahren!

Beschlusnummer	2017.E1
Antragsteller*innen	UB Region Hannover
Weiterleitung an	Bundeskongress

- 1 Deutschland soll sich bei der Gestaltung der Dublin-IV-Verordnung mit Nachdruck dafür einsetzen, das Selbsteintrittsrecht nach Art. 17 der Dublin-III-Verordnung vollumfänglich zu erhalten.
- 2

Begründung

Bislang stand die Ausübung des Selbsteintrittsrechts im Ermessen des jeweiligen Landes. In Deutschland wurde es bis jetzt vor allem auf besonders schutzbedürftige Gruppen angewandt. Stellt sich die Lage in einem Mitgliedstaat als besonders problematisch dar - kann zum Beispiel ein geordnetes Asylverfahren oder eine menschenwürdige Unterbringung nicht garantiert werden - konnte das Bundesamt flexibel mit der Ausübung des Selbsteintrittsrechts reagieren, von einer Abschiebung absehen und das Asylverfahren selbst durchführen.

Wird dieses Selbsteintrittsrecht abgeschafft oder wie es die EU-Kommission in ihrem Entwurf vom 04. Mai 2016 vorschlägt auf familiäre Gründe beschränkt, werden Gruppen- oder Länder-bezogene Lösungen aus humanitären Gründen ausgeschlossen.

Dies muss aber weiterhin möglich bleiben und nicht ausschließlich aber vor allem in Bezug auf Länder wie Bulgarien und Ungarn stärker ausgeübt werden.

So verwies der Europarats-Menschenrechtskommissar Nils Muiznieks darauf, dass das derzeitige Asylrecht in Ungarn "nicht in Übereinstimmung mit internationalen und europäischen Menschenrechtsstandards" sei. Derzeit könne "niemand internationalen Schutz in Ungarn erhalten". Das Asylverfahren sei zu schnell und weise wesentliche Mängel bei den Schutzmaßnahmen auf, sagte Muiznieks. Die Aufenthaltsbedingungen für Asylbewerber*innen in Ungarn seien "problematisch, das allgemein negative Klima gegen Migranten, das von den Behörden gefördert wird, ist einer Integration von Schutzsuchenden und Flüchtlingen in der ungarischen Gesellschaft nicht förderlich". Ein beträchtlicher Anteil von nach Ungarn unter der Dublin-Verordnung zurückgeschickten Personen werde festgehalten. Diese Anhaltung sei sehr restriktiv, was nicht mit der Tatsache in Einklang gebracht werden könne, dass Asylwerber*innen "keine Kriminellen sind und nicht als solche behandelt werden dürfen".

Sofortige Ächtung von Atomwaffen weltweit

Beschlusnummer 2017.E2

Antragsteller*innen UB Region Hannover

Weiterleitung an Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

1 Resolution:

2 Momentan gibt es weltweit etwa 15400 Atomwaffen (geschätzt). Mindestens 9 Staaten besitzen
3 Atomwaffen. Sie sind momentan alle in militärische Konflikte mit anderen Ländern verwickelt.
4 Deutschland hat zwar keine Atomwaffen, ist aber über die Nato in einer sogenannten nuklearen
5 Allianz. Diese Allianz beinhaltet Solidarität aller Mitgliedsstaaten im Bereich nuklearer Rüstung.
6 Das hat zur Folge, dass in sämtlichen Nato-Mitgliedsstaaten, die keine Atommacht sind, nukleare
7 Sprengsätze gelagert sind. Beispiel Mitglied Deutschland: In Rheinland-Pfalz sind 20 Atomwaffen
8 von den USA gelagert. Deutsche Soldat*innen lernen, Atomwaffen zu fliegen und abzuwerfen.
9 Trotz Bestrebungen des Bundestages, diese Atomwaffen von Deutschland abziehen zu lassen,
10 sind sie noch da. Beispiel Mitglied Türkei: Dort sind 90 Waffen am Stützpunkt Incirlik gelagert.
11 Incirlik liegt an der syrischen Grenze und damit vor der Haustür einer Konfliktregion. Atomwaf-
12 fen werden also nicht nur von Nationen besessen, die in Konflikte verwickelt sind. Sie werden
13 auch in konfliktnahen Regionen gelagert. „Im Oktober 2015 beschloss die Generalversammlung
14 der Vereinten Nationen (GV-VN) die Einberufung einer Open Ended Working Group (OEWG) zu
15 nuklearer Abrüstung, die sich u. a. mit möglichen Verhandlungen über ein Verbot dieser Massen-
16 vernichtungswaffen beschäftigen sollte. [...] Die Bundesregierung stimmte in der OEWG sowohl
17 gegen die Empfehlung, Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot zu beginnen, als auch gegen
18 den Abschlussbericht insgesamt.“ Dabei sind uns allen seit Hiroshima, wenn nicht sogar vorher,
19 die Risiken und Nachteile von Atomwaffen bekannt. Ihr Einsatz kann verheerende humanitäre
20 Folgen haben und schadet in jedem Fall der Umwelt. Explosion samt Hitze und Druckwelle sowie
21 Strahlenbelastungen über mehrere Jahrzehnte sind nur einige Folgen, die allgemein bekannt sind.
22 Weniger bekannt, aber ebenso gefährlich ist ein nuklearer Winter. Dabei fällt die globale Tempe-
23 ratur bei jedem Einsatz einer Atomwaffe. 1% aller Atomwaffen würde genügen, eine weltweite
24 kältebedingte Dürre auszulösen. Ein Atomschlag würde in diesem Sinne der Zivilbevölkerung so
25 nachhaltig schaden wie keine andere Waffe.

26 Unabhängig davon ist fraglich, welchen Zweck Atomwaffen tatsächlich erfüllen können. Ihre Pro-
27 duktion und Modernisierung kostet den Besitzerstaat Milliarden. Dabei machen sie mehr Angst
28 als sie nehmen. Denn wenn sich Staat A in Berufung auf einen Konflikt mit Staat B Atomwaffen an-
29 schafft, dann wird Staat B verängstigt. Um militärisch nicht zu unterliegen, rüstet -soweit möglich-
30 Staat B auch auf, vielleicht auch atomar. Daraus folgt: Durch die Gewaltspirale ist niemandem
31 geholfen oder gar die Angst vor dem Anderen genommen. Stattdessen stehen sich zwei gefähr-
32 lich bewaffnete Nationen gegenüber. Der mögliche zivile Schaden im Falle eines Konfliktes ist
33 angestiegen. Einen solchen Konflikt haben wir zwischen den Atomnationen Indien und Pakistan,
34 zwischen Israel und der restlichen orientalischen Welt und nicht zuletzt zwischen den USA+ GB+
35 Frankreich auf der einen und Russland auf der anderen Seite.

36 Deutschland stimmte gegen Empfehlung und Abschlussbericht der OEWG in seiner Pflicht als
37 Nato-Partner. Das ist verständlich, denn eine Zustimmung würde einem Vertragsbruch entsprechen.
38 Im aktuellen Koalitionsvertrag ist jedoch die Bestrebung enthalten „die Bedingungen für

39 eine Welt ohne Kernwaffen zu schaffen“. Das Versprechen bleibt illusorisch, wenn die Besit-
40 zer*innen von Atomwaffen die Verhandlungen bestimmen. Denn die Besitzer*innen modernisie-
41 ren momentan ihre Waffen für mehrere Milliarden und sehen keinen Grund, abzurüsten. Und ge-
42 nau das soll doch unterbunden werden. Hier muss es Bestrebungen der Bundesregierung geben,
43 die nukleare Allianz der NATO zu verändern (bspw. diese vom allgemeinen Bündnisfall abzukop-
44 peln und Gewissensentscheidungen zu ermöglichen) und Abrüstungsimpulse zu initiieren und
45 anzutreiben. Im Notfall – vorausgesetzt, eine Reformierung der Allianz schlägt fehl oder Bedarf
46 weiterem Druck – müsste die deutsche Bundesregierung die atomare Allianz der Nato hinterge-
47 hen. Ja, das wäre ein bewusstes schweres Vergehen gegen das Solidaritätsprinzip der NATO. Und
48 ja, das Verhalten wäre zu sanktionieren. Aber Deutschland kann in seiner Rolle als Nation ohne
49 Atomwaffen einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag zur Entschärfung von Konfliktpotential
50 auf der Welt leisten. Und diese Rolle überwiegt. Künftige Generationen werden uns dafür danken,
51 dass derartig katastrophale humanitäre Folgen frühzeitig ausgeschlossen wurden.

52 Abschließend noch einmal zurück zur Stationierung der Waffen in Deutschland. 85% der deut-
53 schen Bevölkerung sind gegen eine weitere Lagerung der Waffen auf deutschem Boden. Den-
54 noch: Vorbehalte gegen nukleare Abrüstung sind noch immer tief in unserer Gesellschaft verwur-
55 zelt, mit Argumenten unterlegt wie „Atomwaffen geben Sicherheit!“ (Geben sie nicht, s.o.), „Lieber
56 Atomwaffen in ‚guten‘ als in ‚falschen‘ Händen!“ (Nordkorea schreckt auch nicht zurück, Waffen
57 zu haben.) oder „Atomwaffen schützen vor Terrorismus!“ (Er ist unverändert da.). Ein Grund da-
58 für könnte sein, dass viele Bürger*innen in ihrem Alltag nicht die reale Gefahr eines nuklearen
59 Schlages wahrnehmen können. Die Frage nach sicherer Lagerung der Waffen kann nie vollstän-
60 dig gelöst werden, zumal wir wissen, dass einige dieser Waffen sich in Krisen- bzw. konfliktnahen
61 Regionen aufhalten. Dass Atomwaffen in die falschen Hände gelangen und damit eine Krise oder
62 sogar eine Katastrophe auslösen, ist immer möglich.

63 Atomwaffen zählen zu den größten Gefahren der Menschheit. Wenn wir es schaffen, Atomwaffen
64 zu bauen: Warum schaffen wir es nicht, sie abzubauen?

Das transatlantische Verhältnis im Jahr 2017

Beschlusnummer 2017.INI1

Antragsteller*innen Bezirksvorstand

Weiterleitung an

1 Seit Jahren schon ist das transatlantische Verhältnis einer der zentralen Diskussionspunkte in-
2 ternationaler Politik. Spätestens seit Präsident Obama, trotz seiner frühen Ausrichtung auf den
3 Pazifik, konnte jedoch von einer engen, stabilen und gefestigten Kooperation gesprochen werden,
4 welche sich Großteils weiterer Diskussion entzog.

5 Nach den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen ist das transatlantische Verhältnis ver-
6 mehrt wieder in Diskussion gekommen: Wenn der Präsident seine eigenen Wahlkampfaussagen
7 vergisst, für Journalist*innen die erste Quelle nicht mehr die Sprecher*innen des Weißen Hau-
8 ses sondern Twitter sind oder langjährig bestehende Bekenntnisse zum Internationalismus, zu
9 Bündnissen und Organisationen als „obsolet“ betitelt werden, dann müssen wir die Frage unseres
10 politischen Verhältnisses zu den USA wieder stellen.

11 Hierbei muss jedoch klar stehen: Donald Trump ist ein Rassist, Sexist und Homophob, jedoch wur-
12 de er zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt. Hiermit obliegt ihm die Leitlinienkompe-
13 tenz der US-Politik. Trotz der klaren Ablehnung seiner Positionen müssen wir in der Außenpolitik
14 sein Amt und seine demokratische Legitimation anerkennen. Auf dieser Basis – und nur dieser
15 Basis – muss eine Zusammenarbeit mit den USA als starke Partnerin der Europäischen Union
16 fortgesetzt werden.

17 Wir stellen fest, dass für sozialdemokratische Außenpolitik das transatlantische Verhältnis immer
18 Grund zur Diskussion bietet. Wir müssen dabei aber vermeiden in bestimmte Reflexe zu verfal-
19 len.

20 Wir wollen deshalb unsere transatlantische Politik an folgenden Punkten festmachen:

21 • Pauschale Amerikakritik und Antiamerikanismus lehnen wir ab. Wir setzen auf klare politi-
22 sche Analysen, die sich mit den problematischen Bewegungen der USA auseinandersetzen.
23 Hierbei muss auf eine Trennung des Amtes des Präsidenten der Vereinigten Staaten und der
24 jeweiligen Inhaber*in geachtet werden.

25 • Die NATO ist und wird auf absehbare Zeit ein Faktor in der internationalen Politik darstellen.
26 Wir wollen darauf abzielen, dass humanitäre Missionen stärker von der NATO in den Blick
27 genommen werden.

28 • Die progressive internationale Sicherheitsarchitektur muss sich in absehbarer Zeit weiterhin
29 auf die Transatlantische stützen. In einer Zeit, in welcher massive Menschenrechtsverletzun-
30 gen in vielen Konflikten stattfinden, ist es nicht empfehlenswert diese Kooperation in Frage
31 zu stellen.

32 • Wir wollen weiterhin – im Rahmen unserer internationalen Arbeit – die gegenseitigen Kon-
33 takte verstärken. Derzeit sehen wir die Demokratische Partei als einzige realistische pro-
34 gressive Regierungsalternative, weshalb wir im Rahmen der Progressive Alliance (PA) die
35 Kooperation mit gerade dieser Partei verstärken wollen.

- 36 • Gerade im Kontext der aktuellen politischen Ziele wollen wir weiterhin evaluieren, wie wir
37 mit internationalen Kooperationen und Freihandelsabkommen daran arbeiten können, dass
38 es zu konkreten Verbesserungen der Lebensverhältnisse der Menschen auf beiden Seiten
39 des Atlantiks kommt.

F – Feminismus

Resolution: Mehr Pandas anstatt alter Männer

Beschlusnummer 2017.F1

Antragsteller*innen Bezirksvorstand

Weiterleitung an

- 1 Viel zu häufig werden gerade junge Frauen* in unserer Partei von älteren Cis-Männern herabge-
- 2 würdigt, todgequatscht, übergangen, unterbrochen, ausgeschlossen oder angemacht. Alte Männer
- 3 machen einen großen Teil unserer Mitglieder aus. Das allein darf jedoch keine Rechtfertigung für
- 4 Rücksichtslosigkeit oder Diskriminierung anderer Mitglieder sein.
- 5 Damit in unserer Partei jedes einzelne Mitglied ernstgenommen und respektiert wird, unabhän-
- 6 gig von Alter, Geschlecht oder Auftreten, wollen wir alte Männer in unserer Partei durch Pandas,
- 7 Koalas, Pinguine, Kängurus und ähnliches ersetzen. Denn:
- 8 Pandas haben Respekt.
- 9 Pandas wiederholen sich nicht unnötig.
- 10 Pandas geben nicht fremde Aussagen für ihre Eigene aus.
- 11 Pandas lassen einen ausreden.
- 12 Pandas sind nicht sexistisch.
- 13 Pandas klüngeln nicht in Männerrunden.
- 14 Pandas schließen keine Menschen aus.
- 15 Pandas reduzieren nicht aufs Äußere.
- 16 Pandas mögen Konsens.
- 17 Pandas waren im Übrigen bis vor kurzem außerdem vom Aussterben bedroht. Unverschämte alte
- 18 Männer sind immer noch in äußerst großer Zahl vorhanden.

Kinderfreundliche Infrastruktur jenseits von Geschlechterstereotypen

Beschlusnummer 2017.F2
Antragsteller*innen UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg
Weiterleitung an SPD-Bezirksparteitag

- 1 Wir fordern die geschlechterstereotype Beschilderungen im öffentlichen Raum zu beseitigt. Als
- 2 Beispiel und Anlass sind hier Beschilderungen wie "Mutter-Kind-Parkplatz" auf öffentlichen Park-
- 3 Anlagen zu sehen. Die Kommunen sollen aber auch aufgefordert werden Gewerbetreibende zu
- 4 ähnlichen Umbeschilderungen anzuregen, ggf. durch finanzielle Förderung.
- 5 Darüber hinaus sollen Geschlechterstereotype aus der StVO entfernt werden, wie im Verkehrs-
- 6 zeichen 239 "Gehweg" (Vorschriftszeichen nach Anlage 2 zu § 41 StVO).

Begründung

Infrastruktur-Maßnahmen die Menschen die Betreuungsverantwortung für Kinder übernehmen sind ausdrücklich zu begrüßen und sollen auch nach weiter ausgebaut werden.

Es darf hierbei jedoch nicht durch Piktogramme wie (Frau* mit Kind) oder Bezeichnungen wie "Mutter-Kind-Parkplatz" ein Geschlechterstereotyp reproduziert werden, dass Frauen* für die Kinderbetreuung alleinig verantwortlich sind.

Wenn auch sehr unterschwellig drängt dies Frauen* diese wichtige Aufgabe als alleinige Verantwortung auf und drängt zugleich Väter die eben diese Verantwortung unternehmen aus dieser Rolle heraus.

Equal Care – nur das ist fair

Beschlusnummer 2017.F3

Antragsteller*innen UB Göttingen

Weiterleitung an Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag

1 Was ist eigentlich Reproduktionsarbeit? Auch wenn, im Gegensatz zur produktiven Arbeit, am
2 Ende der reproduktiven Arbeit kein greifbares Produkt steht, hat sie für die Gesellschaft einen
3 enormen Wert. Die Reproduktionsarbeit reproduziert - entsprechend ihrem Namen - die produk-
4 tive Arbeitskraft. Dazu gehört Sorgearbeit wie Kindererziehung, Hausarbeit und Pflegearbeit. Das
5 kann sowohl in Form von Erwerbsarbeit, wie bei Krankenpfleger*innen oder Erzieher*innen pas-
6 sieren, oder auf unbezahlter, privater Basis.

7 Die Reproduktionsarbeit wird in Deutschland zu 80 % von Frauen* geleistet (Statistisches Bundes-
8 amt 2013). Gleichzeitig muss frau* auch wirtschaftlich erfolgreich sein, um ihr Leben unabhängig
9 zu leben. Das führt zu einer enormen Doppelbelastung.

10 Diese Ungerechtigkeit lässt sich in Zahlen anschaulich machen: Insgesamt arbeiten Frauen* pro
11 Woche 45,5 Stunden, Männer* ungefähr eine Stunde weniger. Doch rund zwei Drittel der Arbeit
12 von Frauen* ist unbezahlt. Bei Männern* ist es weniger als die Hälfte. Hinzu kommt, dass 45 %
13 aller erwerbsfähigen Frauen* in Teilzeit arbeiten. Noch prekärer ist die Situation für Mütter. Sie ar-
14 beiten im Schnitt sieben Stunden weniger bezahlt und 15 Stunden mehr unbezahlt, als kinderlose
15 Frauen* (Statistisches Bundesamt 2013).

16 Doch das Problem betrifft natürlich nicht nur Mütter. Auch Frauen*, die in kinderlosen Partner-
17 schaften leben, in denen beide Vollzeit arbeiten, machen einen Großteil der Hausarbeit. Mehr so-
18 gar als alleinstehende Frauen*. Das macht deutlich, wie selbstverständlich es für viele Männer*
19 immer noch ist, dass die Frau* Haushalt, Familie und ein eigenes Arbeitsleben unter einen Hut
20 bringen muss. Auch Männer*, die von ihrer Partnerschaft behaupten, sie sei gleichberechtigt und
21 emanzipiert, sprechen häufig nur davon, dass sie ihrer Frau* im Haushalt helfen würden. Das de-
22 monstriert ein weiteres Mal, dass die Hauptverantwortung im Haushalt in den Köpfen vieler noch
23 immer bei der Frau* zu liegen hat.

24 Diese Doppelbelastung aus Sorgearbeit und Beruf führt auch zu gesellschaftlichen Einschränkun-
25 gen für Frauen*. Dazu gehört, dass Frauen* weniger Zeit haben für anderes (z.B. politisches) ge-
26 sellschaftliches Engagement. Ein Problem, das auch bei uns Jusos immer wieder schmerzhaft zu
27 spüren ist.

28 Traurig aber vermutlich wahr: Es ist davon auszugehen, dass die Wertschätzung der Reprodukti-
29 onsarbeit proportional zur Beteiligung von Männern* steigen würde. Daher sind hier die Männer*
30 in der Pflicht, vermeintlich unliebsame Arbeiten auf Frauen* nicht abzuschieben. Außerdem wür-
31 de ein größerer männlicher Anteil in Sorgeberufen auch deren gerechte Entlohnung fördern.

32 Der Equal Care Day wurde ins Leben gerufen, um an genau diese Ungleichheit in der Last der
33 Reproduktionsarbeit zwischen Männern und Frauen* zu erinnern. Alle vier Jahre wird er am 29.
34 Februar begangen. Damit wird demonstriert, dass Männer* die Arbeit, die Frauen* in einem Jahr
35 machen, erst nach vier Jahren geleistet haben.

36 Wir möchten nicht darauf hinweisen, wie wenig Männer* in der Reproduktionsarbeit machen,
37 sondern darauf, wie viel Frauen* in diesem Gebiet leisten. Wir fordern, dass der Equal Care Day
38 nicht nur alle 4 Jahre stattfindet, sondern jedes Jahr am 31. März. Das ist der Tag, an dem Frauen*

39 seit Jahresbeginn so viel Reproduktionsarbeit geleistet haben, wie Männer* es im gesamten Jahr
40 tun werden. Sorgearbeit ist Alltag für alle Frauen*. Es kann nicht ausreichen, nur alle vier Jahre
41 auf den Gender-Care-Gap aufmerksam zu machen. Natürlich kann der ECD erst einmal nur für
42 Aufmerksamkeit sorgen, es müssen konkrete Schritte folgen, durch die Frauen* entlastet werden
43 können. Dazu gehört, dass Lohngleichheit geschaffen werden muss, denn ungleiche Löhne stehen
44 gleicher Verteilung der Sorgearbeit entgegen.

Neufassung des TSG: Auch die Würde von Trans*menschen ist unantastbar

Beschlusnummer	2017.F4
Antragsteller*innen	UB Region Hannover
Weiterleitung an	Bundeskongress

1 In der Bundesrepublik Deutschland gilt seit dem 01. Januar 1981 das Gesetz über die Änderung
2 der Vornamen und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen (Transse-
3 xuellengesetz – TSG) . Viele der Interessenorganisationen transidenter und intersexueller Men-
4 schen, so auch die Deutsche Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität e.V., fordern seit
5 langem eine Novellierung des TSG. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits in zahlreichen Ur-
6 teilen festgestellt, dass das TSG in wesentlichen Punkten gegen das Grundgesetz verstößt und
7 diskriminierend ist.

8 Wir solidarisieren uns mit dem Kampf transidenter und intersexueller Menschen und schließen
9 uns ihrer Forderung nach einer Neuregelung an.

10 Alle Fortschritte, die in Bezug auf das Gesetz errungen wurden, mussten gerichtlich von Antrag-
11 steller*innen durchgekämpft werden. So wurde zum Beispiel die Altersbeschränkung, dass eine
12 antragsstellende Person 25 Jahre oder älter sein muss, vom Bundesverfassungsgericht gekippt.
13 Auch die Sterilisation als Voraussetzung zur Personenstandsänderung, ein unhaltbarer und men-
14 schenverachtender Paragraph, wurde 2011 zum Glück gekippt.

15 Bis heute ist es jedoch so, dass wenn nach der Bestandskraft der Vornamensänderung ein Kind
16 geboren oder als eigenes anerkannt wird, diese unwirksam wird.

17 Das Bundesverfassungsgericht hat in seinen Urteilen immer wieder eine Neuregelung gefordert
18 und Vorgaben zur vorläufigen Anwendung gemacht.

19 Wenn Trans*menschen den schwierigen Schritt des Outings beschreiten, sind diese aufgrund der
20 derzeitigen gesetzlichen Regelungen, aber nach wie vor einer amtlich legitimierten Alltagsdiskri-
21 minierung ausgesetzt. Wollen Trans*menschen Vornamen und/oder den Personenstand (bspw.
22 von „männlich“ zu „weiblich“) abändern, so müssen diese einen Antrag an das für das Personen-
23 standsregister zuständige Amtsgericht (in der Region Hannover: Amtsgericht Celle) stellen und
24 dem Gericht mittels zwei psychologischer Gutachten sowie im Rahmen einer gerichtlichen Ver-
25 handlung nachweisen, dass die vom Gesetz bestimmten Voraussetzungen für die Anerkennung
26 gegeben sind. Die Gutachter*innen werden hierbei vom Gericht bestimmt. Im Rahmen der Gut-
27 achtenerstellung kommen bundesweit Gutachter*innen unterschiedlichster fachlicher Qualifika-
28 tion zum Einsatz.

29 Im Rahmen der Gutachtenerstellung werden regelmäßig auch solche Angaben erhoben, welche
30 in den intimsten Bereich der grundgesetzlich geschützten persönlichen Lebensführung (insbe-
31 sondere die eigene Sexualität) erhoben und entsprechend an das Gericht weitergegeben. So gibt
32 es immer wieder Berichte darüber, dass nach Häufigkeit und Art der sexuellen Interaktion ge-
33 fragt wird oder auch die Namen der bisherigen Geschlechtspartner*innen abgefragt werden. Die
34 eigentlich selbstverständliche ärztliche Schweigepflicht entfällt hierbei vollumfänglich.

35 Die Kosten des reinen gerichtlichen Verfahrens belaufen sich in der Regel auf rund 1.200,00 Euro
36 bis 1.600,00 Euro. Schwerwiegender ist, dass die Verfahrensdauer – in Abhängigkeit vom bear-
37 beitenden Gericht – regelmäßig zwischen sechs und zwölf Monaten andauert. Legt man hierbei
38 zu Grunde, dass sinnvollerweise grundsätzlich vor Antragstellung ein „Praxistest“ in Form des Le-
39 bens in der Gegengeschlechtlichen Rolle stattfindet, der Therapeutisch regelmäßig verlangt wird,
40 bedeutet dies, dass Trans*menschen eine längere Zeit mit „falschen“ Ausweispapieren leben müs-
41 sen.

42 In Abhängigkeit von der Professionalität der handelnden öffentlichen Stellen kann dieses zu Un-
43 annehmlichkeiten führen, welche durchaus diskriminierende Züge annehmen können.

44 Weiterhin ist vor der amtlichen Änderung die Neuausstellung von Zeugnissen nicht möglich. Dies
45 stellt einen Nachteil für die Wettbewerbsfähigkeit von Trans*menschen dar.

46 Auch im Alltag kann es zu Irritationen und Zwangsoutings kommen, dieses beispielsweise dann,
47 wenn eine Monatsfahrkarte für den öffentlichen Personennahverkehr (wie z.B. das Jobticket) auf
48 den Geburtsnamen ausgestellt ist. Wenn auf diesem eine „Mareike“ eingetragen ist, dem*der Kon-
49 trolleur*in aber ein maskuliner „Mike“ gegenüber sitzt, der sich auch nur mittels Ausweises von
50 Mareike ausweisen kann, ist nicht nur Verwirrung angesagt, sondern auch durchaus für die Auf-
51 merksamkeit der halben Straßenbahn gesorgt.

52 Wir halten die derzeitige Regelung für nicht hinnehmbar und völlig veraltet.

53 Wir fordern daher folgende Regelungen:

- 54 • Trans*menschen wird es ermöglicht, mittels Antrag beim Standesamt Ihrer Wohnortgemein-
55 de einen Antrag auf Vornamens- und Personenstandsänderung zu stellen. Über die Ände-
56 rung entscheidet das zuständige Standesamt und übermittelt die Änderungen des Vorna-
57 mens und des Personenstandes von Amtswegen an andere öffentliche Stellen. Die Zustän-
58 digkeit kann, sofern dieses aufgrund örtlicher Gegebenheiten sachdienlich erscheint, auf
59 die Aufsichtsbehörde übertragen werden. Die entsprechenden Änderungen sind kostenfrei
60 durchzuführen.
- 61 • Als Nachweis für die Antragstellung ist nur noch eine Stellungnahme einer*eines behan-
62 delnden Psycholog*in oder Psychotherapeut*in über das Bestehen des Gefühls zur Zugehö-
63 rigkeit des Gegengeschlechtes vorzulegen.
- 64 • Die Antragstellung muss grundsätzlich auch Minderjährigen offen stehen.

Begründung

Eine Novellierung ist, wie bereits im Antragstext geschildert, lange überfällig. Viele andere euro-
päische Länder haben weitaus fortschrittlichere Gesetze als wir. Ein weiterer Aufschub eines neu-
en Gesetzes ist unzumutbar für alle, die von dem aktuellen Gesetz betroffen sind. **Es ist 2017.**

G – Gesundheit

Verhütungsmittel sind Grundrecht und kein Privileg – Für die Erstattung der anfallenden Kosten für Verhütungsmittel!

Beschlusnummer 2017.G1
Antragsteller*innen UB Region Hannover
Weiterleitung an Bundeskongress

- 1 Verhütungsmittel jedweder Art sollen für Frauen* und Männer kostenlos zur Verfügung stehen.

Begründung

Verhütungsmittel sollen Frauen* die Chance geben, eigenständig zu entscheiden, ob sie schwanger werden wollen oder nicht. Doch diese Entscheidung wird einigen Frauen* genommen, da die Kosten für einige Verhütungsmittel für sie zu hoch sind.

Durch die Erstattung der anfallenden Kosten können junge Frauen* aus jeder Bevölkerungsschicht gleich unabhängig über ihren Körper entscheiden.

Bürger*innenversicherung

Beschlusnummer 2017.G2

Antragsteller*innen UB Region Hannover

Weiterleitung an Bundeskongress; SPD-Bezirksparteitag; SPD-Bundesparteitag

1 Die Jusos fordern hiermit, das System der deutschen Krankenversicherung in ein System der Bür-
2 ger*innenversicherung umzugestalten. Dabei sind im wesentlichen die folgenden Eckpunkte um-
3 zusetzen.

4 • In das System sollen ausnahmslos alle Bürgerinnen und Bürger einzahlen.

5 • Die Beitragspflicht soll für sämtliche Einkunftsarten gelten.

6 • Gleichzeitig sollen sämtliche Bürgerinnen und Bürger anspruchsberechtigt sein.

7 • Das so entstehende Krankenversicherungssystem soll nicht nur Leistungen auf Grundsiche-
8 rungsniveau erbringen, sondern für sämtliche Leistungen aufkommen, die dem jeweils ak-
9 tuell anerkannten Stand der Wissenschaft entsprechen, insbesondere Zahnersatzleistungen
10 sind in weitaus größerem Umfang von diesem System zu leisten.

Begründung

a) Darstellung der gegenwärtigen Situation

Das System der Krankenversicherung ist derzeit stark zerfasert. Arbeitnehmer*innen sind grundsätz-
lich in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) pflichtversichert, die Beiträge bemessen
sich i.d.R. vom Arbeitsentgelt. Übersteigt das Arbeitsentgelt die jeweils geltende Beitragsbemes-
sungsgrenze führt dies dazu, dass vom darüber Hinausgehenden keine Beiträge mehr zu entrich-
ten sind. Arbeitnehmer*innen deren Arbeitsentgelt die Jahresarbeitsentgeltsgrenze übersteigt,
unterliegen (unter Beachtung weiterer Voraussetzungen) nicht mehr der Versicherungspflicht in
der GKV. Sie können allerdings freiwillig in der GKV verbleiben oder in das System der privaten
Krankenversicherung (PKV) wechseln. Beamte*innen sind von der Versicherungspflicht in der GKV
befreit. Für diese übernimmt der Dienstherr* ganz, pauschal oder prozentual Kosten im Zusam-
menhang mit Krankheits-, Geburts-, Pflege- und Todesfällen. Für Richter*innen und Soldat*innen
gelten ähnliche Regelungen. Sofern für diese Gruppen keine vollständige Kostenübernahme be-
steht, müssen sie den restlichen Anteil im System der PKV absichern bzw. freiwillig in das System
der GKV wechseln, letzteres oftmals jedoch unter Aufgabe sämtlicher Beihilfeansprüche.

Für Freiberufler*innen und Selbständige besteht, unter Beachtung der gesetzlichen Regelungen,
ebenfalls die Möglichkeit der freiwilligen Mitgliedschaft in der GKV, häufig versichern sich die-
se Personen aber im System der PKV. Weitere Besonderheiten ergeben sich noch z.B. durch die
Künstler*innensozialkasse für Künstler*innen und Publizist*innen.

Anders als im System der GKV bemisst sich das Versicherungsentgelt (Prämie) regelmäßig nicht
nach dem Einkommen, sondern wird durch privatrechtlichen Vertrag zwischen Versicherungsun-
ternehmen und Versicherungsnehmer*in festgesetzt (in der Regel durch Tarifbestimmungen).

Der Wechsel zwischen den Systemen wurde in den letzten Jahren durch gesetzliche Regelungen
zunehmend eingeschränkt.

b) Probleme mit der gegenwärtigen Situation

An dem unter a) dargestellten System gibt es viele Kritikpunkte. Von uns werden insbesondere die folgenden gesehen.

- Der Umstand, dass Besserverdienende prozentual (auf ihr Einkommen gerechnet) geringer mit Beiträgen belastet werden ist mit einem solidarischen Prinzip der Sozialversicherung nicht vereinbar. Die Deckelung der Beiträge ist nicht nachvollziehbar, da auch im Leistungsfall die Leistungen nicht gedeckelt werden.
- Der Umstand, dass Besserverdienende aus dem System der GKV aussteigen können ist ebenfalls unsolidarisch, da nicht erkennbar ist, warum ausgerechnet weniger gut verdienende Arbeitnehmer*innen allein dieses System finanzieren sollen. Hierbei ist ferner zu beachten, dass das System der PKV keineswegs rein prämiendifinanziert ist, sondern durch Kapitalanlagen finanziert wird (Kapitaldeckungsverfahren). Die entsprechenden Zinsen und Dividenden werden bei volkswirtschaftlicher Betrachtung somit anteilig wieder von der Gemeinschaft der Arbeitnehmer*innen erwirtschaftet.
- Das System der PKV ist unsozial, da es gesundheitlich vorbelastete und ältere Versicherungsnehmer*innen ausschließt bzw. mit sehr hohen Prämien belastet.
- Das System der PKV ist unsozial, da Privatversicherte oftmals vorrangig Termine bei (Fach)ärzt*innen erhalten und ein umfangreicheres Spektrum an Therapien erhalten; dies führt zu einer sog. Zweiklassenmedizin.
- Durch das Prämiensystem und dem damit verbundenen Kapitaldeckungssystem der PKV haben sich in den letzten Jahren teilweise erhebliche Prämiensteigerungen ergeben. Insbesondere junge Selbständige und Freiberufler*innen wurden dabei zunächst mit günstigen Prämien in die PKV "gelockt", sahen sich später aber zunehmend kaum noch finanzierbaren Prämien ausgesetzt. In der Folge zeigte sich, dass gerade Selbständige und Freiberufler*innen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten oftmals die Prämienzahlungen einstellen mussten. Die privaten Krankenversicherer hatten hier teilweise erhebliche Beitragsausfälle zu verkräften, der Gesetzgeber musste mehrfach eingreifen um für diese Personen überhaupt noch den Zugang zum Gesundheitssystem zu ermöglichen (z.B. sog. Notlagentarife etc.). Auch der Steuergesetzgeber musste in den letzten Jahren hier den betroffenen Unternehmen bereits Erleichterungen einräumen (z.B. § 21 KStG). Gerade im jetzigen Niedrigzinsumfeld zeigt sich, das Kapitaldeckungsverfahren keine Lösung zur Deckelung der Prämien sein können. Die Prämien werden in 2017 im Schnitt um ca. 11 Prozent steigen. Damit sind weitere Schwierigkeiten in der Gesundheitsversorgung von Selbständigen und Freiberufler*innen mit geringem Einkommen zu erwarten.
- Der Gesundheitsökonom Hartmut Reiners hat zur Effizienz der PKV ferner folgendes festgestellt: "...dass die PKV einschließlich der Vertriebsagenturen für die Krankenversicherung von 11 Prozent der Bevölkerung 60.000 Personen beschäftigt, wo die GKV für 89 Prozent mit 136.000 Mitarbeitern auskommt. Die Techniker Krankenkasse hat als größte gesetzliche Krankenkasse etwas mehr Versicherte als die gesamte PKV (9,5 gegenüber 9 Mio.), aber nur 13.500 Beschäftigte, also etwas weniger als ein Viertel der PKV-Mitarbeiter. Dabei hat die GKV ein größeres Aufgabenspektrum als die PKV. Sie muss sich nicht nur um die Versicherten kümmern, sondern im Unterschied zur PKV auch die umfangreichen Vertragsbeziehungen mit Kassenärzten, Krankenhäusern, Arzneimittelherstellern usw. pflegen."

c) Lösungsansätze

Zunächst ist logisch, dass eine solidarische Einbeziehung sämtlicher Bürgerinnen und Bürger und einer erheblichen Erweiterung der Bemessungsgrundlage zum einen zu einer spürbaren Entlastung von Geringverdiener*innenn (gleich ob Arbeitnehmer*innen, Selbständige*r etc.) führen würde und außerdem die Möglichkeit böte das Leistungsspektrum der GKV erheblich zu erweitern. Dadurch würde insgesamt das Gesundheitssystem Deutschlands gestärkt und zukunftsfest werden. Ferner dürften sich zusätzliche Effizienzgewinne in einem dann vereinfachten System der GKV einstellen, deren Reinvestition ebenfalls dem Gesundheitswesen zugute käme.

Es würden automatisch sämtliche Härten, Risiken und Ungerechtigkeiten entfallen, da ein umfassender, günstiger und von Vorerkrankungen, Alter und Anzahl der Kinder unabhängiger Zugang zum Gesundheitswesen jederzeit gewährleistet wird.

Für die Überführung des dualen Systems von GKV und PKV in ein einheitliches Krankenversicherungssystem sprechen also insgesamt handfeste ökonomische Argumente. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass die immer wieder vorgetragenen verfassungsrechtlichen Aspekte eines vermeintlichen Verstoßes gegen die Gewerbefreiheit/Berufsfreiheit nach unserem Verständnis nicht einschlägig sind, die von uns hierzu gelesenen Auffassungen sind jedenfalls weitgehend tendenziös geschrieben oder lassen eindeutig jede Auseinandersetzung mit der Rechtsprechung des BVerfG vermissen.

Der im PKV-System angesparte Kapitalstock könnte dem System der GKV zugeführt werden. Er steht ohnehin den Versicherungsnehmern zu und kann nicht von der PKV vereinnahmt werden.

Für Beamte und ähnlich Gruppen wäre entweder ein schleichender Übergang erforderlich, also Bestandswahrung für bisherige Beamte und Eintritt in das System der GKV durch jüngere, oder ebenfalls ein sofortiger Übertritt. Hierbei ist durch Besoldungsanpassungen sicherzustellen, dass sich keine finanziellen Nachteile für die Betroffenen einstellen. Es ist klar, dass die öffentliche Hand hiervon zunächst durch finanzielle Mehrbelastungen betroffen wäre, auf lange Sicht dürften sich diese aber wieder ausgleichen. Hieran zeigt sich übrigens abermals, wie hinderlich die Schuldenbremse für progressive und ökonomisch sinnvolle Projekte noch werden kann.

Immer wieder wird ferner vorgetragen, dass viele Ärzt*innen allein durch den Anteil an Privatpatient*innen ihre Praxis ökonomisch sinnvoll betreiben können. Nach den uns bekannten Statistiken kann dies angezweifelt werden. Der Gesundheitsökonom Hartmut Reiners hat hierzu im Dezember 2016 folgende Zahlen vorgelegt: "Die Arztpraxen machen gegenwärtig im Durchschnitt etwa 30 Prozent ihres Umsatzes mit Privatpatienten. Da Kassenpatienten für vergleichbare Leistungen nur halb so viel Honorar einbringen, drohen Umsatzeinbußen von durchschnittlich 15 Prozent. Das wäre aber nur für einige Arztpraxis wirklich eine Existenzbedrohung. Deren durchschnittlicher Umsatz betrug 2011 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (hier) 336.000 Euro, der Anteil der Praxiskosten lag bei 50 Prozent. Bei einem um 15 Prozent auf 285.600 Euro sinkenden Umsatz bliebe immer noch ein

Bruttoüberschuss von 143.000 Euro. Ärzte in Gemeinschaftspraxen kämen wegen der niedrigeren Praxiskosten auf 150.000 Euro. Diese Zahlen dürften aktuell wegen der inzwischen erfolgten Vergütungsanhebungen für Kassenärzte jeweils um etwa 10 Prozent höher liegen. Auf jeden Fall bringt die Bürgerversicherung die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte kaum in wirkliche Existenznöte. Auch wären sie nach Fachrichtungen und Regionen bzw. Stadtteilen unterschiedlich betroffen. Hausärzte machen noch nicht einmal halb so viel Umsatz mit Privatpatienten wie Orthopäden oder Dermatologen. Arztpraxen in ländlichen Regionen und Stadtteilen mit einkommensschwacher Bevölkerung hätten meist nur geringe Umsatzeinbußen. Das gilt generell auch für Krankenhäuser. Der Status des Privatpatienten ist dort, wie erwähnt, von einer Zusatzversicherung anhängig, die weiterhin abgeschlossen werden könnte."

Tatsächlich dürfte es aber hier tatsächlich gewisse Härten geben, wie diese auch aus der Hebammenversorgung bekannt geworden sind. Hier sollte es aber möglich sein, im Detail noch zu erarbeitende, Lösungen zu finden.

Kostenübernahme für Tests auf sexuell übertragbare Krankheiten

Beschlusnummer 2017.G3

Antragsteller*innen UB Region Hannover

Weiterleitung an Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag

1 Tests auf sexuell übertragbare Krankheiten gehören zu einer aufgeklärten und selbstbestimm-
2 ten Gesundheitsvorsorge und müssen für jeden Menschen unabhängig von der individuellen fi-
3 nanziellen Situation möglich sein. Daher müssen regelmäßige, ärztlich durchgeführte Tests auf
4 verbreitete sexuell übertragbare Krankheiten zu den Pflichtleistungen der Krankenkassen gehö-
5 ren, deren Kosten vollständig übernommen werden. Die Frage, welche Krankheiten dazu gehören
6 und in welchen zeitlichen Abständen diese Tests von den Leistungen der Krankenkasse gedeckt
7 werden, ist einheitlich zu regeln und regelmäßig neu zu überprüfen.

Begründung

Für uns gehört zu einem selbstbestimmten Leben auch eine selbstbestimmte Sexualität. Das heißt aber nicht nur, dass Menschen sich ihre Partner*innen frei aussuchen und ihre Sexualität nach ihren Vorstellungen gestalten können. Dazu gehört auch und vor allem, dass Menschen ihr Sexualleben auch verantwortungsvoll gestalten können, indem sie sich in regelmäßigen Abständen auf sexuell übertragbare Krankheiten testen lassen. Die Untersuchung auf sexuell übertragbare Krankheiten ist für uns nicht verwerflich, sondern Ausdruck einer wahrgenommenen Verantwortung gegenüber der eigenen Gesundheit sowie gegenüber den jeweiligen Partner*innen. Insofern ist es unhaltbar, dass durch den Besuch bei Urolog*innen oder Gynäkolog*innen, um sich auf Krankheiten wie HPV, HIV, Syphilis, Chlamydien und ähnliches testen zu lassen, gegebenenfalls eine Rechnung von über 100 Euro entstehen kann. Eine selbstbestimmte Gesundheitsvorsorge und ein verantwortungsbewusstes Sexualleben können keine Fragen des Geldbeutels sein.

Die Prävention von Krankheiten gehört zu den Aufgaben der Krankenkassen. Daher müssen Tests auf sexuell übertragbare Krankheiten zu den Pflichtleistungen der Krankenkassen nach SGB V aufgenommen werden, welche diese vollständig zu bezahlen haben. Dabei müssen die Tests auf Wunsch in sinnvollen zeitlichen Abständen ermöglicht werden.

Bezahlung für ärztliche Beratung

Beschlusnummer 2017.G4

Antragsteller*innen UB Region Hannover

Weiterleitung an Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

- 1 Wir fordern Vergütung durch die Krankenkassen, nicht nur für Gerätediagnostik sondern auch
- 2 im speziellen für die Beratung, Unterstützung und Aufklärung der Diagnose und Therapie.

Begründung

Wir sind dafür, dass Ärztinnen und Ärzte für Arztgespräche (Erläuterung der Medikamenteneinnahme, Wirkungsweise der Therapie etc.) gesondert bezahlt werden, da wissenschaftlich bestätigt ist, dass eine ausführliche Aufklärung eine bessere Medikamenteneinnahme, Wirkung und ein höheres Vertrauen zur Ärztin/Arzt erzielt. So können auch Doppelterminvergaben reduziert werden. So wird verhindert, dass für Patient*innen ein Nachteil aus dem Gesundheitssystem entsteht, nur weil man Gespräche nicht als Arbeit bei der Krankenkasse absetzen kann. Diese Art der Vergütung der Arbeit soll nicht auf Lasten der Patient*innen gehen, sondern die Krankenkassen zu einer besseren Regelung der Bezahlung im Gesundheitswesen drängen.

Mehr Geld und weniger Stress fürs Pflegepersonal durch mehr Arbeitsstellen

Beschlusnummer 2017.G5

Antragsteller*innen UB Region Hannover

Weiterleitung an Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

- 1 Wir fordern die Entlastung des Gesundheitssystems, durch die Schaffung von mehr Arbeitsplät-
- 2 zen sowie eine Attraktivitätssteigerung im Pflegebereich in Krankenhäusern und Kliniken durch
- 3 besser Bezahlung, Ausbildung und Arbeitsbedingungen. Zudem einen besseren Personalschlüs-
- 4 sel.

Begründung

Wir sind dafür, dass Pflegekräfte besser bezahlt werden und des Weiteren mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, um diese nicht nur finanziell (Arbeitsmotivation) sondern auch körperlich zu entlasten. Die Arbeitsbedingungen sollten sich damit verbessern, da sowohl das Rentenalter als auch die Lebenserwartung der Menschen weiter steigt und dies zu einer Doppelbelastungen in diesem Berufsfeld führen. Durch einen niedrigen Personalschlüssel kann dem entgegengewirkt werden. In Folge daraus, fordern wir auch eine Überstundengrenze nach der Schaffung von mehr Arbeitsplätzen. Gesundheit ist unser größtes Gut und das sollten wir schützen.

Richtlinien über Krankenfahrten

Beschlusnummer 2017.G6
Antragsteller*innen UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg
Weiterleitung an SPD-Bezirksparteitag

Die Jusos Bezirk Hannover fordern,

1 dass die in den Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses über die Verordnung von Kran-
2 kenfahrten Krankentransportleistungen und Rettungsfahrten nach § 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 12 SGB
3 V in der Fassung vom 22. Januar 2004 und weitere dazugehörige Normen geändert werden, dass
4 der Transport zu medizinisch notwendigen ambulanten Operationen und notwendigen Nachbe-
5 handlungen ebenfalls in den genannten Paragraphen fallen.

6 Die gültige Fassung der Richtlinie besagt, dass Krankentransportleistungen nur dann zu genehmi-
7 gen und somit die Kosten zu übernehmen sind, wenn sie für eine stationären Operation notwen-
8 dig sind – d.h. mit mindestens einem Tag Krankenhausaufenthalt. Für ambulant durchgeführte
9 operative Maßnahmen wird der Krankentransport nicht übernommen, die/der Betroffene muss
10 selbst zusehen, wie sie/er den Transport regelt und finanziert.

11 Nach § 115b SGB V vereinbaren der Spitzenverband Bund der Krankenkassen, die Deutsche Kran-
12 kenhausgesellschaft oder die Bundesverbände der Krankenhausträger gemeinsam und die Kas-
13 senärztlichen Bundesvereinigungen, welche Maßnahmen ambulant und welche stationär durch-
14 geführt werden. Ist eine operative Maßnahme als ambulante Maßnahme eingestuft, ergibt sich
15 eine Verpflichtung, die Krankentransportleistung zu übernehmen, nur noch aus einer Gefahr für
16 Leib und Leben. Ausnahmen gibt es bzgl. Personen, die zu dem Personenkreis der Schwerbehin-
17 derten mit dem Merkzeichen aG, BL; H oder eine Pflegestufe von mindestens zwei (bis 2016) bzw.
18 eines Pflegegrades 3 (ab 2017) gehören. Eine weitere Ausnahme ist möglich, wenn eine dauerhaf-
19 te Mobilitätseinschränkung nachweislich mindestens für eine Dauer von sechs Monaten bei dem
20 Versicherten vorliegt.

21 Dieser Umstand trifft gerade Personengruppen, die wenig Geld haben, so beispielsweise Rentne-
22 rinnen und Rentner. Ihnen fehlen häufig die finanziellen Mittel, die teuren Fahrten mit eine Taxi
23 zu den ambulanten Operationen zu bezahlen, die nicht gerade häufig wohnortnah in der eigenen
24 Stadt stattfinden. Häufig fehlt der familiäre Anschluss, wenn die Kinder und Enkelkinder nicht in
25 der Nähe leben und günstiger ÖPNV ist auch selten vorhanden, sodass nur die teuren Taxi-Fahrten
26 bleiben.

27 Auch zu den notwendigen Vor- und Nachbehandlungen müssen die Fahrten finanziert werden.

28 Es ist nicht zumutbar, dass jemand mit einer kleinen Rente, bei dem ihr/ihm gerade einmal 400
29 Euro nach Abzug aller Fixkosten bleiben, derartige Kosten selbst zu tragen, die zum Teil sehr be-
30 trächtlich sein können.

31 Ärztliche Versorgung steht jedem Menschen zu, sie ist kein Luxusgut, welches nur elitären Klassen
32 zur Verfügung stehen darf. Die Bundesrepublik Deutschland ist nach dem Grundgesetz ein Sozi-
33 alstaat. Diesem Auftrag sollte die Politik auch in diesem Bereich gerecht werden und für sozial
34 schwache Menschen entsprechende gesetzliche Änderungen herbeiführen, sodass eine medizi-
35 nisch indizierte ambulante Operation kein Luxusgut mehr darstellen kann.

Mehr Kassensitze für Psychotherapeut*innen

Beschlusnummer 2017.G7

Antragsteller*innen UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Weiterleitung an SPD-Bezirksparteitag

1 Medizinische Unterversorgung ist teuer und unmenschlich, deswegen fordern wir, dass die Fest-
2 legung der Anzahl der Kassensitze von Psychotherapeut*innen am realen Bedarf orientiert ist
3 und nicht am Schlüssel, laut dem der Bedarf an Psychotherapeut*innen in fast ganz Deutschland
4 gedeckt ist.

5 Für eine*n psychisch Kranke*n mit gesetzlicher Krankenversicherung, der eine ambulante The-
6 rapie machen muss, sieht es schlecht aus. Der typische Fall läuft so ab: der* Hausarzt*in rät zu
7 einer Behandlung, gibt evtl. Empfehlungen für Psychotherapeut*innen. Der*die Patient*in ruft al-
8 so bei verschiedenen Ärzt*innen an. Doch überall nur Wartelisten. Drei Monate sind zur Zeit der
9 Standard. Der*die Betroffene hat nun verschiedene Möglichkeiten.

- 10 1. Warten. Das verschlimmert in fast allen Fällen die Situation bis hin zum Bedarf eines Klinik-
11 aufenthaltes, der am Anfang gar nicht vonnöten war.
- 12 2. Bei der Krankenkasse um einen Therapieplatz bitten, mit viel Glück kann vermittelt werden,
13 was selten der Fall ist.
- 14 3. Sich bei der Bundespsychotherapeutenkammer erkundigen. Unter Umständen kann auch
15 sie vermitteln, was auch selten der Fall ist.
- 16 4. Eine bestimmte Anzahl von Kassenärztlichen Therapeut*innen abtelefonieren, um dann
17 nach Paragraph 13 Abs. 3 Sozialgesetzbuch V seinen Anspruch auf Behandlung gültig zu
18 machen. Wenn die Krankenkasse erwiesenermaßen der gesundheitlichen Versorgung ein-
19 ner*s zu Behandelnden nicht nachkommen kann, darf sich der*die Betroffene Hilfe bei ei-
20 nem*r Psychotherapeut*in holen, der*die keinen Kassensitz hat. Jetzt gehen wir mal vom
21 häufigsten Fall aus, der*die Patient*in hat eine Depression, eine Erkrankung, deren Kern
22 es ist, jegliche Motivation für Handlungen zu rauben. Wie soll eine solch belastete Person
23 diesen bürokratischen Aufwand betreiben können?

24 Oft müssen am Ende Patient*innen, die eigentlich ambulant behandelt werden könnten, auf eine
25 stationäre Behandlung ausweichen, weil entweder die Erkrankung sich so sehr verschlechtert hat
26 oder eine ambulante Versorgung auf dem Land nicht möglich ist.

27 Diese Situation ist nicht tragbar.

28 Die Position der gerade zu Ende ausgebildeten Psychotherapeut*innen ist zudem auch schlecht.
29 Die Ausbildung ist nach dem Studium zwischen drei und fünf Jahren lang, wobei die Bezahlung
30 unverhältnismäßig gering ist. Wirtschaftlich halten kann sich eine eigene Praxis i.d.R. nur, wenn
31 der*die Psychotherapeut*in einen Kassensitz hat. Neue Kassensitze gibt es aber nur, wenn ein*e
32 andere*r Psychotherapeut*in in den Ruhestand geht. Dieser ist dann für fünfstellige Beträge vom
33 Vorgänger zu erwerben. Es kann nicht möglich sein, dass Bürger*innen Ablösesummen bezahlen
34 müssen, um zu arbeiten.

35 Für die Kassen entstehen im Endeffekt sogar höhere Ausgaben, da eine stationäre Behandlung
36 höhere Kosten verursacht als eine ambulante. Außerdem bedarf ein verschlimmerter Krankheits-
37 grad einer längeren Behandlung.

38 Das 2012 in Kraft getretene GKV-Versorgungsstrukturgesetz deckt immer noch nicht den tatsächli-
39 chen Bedarf an Psychotherapeut*innen. Deswegen fordern wir eine Überarbeitung des Gesetzes,
40 damit alle Bürger*innen, die psychotherapeutische Hilfe brauchen, sie auch ohne bürokratischen
41 Aufwand bekommen können.

Defibrillatoren im öffentlichen Raum

Beschlusnummer 2017.G8
Antragsteller*innen UB Celle
Weiterleitung an Bundeskongress

- 1 Wir fordern die SPD auf, sich dafür einzusetzen, dass in allen öffentlichen Gebäuden und Bahn-
- 2 höfen Defibrillatoren angebracht werden. Außerdem soll die Anbringung von Defibrillatoren im
- 3 privaten Bereich, wie zum Beispiel in Geschäften oder Firmen, forciert und beworben werden und
- 4 die Unternehmen dabei unterstützt werden und/oder finanzielle Anreize geschaffen werden.

Begründung

Jedes Jahr sterben in Deutschland an die 80.000 bis 100.000 Menschen den plötzlichen Herztod. Viele dieser Todesfälle sind auf Unkenntnisse von Menschen im Bereich der Ersten Hilfe zurück zu führen. Moderne Defibrillatoren, sogenannte Automatisierte externe Defibrillatoren, können von allen Menschen sofort eingesetzt werden. Sie messen nicht nur den Herzschlag, sondern leiten auch Menschen, die nicht wissen, was sie machen sollen, dazu an, was sie zu tun haben, um Leben zu retten.

Daher sollte es unser Ziel sein, dass diese Geräte für alle Menschen zugänglich gemacht werden und so die Leben anderer Menschen gerettet werden können.

I – Inneres und Antifaschismus

Einführung des Tags der Befreiung als gesetzlichen bundesweiten Feiertag

Beschlusnummer 2017.I1
Antragsteller*innen UB Region Hannover
Weiterleitung an SPD-Bezirksparteitag

- ¹ Wir fordern die Einführung des Tags der Befreiung am 8. Mai als gesetzlichen bundesweiten Feiertag.
- ² ertag.

Rettet die Autobahnen

Beschlusnummer 2017.I4
Antragsteller*innen UB Celle
Weiterleitung an Bundeskongress

- 1 Seit Jahren ist ein Anstieg des Güterverkehrs auf der Straße zu verzeichnen. Einen großen
- 2 Anteil davon macht der Binnenverkehr aus, allerdings gibt es auch einen Anstieg des LKW-
- 3 Transitverkehrs auf der Straße.
- 4 Die Jusos fordern daher, dass sich die SPD dafür stark macht, dass LKW-Transitverkehr auf die
- 5 Schiene verlagert wird.

Begründung

Neben der Reduzierung von CO2 hat dieses Prinzip auch andere Vorteile. Es ist erwiesen, dass der zunehmende LKW Verkehr nicht gut ist für die Autobahnen. Die dauerhafte Belastung durch die schweren LKW zerstört den Straßenbelag und auch den Unterbau der Autobahnen. Das gleiche gilt natürlich auch für Bundesstraßen und Landstraßen.

Maaslos übertrieben - Gegen die Verschärfung des § 113 StGB

Beschlusnummer 2017.I5

Antragsteller*innen UB Göttingen

Weiterleitung an

1 Die Bundesregierung hat einen Gesetzesentwurf zur Verschärfung des § 113 StGB sowie des §
2 114 StGB vorgelegt. Dieser Paragraphen § 113 der erst vor 5 Jahren verschärft wurde, regelt den
3 „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“. Im Wortlaut klingt das dann so:

4 „Wer einem Amtsträger oder Soldaten der Bundeswehr, der zur Vollstreckung von Gesetzen,
5 Rechtsverordnungen, Urteilen, Gerichtsbeschlüssen oder Verfügungen berufen ist, bei der Vor-
6 nahme einer solchen Diensthandlung mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt Widerstand
7 leistet oder ihn dabei tätlich angreift, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstra-
8 fe bestraft.“

9 Diese Paragraphen sollen nun verschärft werden, da laut Interessensvertreter*innen der Polizei
10 und des Justizministers eine eklatante Zunahme von Gewalt gegen Polizist*innen und Rettungs-
11 kräften in diesem Land beobachtbar sei. Daher soll der Tatbestand auch auf Situationen, die au-
12 ßerhalb von Vollstreckungshandlungen liegen ausgeweitet werden. Zu diesem Zweck wird ein
13 neuer Tatbestand namens „Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte“ in § 114 StGB eingefügt.
14 Für diesen wird ein Mindeststrafmaß von 3 Monaten bis zu einer Höchststrafe von 5 Jahren fest-
15 gelegt.

16 Dazu kommt eine Verschärfung des Strafmaßes, wenn die Taten von mehreren Personen began-
17 gen werden auf mindestens 6 Monate Haftstrafe. Ebenfalls führt das Beisichführen eines „gefährli-
18 chen Gegenstandes“, auch ohne Verwendungsabsicht zu einem Mindeststrafmaß von 6 Monaten.
19 Das war vorher nur bei Verwendungsabsicht der Fall.

20 **Die Gesetzesbegründung und der Zweck des Gesetzes**

21 Generell gilt, dass alle Menschen ohne Angst vor der Verletzung ihres körperlichen Wohls leben
22 sollten. Und die angestiegene Zahl von Übergriffen auf Polizist*innen lässt sich statistisch nicht
23 beweisen. Die Gesetzesbegründung hat die Kriminalstatistik der Polizei zu Grundlage, die für das
24 Jahr 2015 eine Zahl von ca. 64.000 Polizist*innen als Opfer von Straftaten ausweist. Dies schein
25 erstmal in Relation zu ca. 59.000 Opfern im Jahr 2013 tatsächlich eine Steigerung zu sein. Aller-
26 dings ist bei statistischen Zahlen immer eine gewisse methodische und analytische Vorsicht an-
27 gebracht. Bei dem vorliegenden Datenmaterial handelt es sich nämlich um die polizeiliche Krimi-
28 nalstatistik, einer von der Polizei selbst erhobenen Statistik. Sie ist somit keine wissenschaftliche
29 Statistik, sondern eher eine Größe zur Messung der polizeilichen Aktivität in Sachen Strafverfol-
30 gung. Die Statistik bildet dabei ein sog. Hellfeld ab, also nur den Teil der Taten, die zur Anzeige
31 gebracht werden. Aus dieser wird nicht ersichtlich, ob eine tatsächliche Erhöhung der Taten zu
32 beobachten ist, oder ob im Zuge von erhöhter Anzeigebereitschaft und erhöhter Kontrolle nur ein
33 größerer Teil des Dunkelfeldes ausgeschöpft wird. So kann eine Steigerung der Zahlen in der Poli-
34 zeilichen Kriminalstatistik zeitgleich mit einer sinkenden, gleichbleibenden oder erhöhten realen
35 Kriminalität zusammenfallen. Dies lässt sich schlichtweg einfach nicht anhand dieser Statistik be-
36 legen. Insgesamt fallen bei der Opfergruppe der Polizei sogar einige Anzeigehemmnisse weg, wie
37 beispielsweise die Distanz zur Institution der Polizei oder der Aufwand der Strafanzeige. Daneben

38 führt das Legalitätsprinzip der Polizei dazu, dass Beamt*innen dazu verpflichtet sind Straftaten
39 die sie beobachten zur Anzeige zu bringen, auch wenn dies nicht immer der Fall ist trägt dies zu
40 einem höheren Anzeigeverhalten bei.

41 Zusätzlich wird diese von der Polizei erstellte Statistik nun als Basis für ein Gesetz, dass im we-
42 sentlichen die Privilegierung dieser Berufsgruppe zum Ziel hat genutzt, was überaus fragwürdig
43 erscheint. Eine unabhängige Statistik für den Zeitraum 2011-2015, in der jährlich eine Polizeiliche
44 Kriminalstatistik erschienen ist, in der die Kategorie der Opfer aus den Gruppen Polizei, Vollstrec-
45 kungsbeamt*innen und Rettungskräfte ausgewiesen ist existiert nicht und wurde bisher auch
46 nicht durch ein Bundesministerium in Auftrag gegeben.

47 Da die Statistik zusätzlich bei anderen Straftatbeständen wie der einfachen oder schweren Kör-
48 perverletzung nicht nach Opfergruppen unterscheidet und somit nur die Handlung des „Wider-
49 stands“ erfasst wird lässt sich keine Aussage zur Gesamtzahl der Angriffe ableiten, die beispiele-
50 wise indirekt über die Fallstatistik eher möglich wäre. Setzt man die Zahl der gezählten Wider-
51 standhandlungen, die zu 90% Polizeibeamt*innen betreffen in Relation zur Zahl der potentiellen
52 Opfer, also Polizist*innen, so lässt sich kein Anstieg der Straftaten in den letzten Jahren erken-
53 nen.

54 Eine weitere Schwäche der Polizeilichen Kriminalstatistik ist die Opfererfassung, die weit über
55 der Zahl der Taten liegt, da zumeist Polizist*innen nicht alleine Angegriffen werden, sondern die-
56 se in Gruppen zusammen sind. Hierbei entscheiden die Opfer, inwiefern sie Betroffene der Tat
57 waren, ohne die Möglichkeit die tatsächliche Betroffenheit zu klären. Insgesamt lässt sich die Be-
58 gründung des Gesetzesentwurfes über die polizeiliche Kriminalstatistik als wenig überzeugend
59 zu bezeichnen.

60 Prof. Rafael Behr von der Akademie der Polizei Hamburg sagt dazu: „Wenn wir nüchtern das Ma-
61 terial betrachten, ist für Alarmstimmung und für eine Hysterie eigentlich kein Platz. Nur, was
62 wir beobachten ist tatsächlich, dass die Polizeiliche Kriminalstatistik nicht mehr die materielle
63 Grundlage bildet, sondern sich der Diskurs um Gewalt gegen Polizeibeamte verselbstständigt, das
64 heißt, er ist moralisch geworden. Es ist eine gefühlte Gewalt, die interpretiert wird, die gemeint ist,
65 und eben keine statistisch nachweisbare mehr.“ (Interview mit dem WDR-Magazin Monitor vom
66 09.03.2017)

67 Zusätzlich zu der angeblich gestiegenen Anzahl der Angriffe verfolgt der Entwurf das Ziel die „An-
68 erkennung und den Respekt“ gegenüber Polizeibeamt*innen und Rettungskräften zu erhöhen. Al-
69 lerdings bleibt der berechtigte Zweifel, ob dies durch eine höhere Sanktionierung, eines ohnehin
70 schon sanktionierten Tatgegenstandes zu erreichen. Guckt man sich die kriminologischen Befun-
71 de an, so hat ein erhöhtes Strafmaß kaum präventive Wirkung. Besonders wenn man bedenkt,
72 dass ungefähr Zweidrittel der Taten unter Alkoholeinfluss oder unter Drogeneinfluss begangen
73 werden.

74 **Rechtswirkliche Aspekte**

75 Der Tatbestand des tätlichen Angriffs klingt zunächst nach einer schweren Straftat, guckt man sich
76 die juristische Auslegung an, dann ist festzustellen, dass dieser Tatbestand alles andere als eine
77 schwere Straftat beschreibt:

78 „Ein ›tätlicher Angriff‹ nach § 114 StGB-E [in der Entwurfsfassung] ist eine unmittelbar auf den
79 Körper zielende gewaltsame Einwirkung. Zur körperlichen Verletzung muss es nicht kommen,
80 auch nicht zu einer Schmerzzufügung. Eine solche braucht auch nicht gewollt sein.“ (Vgl. Fischer,
81 StGB, 64. Auflage, §113 Rn. 27.)

82 In der Anwendung des dann geänderten Rechts, würde ein einfaches Anrempeln eines* einer Poli-
83 zist*in eine dreimonatige Haftstrafe zur Folge haben, da das Gesetz auch keinen minderschweren
84 Fall vorsieht.

85 Das absurdeste an dem Gesetzesvorhaben ist dabei, dass es keine Not zur Regelung gibt. Mit Ein-
86 führung des Straftatbestandes der „Versuchten einfachen Körperverletzung“ gemäß den § 223 Abs.
87 2, 22, 23 StGB im Jahr 1998 wird der Tatbestand des „tätlichen Angriffs“ obsolet, da nahezu alle tät-
88 lichen Angriffe den Tatbestand der versuchten einfachen Körperverletzung erfüllen, wenn sie die
89 Erheblichkeitsschwelle überschreiten. Einzig für den Fall, dass keine Verletzungsabsicht vorliegt
90 findet der tätliche Angriff überhaupt noch Anwendung.

91 **Was aber bezweckt die Gesetzesverschärfung dann?**

92 Allen voran wird der § 113 StGB in seiner ursprünglichen Intention bei der Einführung 1970 in das
93 Gegenteil verkehrt. So bewertet der Rechtswissenschaftler und Kriminologe Tobias Singelnstein
94 von der Ruhr-Universität Bochum die Reform wie folgt:

95 „Bis vor ein paar Jahren galt der alte Paragraph zum Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte noch
96 als besonders mild. Das war Absicht: Taten, die in der Hitze der Erregung gegenüber Polizeibeam-
97 ten bei einer Vollstreckungshandlung begangen werden, sollten nicht so scharf beurteilt werden
98 wie sonstige Nötigungshandlungen. So wollte der Gesetzgeber der Ausnahmesituation Rechnung
99 tragen, in der sich Bürger befinden, die gut ausgerüsteten Vertretern der Staatsgewalt mit beson-
100 deren Befugnissen gegenüberstehen.

101 „Dieses Verständnis verkehrt der Gesetzgeber mit dem geplanten Paragraphen 114 des Strafgesetz-
102 buchs in sein Gegenteil. An die Stelle der bisherigen Privilegierung der Bürger setzt er einen be-
103 sonderen strafrechtlichen Schutz der Polizei - ein Privileg der Exekutive, das man sonst eher in
104 autoritären Staaten findet.“ (Interview mit T. Singelnstein in der SZ)

105 Dieses Gesetzesvorhaben hat damit vorrangig eins zur Folge; die Privilegierung der Berufsgrup-
106 pe der Polizist*innen im Gegensatz zur restlichen Bevölkerung, die sich in einem Akt der Sym-
107 bolpolitik vollzieht. Es erscheint höchst zweifelhaft die Inhaber*innen des Gewaltmonopols im
108 Staat durch weitere Maßnahmen über die restliche Bevölkerung zu stellen. Damit wird auch das
109 Gleichheitspostulat in Artikel 3 des Grundgesetzes ausgesetzt. Diese Ungleichbehandlung wird
110 im Endeffekt dazu führen, dass das Ziel des Gesetzentwurfs, die Erhöhung des Schutzes und des
111 Respekts der Polizei nicht erreicht wird. Ganz im Gegenteil wird die weitere Trennung zwischen
112 Polizei und Gesellschaft zu einer Verschlechterung der Stellung der Polizei führen.

113 **Die wahren Probleme im Bereich der Polizei**

114 Insgesamt stellt sich die Frage, warum trotz fehlender Notwendigkeit, nach nicht einmal sechs
115 Jahren seit der letzten Gesetzesänderung, der Paragraph 113 in dieser Form verschärft werden soll.
116 Gerade im Bereich der Polizei, deren eklatante Mängel zuletzt in Folge der Selbstenttarnung der
117 rechtsterroristischen Untergrundgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ offenbart wurden,
118 gibt es weitaus dringenderen Reformbedarf. Zum Beispiel bemängelt Amnesty International, dass
119 es immer noch keine unabhängigen Beschwerdestellen für Opfer von Polizeigewalt gibt. Die intern
120 organisierte Ermittlung von Kollegen gegen Kollegen, die durch Fehlverhalten aufgefallen sind,
121 führt dabei nicht nur zu einer wenig konsequenten Verfolgung von Delikten, es führt auch dazu,
122 dass Kollegen intern Druck bekommen nicht gegen den eigenen Kollegen auszusagen, da dies
123 unkameradschaftlich sei. Ein sich verstärkender Korpsgeist wäre die Folge.

124 Darüber hinaus besteht trotz Verpflichtung im Koalitionsvertrag der niedersächsischen Landes-
125 regierung noch immer keine Kennzeichnungspflicht der Polizei. Ganz im Gegenteil, die Polizei
126 wird immer stärker ausgerüstet mit Körperpanzern. Dadurch verliert die Polizei immer mehr ihre
127 Bindung an die Bevölkerung, was im Endeffekt einen weiteren Respektsverlust bedeutet, der letzt-
128 endlich die Hemmschwelle für Angriffe auf Polizist*innen noch weiter senken wird. Diese Distanz
129 zwischen Polizei und Bevölkerung, die in vielen Teilen der Gesellschaft schon besteht lässt oftmals
130 vergessen, dass Streifenpolizist*innen auch Menschen sind. Wir befinden uns in einer Spirale, die
131 durch den vorliegenden Gesetzesentwurf nur noch schneller vorangetrieben wird.

132 **Schutz von Rettungskräften sicherstellen**

133 Ein effektiver Schutz von Rettungskräften, Polizist*innen und Vollstreckungsbeamt*innen lässt
134 sich nicht über härtere Strafen regeln. Ein Großteil der Taten erfolgt im Affekt und unter Alkohol
135 und/oder Drogeneinfluss. Also Situationen, in denen nicht rational das fällige Strafmaß und die
136 Folgen des eigenen Handels abgewogen werden. Gerade im Bereich von Haftstrafen lösen erste
137 Verurteilungen zu Freiheitsstrafen eine verheerende Spirale in Gang, die dazu führt, dass Straffäl-
138 lige Personen immer weiter abdriften und Straftaten begehen. Hier müssen alternative Strafmaße,
139 die den Zweck der eigenen Reflektion und der Resozialisierung in den Vordergrund stellen, Haft-
140 strafen ablösen. Dies wäre auch für den Staat die günstigere Variante.

141 Um Straftaten zu verhindern bedarf es mehr Respekt vor der Arbeit der Rettungskräfte. Hier müs-
142 sen Rettungssanitäter*innen und Einsatzkräfte der Feuererwehr eine größere Wertschätzung er-
143 fahren. Dies gelingt durch mehr Austausch und z.B. Infotagen an Schulen.

144 Die Polizei ist eine wichtige Institution, doch Bedarf es hier dringend einer grundlegenden Struk-
145 turreform um ihr ein transparentes und demokratisches Gesicht zu geben. Nur so lässt sich die
146 Distanz zwischen Bürger*innen und Polizei schließen. Korpsgeist, Männlichkeitskulte und diskri-
147 minierendes Verhalten dürfen hier nicht vorkommen. Als Inhaber*innen des Gewaltmonopols
148 gelten für die Polizei besondere Maßstäbe, die es zu erfüllen gilt. Erste Schritte sind die Einführung
149 einer Kennzeichnungspflicht, die Einrichtung unabhängiger Beschwerdestellen und die Gleichbe-
150 handlung von Zeug*innen vor Gericht. Polizist*innen sind auch nur Menschen und nehmen bei
151 Tathergängen genau so viel bzw. so wenig wie alle anderen war, weshalb ihre Aussage nicht mehr
152 zählen darf, als die jeder anderen Person. Auch die Binnenstruktur gilt es aufzubrechen. Interne
153 Kritik- und Kontrollmechanismen zu etablieren und eine diverse Personalstruktur zu etablieren,
154 die sensibel im Umgang mit Menschen ist. Wir brauchen keine hochgerüstete Schläger*innen-
155 Truppe, sondern Polizist*innen auf Augenhöhe, die sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung
156 bewusst sind und diese verantwortungsbewusst ausübt. Willkür und Gewalt sind einer Polizei
157 unwürdig, daher muss Kritik an Einsätzen und Einsatzkräften legitim sein und Gehör finden.

158 Nur so lässt sich Respekt erzeugen und die Hemmschwelle zur Gewalt senken. Der Spielball liegt
159 also bei der Politik und der Polizei. Es gilt eine grundlegende Strukturreform bei der Polizei an-
160 zugehen, vor allem gegen den Widerstand der alteingesessenen. Hier besteht tatsächlich Hand-
161 lungsbedarf und nicht beim Strafgesetzbuch. Dieser Reformvorschlag von Heiko Maas ist leider
162 nur Symbolpolitik, die eine empfindliche Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes des Ar-
163 tikel 3 des Grundgesetzes zur Folge hätte, da nun das anrempeln eines*einer Polizist*in mit dem
164 selben Strafmaß behandelt würde, wie ein Faustschlag durch den, dem Opfer die Nase gebrochen
165 wird.

166 Diese Gesetzesverschärfung ist maaslos übertrieben, deshalb positionieren wir uns klar gegen
167 die Verschärfung des Paragraphen 113 StGB sowie die Einfügung der §114 und 115 StGB.

Es muss nicht immer Bunt sein – Bunte Leitstellen abschaffen

Beschlusnummer 2017.I6

Antragsteller*innen Bezirksvorstand

Weiterleitung an

- 1 Die Jusos Bezirk Hannover fordern die Landesregierung dazu auf, die sogenannten Bunten Leit-
- 2 stellen, die zu Test zwecken eingerichtet wurden, schnellstmöglich wieder abzuschaffen. Diese
- 3 verletzen elementare Patient*innenrechte und können Menschenleben gefährden. Die Unterbrin-
- 4 gung von Polizei- und Rettungsleitstellen in einem Gebäude ist zwar durchaus denkbar, diese
- 5 müssen aber unbedingt baulich klar getrennt sein.
- 6 Auch darf die Landesregierung nicht weitere Leitstellen streichen. Eine überregionale Leitstelle
- 7 kann und ist niemals zielführend.

Begründung

Ziel der Erprobung von Bunten Leitstellen ist es, die Leitstellen personell besser zu besetzen und Kosten zu sparen. Dass dabei jedoch wichtige Patient*innenrechte ausgehebelt werden, wurde entweder übersehen oder schlicht in Kauf genommen.

§ 203 StGB und § 353b StGB garantieren allen Menschen, dass das Personal auf Rettungswagen der Polizei nicht sagt, warum jemand in dem Rettungswagen liegt oder was für ein medizinisches Problem besteht. Durch die bunten Leitstellen werden diese grundlegenden Persönlichkeitsrechte, die allen Menschen zu stehen welche einen Rettungswagen rufen, ausgehebelt.

Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass vor allen geflüchtete Menschen und Menschen mit nicht klaren Aufenthaltsstatus den Rettungsdienst nicht rufen, weil sie Angst haben damit gleichzeitig die Polizei zu verständigen. Dies ist für uns unhaltbar.

Bei den angedachten überregionalen Leitstellen besteht das Problem, dass die Disponent*innen nicht die regionalen Feinheiten kennen, anders als Disponent*innen die aus einem Landkreis selber kommen und mit den örtlichen Besonderheiten vertraut sind.

Menschenleben müssen immer Vorrang haben vor der Gewinnoptimierung der Krankenkasse und dem Sparwillen der Landesregierung. Deshalb brauchen wir ein breites Netz an Leitstellen und eine klare Trennung von Rettungsdiensten und Polizei.

J – Jugend- und Familienpolitik

Mehr Gleichberechtigung – Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser fördern

Beschlusnummer 2017.J1

Antragsteller*innen UB Region Hannover

Weiterleitung an Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

1 Deswegen schlagen wir eine Reihe von Maßnahmen vor, welche zukünftig ermöglichen sollen,
2 dass beide Ehepartner*innen oder Eltern die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben
3 auch nach der Geburt der Kinder Vollzeit arbeiten können:

- 4 • Zunächst muss das Ehegattensplitting abgeschafft werden. Stattdessen soll aus den erhöh-
5 ten Steuereinnahmen das Elterngeld erhöht werden, um die Familien unabhängig vom Ver-
6 dienst der Ehepartner*innen zu fördern. Nach dem Ende des Elterngeldes, werden Eltern
7 über eine gleichberechtigte Steuerentlastung gefördert, die unabhängig ist von der Art des
8 Familienmodells.
- 9 • Es muss für eine vollumfängliche, ganztägige und kostenlose Kinderbetreuung gesorgt wer-
10 den, die es beiden Eltern ermöglicht, mit dem Ende des Elterngeldes, wieder Vollzeit zu arbei-
11 ten. Die gesicherte Kinderbetreuung sollte deshalb schon vor Vollendung des ersten Lebens-
12 jahres beginnen. Kita- und Krippenplätze müssen deswegen noch weit intensiver ausgebaut
13 werden, als dies bisher in Planung ist.
- 14 • Damit sowohl Männer und Frauen zu gleichen Teilen Elternzeit nehmen, sollte dies über das
15 Elterngeld subventioniert werden. Nur wenn beide Lebenspartner*innen gleichviel Eltern-
16 zeit nehmen, soll dieses zur vollen Höhe ausgezahlt werden. Die Höhe des Elterngeldes soll
17 dabei nach dem Familieneinkommen bemessen werden. Alleinerziehende bekommen das
18 volle Elterngeld ausgezahlt und können den vollen Zeitraum Elternzeit nehmen.
- 19 • Um zu verhindern, dass der Mann, auch in vergleichbaren Berufen der Besserverdienende
20 ist, und deswegen es finanziell sinnvoller ist, wenn die Frau Elternzeit nimmt, muss endlich
21 die Gehaltlücke zwischen den Geschlechtern geschlossen werden („Gleicher Lohn für glei-
22 che Arbeit“).
- 23 • Unternehmen die ihre Mitarbeiter*innen für das beantragen von Elternzeit benachteiligen,
24 werden sanktioniert. Eine solche Benachteiligung kann bei einer Behörde durch Geschädigte
25 angezeigt werden.

Begründung

In keinem europäischen Land wird das traditionelle Familienbild sowie die traditionelle Ehe, in einem vergleichbaren Maße staatlich gefördert, wie in der Bundesrepublik Deutschland. Dies hat nicht nur ideelle Folgen, sondern ist außerdem mitverantwortlich dafür, dass alljene, die diesem Modell nicht folgen, finanziell bestraft und benachteiligt werden. Besonders betroffen sind hierbei

die Gruppe der alleinerziehenden Eltern. Aus einer Monitor-Studie von 2010 geht hervor, dass 19 % aller Familien mit Kindern, Alleinerziehenden sind. Hiervon sind weiterhin 58 % geschieden.

Aus dieser Studie geht weiterhin hervor, dass 39 % der Alleinerziehenden Eltern weniger als 1300,- Euro im Monat verdienen. Nur 8 % verdienen mehr als 2300,- Euro. Fast die Hälfte verdient zwischen 1300–2600 Euro. Weiterhin geht aus dieser Studie hervor, dass 30 % auf zusätzliche Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe angewiesen. Da 90 % der alleinerziehenden Mütter sind, zeigt sich das insbesondere Frauen Gefahr laufen, in die Einkommensarmut zu verfallen, sollte die Ehe scheitern.

Diese bedauernswerte Lage wird durch den Staat aktiv gefördert:

- Durch das Ehegattensplitting werden die Gehälter der Ehepartner*innen zusammengerechnet, und daraufhin für die Berechnung der jeweiligen Steuern wieder hälftig geteilt. Dadurch entsteht ein enormes Steuerersparnis für verheiratete Paare, insbesondere wenn eine*r der Lebenspartner*innen, meistens die Frau, nicht arbeitet. Es lohnt sich somit aus finanzieller Sicht mehr, wenn die Frau nicht arbeitet und somit auch nicht vorsorgt für eine mögliche Zeit nach der Ehe.
- Da das Angebot an frühzeitiger und ganztägiger Kinderbetreuung in Deutschland noch weit hinter dem europäischen Vergleich zurück ist, ist es oftmals schwierig, Kind und Beruf zu vereinbaren. Es werden zwar immer mehr Kitas und Krippen gebaut und auch Ganztagsangebote geschaffen, dies ist aber noch lange nicht ausreichend, um eine unkomplizierte Rückkehr in den Beruf nach der Geburt zu ermöglichen. Auch das Betreuungsgeld als Herdprämie muss abgeschafft werden.
- Obwohl die Möglichkeit besteht, dass beide Lebenspartner*innen Elternzeit nehmen können, tun dies immer noch hauptsächlich Frauen. 2015 haben 41,6 % der Frauen mit Kindern unter 3 Jahren Elternzeit genommen. Dem gegenüber standen nur 2,5 % der Männer. Bei Frauen mit Kindern unter 6 Jahren nahmen 24,1 % Elternzeit. Dem gegenüber standen nur 1,5 % der Männer. Dies hängt damit zusammen, dass es einerseits nicht vom Staat gefördert wird, gleichberechtigt Elternzeit zu nehmen und andererseits die Wirtschaft diese benachteiligt. Nimmt man sich Elternzeit heißt dies zumeist, seine berufliche Karriere aufzugeben. Da außerdem, durch die ungleiche Entlohnung von Frauen und Männern, entscheiden sich die Familien aus finanzieller Sicht zumeist, dass der Besserverdienende, oftmals der Mann, arbeitet, während die Frau Elternzeit nimmt. Auch hiermit hängt es zusammen, dass insbesondere geschiedene Frauen später in die Einkommensarmut verfallen.

Quellen: <https://www.bmfsfj.de/blob/76232/4abcbfc3b6124fcc2766fd4cc11e87c/monitor-familienforschung-ausgabe-28-data.pdf>

Wahlrecht auf 16 senken

Beschlusnummer 2017.J2

Antragsteller*innen UB Region Hannover

Weiterleitung an Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

- 1 Wir fordern hiermit, das allgemeine aktive Wahlrecht für alle in Deutschland stattfindenden Wah-
- 2 len auf 16 Jahre zu senken. Hierfür werden die entsprechenden gewählten Volksvertretungen auf-
- 3 gefordert, entsprechende Änderungen an den Wahlgesetzen vorzunehmen.

Warum auf die Schüler*innenvertretung warten?

Beschlusnummer 2017.J3

Antragsteller*innen UB Hildesheim

Weiterleitung an

- 1 Wir fordern, dass bereits in Kindergärten ein aktives Mitbestimmungsrecht der dort betreuten
- 2 Kinder gewährleistet wird. Konkret meinen wir, dass die Kinder dort an Entscheidungen, die sie
- 3 direkt betreffen und niedrigschwellig sind beteiligt werden. Außerdem sollte auch in der Primar-
- 4 stufe eine Schülervertretung wie im Sekundarbereich eingeführt werden.

Begründung

Warum werden Kinder erst aktiv beteiligt, wenn sie in der Schule sind? Denn genau wie die Schule, stellt auch die Kindertagesstätte einen Lebensraum dar, in dem Kinder einen Großteil ihrer Zeit verbringen. Warum dürfen sie nicht aktiv über die Bestimmung dieses Lebensraumes mitbestimmen?

Leider ist der demokratische Erziehungsstil noch nicht in allen Kindertageseinrichtungen angekommen, wobei dieser nötig ist um die Kinder rechtzeitig auf das spätere Leben vorzubereiten. Hierbei handelt es sich nicht um Entscheidungen über eine Personaleinstellung o.ä. sondern eher um niedrigschwellige Entscheidungen und Prozesse innerhalb der Gruppen und Einrichtungen.

Kinder sind bereits in jenem Alter dazu in der Lage über z.B. den Essensplan oder die Art der anzuschaffenden Spielzeuge mitentscheiden zu können und lernen ebenfalls schnell. Deshalb fordern wir Kinder bei finalen (Entweder-oder) Entscheidungen aktiv einzubeziehen. Denn durch die niedrigschwellige Erprobung des Demokratieprozesses verinnerlichen die Kinder bereits eine Grundsätzlichkeit für eine lebendige Demokratie und haben weniger Hemmungen sich innerhalb dieser auch im späteren Leben zu beteiligen.

Hieraus resultieren Kompetenzen der Eigeninitiative sowie der Selbstständigkeit und bieten zusätzlich ein ausgewogenes Verhältnis von Autorität sowie Freiheit. Auch eine gewisse Grundwärme und ein Urvertrauen sowie die Akzeptanz und Empathiefähigkeit werden durch den Stil der Erziehung geschaffen. Durch den Austausch (Kommunikation) mit Gleichaltrigen, Eltern und Erzieher*innen werden auch der Sprachstil und der Wortschatz der Kinder positiv erweitert. Schlussendlich erleichtert der demokratische Erziehungsstil ein Selbstverständnis für das spätere (Arbeits- und Politik-) Leben und verankert Grundprinzipien wie Wertschätzung, Teamwork und Kritikfähigkeit.

Warum sollen diese Kinder bis zum Schulalter warten wenn der ganze Prozess bereits in der Kindheit geprägt werden kann und somit aktiv und positiv für unsere lebendige Demokratie und das Befinden der Kinder beiträgt? Aus diesem Grund sehen wir es als eine Notwendigkeit Kinder aktiv in Prozesse einzubeziehen, sofern es nicht ihre Kompetenzen und das Wohlbefinden überschreitet.

K – Kommunen und ländliche Räume

Wessen Welt ist die Welt? – Öffentlichen Raum für junge Menschen erkämpfen, bewahren und ausbauen

Beschlusnummer 2017.K1
Antragsteller*innen UB Region Hannover
Weiterleitung an Bundeskongress

1 Öffentlicher Raum gehört allen Bürger*innen in einer Stadt und er sollte auch allen gleicherma-
2 ßen zugänglich und für alle nutzbar sein. Als politische Jugendorganisation sehen wir die Nutzung
3 und Gestaltung von öffentlichen Plätzen, Gebäuden und Räumlichkeiten in öffentlicher Hand so-
4 wie selbstverständlich von Parks und Grünflächen als zentrales Instrument an, um unsere Stadt
5 bzw. unsere Kommune zu einem lebenswerten und liebenswerten Ort zu machen.

6 Leider beobachten wir vermehrt, dass es in der öffentlichen sowie in der politischen Debatte oft
7 vordergründig darum geht, wie man bestimmte Gruppen aus öffentlichem Raum ausschließt oder
8 wie man öffentlichen Raum am besten vermarkten kann. So mussten wir zusehen, wie beispiels-
9 weise an vielen Orten unserer Kommune Hannover solche Tendenzen und Diskussionen geführt
10 werden. Schließlich erinnert auch das Alkoholkonsumverbot, das in immer mehr öffentlichen
11 Nahverkehrsbetrieben, wie auch seit dem Jahreswechsel in Bussen, Bahnen und Stationen der
12 hannoverschen üstra, gilt, an dieses Problem.

13 Wir stellen uns dieser Entwicklung klar und deutlich entgegen! Wir wollen nicht, dass die Flächen
14 im öffentlichen Raum immer kleiner werden oder durch langwierige und komplizierte Genehmi-
15 gungsverfahren der Verwaltung der Zugang zu ihnen stets mit mehr Aufwand und immer höheren
16 Hürden verbunden ist.

17 Emanzipation junger Menschen im und durch öffentlichen Raum stärken

18 Auch in einer immer älter werdenden Gesellschaft dürfen die Bedürfnisse junger Menschen im
19 öffentlichen Raum nicht außer Acht gelassen werden. Wir brauchen Sportanlagen, Bolzplätze und
20 Jugendzentren, deren Zugang so niedrigschwellig wie möglich sein muss.

21 Öffentlicher Raum ist für junge Menschen meistens die einzige Möglichkeit sich jenseits von der
22 Schule und dem Elternhaus selbstbestimmt zu treffen. Diese Möglichkeit ist von zentraler Be-
23 deutung für die Entwicklung von Jugendlichen. Daher ist es falsch öffentlichen Raum für junge
24 Menschen zu verkleinern oder ihn durch ein Übermaß an Regeln oder Verboten für diese Grup-
25 pe unnutzbar zu machen. Wir wollen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene nicht in private
26 Räume verdrängen. Wir wollen öffentlichen Raum an ihren Bedürfnissen orientieren, weil sie
27 dort genauso hingehören, wie alle anderen Menschen auch. Partykeller der Eltern statt Jugend-
28 zentrum oder elterlicher Pool statt kommunales Freibad sind keine Konzepte, die zu einer jungen
29 und lebenswerten Stadt beitragen. – Sie führen zu Verdrängung, zu sozialer Spaltung nach den
30 Besitzverhältnissen der Eltern und zu einer Stadt, mit der sich niemand identifiziert.

31 Wir begrüßen sehr, dass Städte dieses Problem zum Teil erkennen und versuchen darauf auf-
32 merkbar zu machen, wie dies zum Beispiel die Stadt Hannover mit ihrer Aktion „Platz nehmen!
33 Mehr Akzeptanz für Jugendliche im öffentlichen Raum“ getan hat.

34 **Demokratie statt Verbote: Bürger*innenbeteiligung in unserer Nachbar*innenschaft** 35 **stärken**

36 Unsere Antwort auf die eben beschriebenen Herausforderungen lautet: Demokratie statt Verbo-
37 te!

38 Elementarer Bestandteil einer modernen Stadtentwicklung ist Bürger*innenbeteiligung bzw.
39 Nachbar*innenschaftsbeteiligung. Sowohl in kleineren Städten als auch und insbesondere in grö-
40 ßeren Städten ist es meist die mangelnde soziale Kontrolle, die öffentlichen Raum zu Angst- oder
41 Gewalträumen werden lässt. Wir wollen, dass öffentlicher Raum in Zusammenarbeit und mit Be-
42 teiligung der Menschen gestaltet wird, die diesen Raum nutzen und/oder in der direkten Nach-
43 bar*innenschaft wohnen. Wir sind davon überzeugt, dass allein durch die Alltagsperspektive und
44 -erfahrung der Anwohner*innen Räume entstehen, die einerseits weniger Potential für Angst- und
45 Gewalträume bieten und in denen andererseits von der Seite der Anwohner*innen auch mehr
46 Aufmerksamkeit und Rücksicht für diese Räume herrscht, da sie ja selbst an der Gestaltung mit-
47 gewirkt haben. Durch die gemeinsame Erarbeitung und Gestaltung unserer Nachbar*innenschaft
48 wird eine wichtige Sensibilität für den öffentlichen Raum und die in ihm geschaffenen Nutzungs-
49 angebote sowie auch für die möglichen Nutzungskonflikte entwickelt.

50 Nutzungskonflikte wollen wir nicht mit Verboten und einem Übermaß an Regeln verschieben oder
51 verdrängen. Wir stehen stattdessen auch hier für einen Weg der breiten Beteiligung. Alle Grup-
52 pen, die bestimmten öffentlichen Raum freiwillig oder zwangsläufig nutzen, sollten ihre Nutzungs-
53 vorstellungen einbringen können und diese sollten sich in der Raumplanung auch wiederfinden.
54 Egal ob Familien mit kleinen Kindern auf dem Spielplatz, Menschen mit Handicap, Jugendliche
55 auf einer Skateranlage, ein ansässiges Trinker*innenmilieu oder welche Gruppen und Nutzun-
56 gen man sonst noch antrifft: Es gibt städtebauliche Möglichkeiten die verschiedensten Nutzun-
57 gen nebeneinander zu realisieren, ohne dass zwangsläufig Konflikte entstehen müssen. Auch der
58 Einsatz von Sozialarbeiter*innen oder Streetworker*innen sind denkbare Varianten, um konflikt-
59 freie, barrierefreie, öffentliche Räume mit einem vielfältigen Angebot für alle zu realisieren.

60 Ein weiterer Aspekt von Beteiligung ist für uns die Berücksichtigung und Akzeptanz von bestehen-
61 dem Nutzungsverhalten. Öffentlicher Raum wird zwangsläufig von bestimmten Gruppen genutzt
62 und von anderen nicht. Hierbei gilt für uns der Grundsatz, dass sich nicht die Menschen der Städte-
63 planung anzupassen haben, sondern dass das bestehende Nutzungsverhalten für die Planungen
64 relevant zu sein hat. Wenn der Raum bereits bestimmte Gruppen anspricht, sollte dieses Poten-
65 tial genutzt werden. Natürlich kann man immer darüber diskutieren, ob der Raum noch weitere
66 Möglichkeiten bietet, um andere Nutzungsangebote zu schaffen.

67 Statt für eine viel benutzte Wiese in einem Park ein Grillverbot oder ein langwieriges Geneh-
68 migungsverfahren für das Grillen auf dieser Fläche zu debattieren, sollte darüber nachgedacht
69 werden, ob die Möglichkeit besteht, auf dieser Wiese städtische Grillplätze zur Verfügung zu stel-
70 len, die niedrigschwellig und kostenlos genutzt werden können. Statt über Vermüllung zu klagen,
71 sollten einfach dort viele Mülleimer aufgestellt werden, wo viel Müll anfällt usw.

72 Wir wollen schlichtweg, dass sich die Stadt so entwickelt, wie es dem Alltag der Bürger*innen
73 entspricht und nicht im Sinne von Entwürfen, denen keine Lebenswirklichkeit innewohnt. Wir

74 wollen berücksichtigen, welche Plätze sich Menschen in der Stadt suchen und nehmen, um – wo
75 es möglich ist - das entsprechende Angebot zu schaffen.

76 Rechtliche Auseinandersetzungen um Verbote oder Gebote in einer Nachbar*innenschaft sind
77 selten konstruktiv. Hier könnte man auch über gesetzliche Änderungen diskutieren, die beispiels-
78 weise bei einer Wohnortwahl in der Nähe eines Kindergartens, eines Sportplatzes oder einer
79 Schule auch eine Einwilligung in besondere Lärmbeeinträchtigungen voraussetzen, die im Zu-
80 sammenhang mit der spezifischen Nutzung dieser öffentlichen Räume stehen.

81 **Unser Konzept: Öffentliche Wohlfühlräume schaffen**

82 Öffentlicher Raum muss aus unserer Sicht ein Raum sein, in dem für alle Menschen Sicherheit
83 besteht – aber dies nicht nur im Sinne von Polizeipräsenz und positiver Kriminalstatistiken, son-
84 dern es muss auch für alle ein subjektives Wohlbefinden möglich sein. Um diesem Konzept auch
85 einen Begriff zu geben, sprechen wir von öffentlichen Wohlfühlräumen.

86 Wohlfühlräume stehen zum einen für die bereits beschriebenen konfliktfreien, barrierefreien, öf-
87 fentlichen Räume mit einem vielfältigen Angebot für alle, die unter Beteiligung von Bürger*innen
88 und Nachbar*innen gestaltet werden. Sie sind aber andererseits auch der Gegenbegriff zu Angst-
89 und Gewalträumen, die für bestimmte Gruppen ein Unsicherheitsgefühl oder sogar Abschre-
90 ckung bedeuten. Vor allem dunkle Ecken, Baustellen, Verdreckung, unangenehmer Geruch und
91 nicht ausgeräumte Nutzungskonflikte verschiedener Gruppen im öffentlichen Raum begünstigen
92 Angst- und Gewalträume immens. Dem setzen öffentliche Wohlfühlräume eine offene, übersicht-
93 liche, gut beleuchtete und auf die Nutzung der ansässigen Menschengruppen abgestimmte Bau-
94 weise entgegen. Darüber hinaus fördern Beteiligung und die verstärkte Belebung von Wohlfühl-
95 räumen die soziale Verantwortung und die Sensibilität der Anwohner*innen.

96 Die Existenz von Angst- und Gewalträumen ist ein sehr wesentliches Problem im öffentlichen
97 Raum. Sie zu relativieren, zu stigmatisieren oder gar zu negieren wird dem Problem nicht ge-
98 recht. Auch die bloße Erhöhung von Polizeipräsenz oder die Ausweitung von Videoüberwachung
99 im öffentlichen Raum sind nicht hilfreich, um dieses Problem nachhaltig zu lösen. Sicherlich ist
100 es sinnvoll, Aufklärungsarbeit gegenüber einigen Gruppen zu betreiben, um darauf aufmerksam
101 zu machen, dass das subjektive Sicherheitsgefühl und die „objektive“ Gefahrensituation zum Teil
102 doch deutlich auseinanderliegen, aber dennoch bleibt es dabei, dass das Konzept öffentlicher
103 Wohlfühlräume das Leitbild der Städteplanung für eine moderne Kommune des 21. Jahrhunderts
104 werden muss.

Fahrräder

Beschlusnummer 2017.K2

Antragsteller*innen UB Region Hannover

Weiterleitung an

- 1 Wir fordern, dass öffentliche Fahrradabstellplätze, vor allen in Bereichen mit viel Publikumsver-
- 2 kehr, nicht dauerhaft von funktionsuntüchtige Fahrräder besetzt werden. So sollen u.a. Fahrräder,
- 3 die mehr Werbeträger als Beförderungsmittel sind, entfernt werden.

Einführung einer Sperrklausel bei Kommunalwahlen

Beschlusnummer 2017.K3

Antragsteller*innen UB Region Hannover

Weiterleitung an

- 1 Wir fordern die Einführung einer Sperrklausel von 2,5 % für Räte, Kreistage und Regionsversamm-
- 2 lungen in Niedersachsen.

Begründung

Im Zuge der zunehmenden Zersplitterung der Parteienlandschaft, erfahren auch die kommunalen Parlamente einen deutlichen Zuwachs an Fraktionen und Gruppen. Durch diese Entwicklung ist die Arbeitsfähigkeit der kommunalen Parlamente erheblich erschwert.

Das störungsfreie Funktionieren der Selbstverwaltung der Kommunen muss gewährleistet werden. Durch die zunehmende Präsenz von Splitterparteien, die häufig Klientelinteressen verfolgen, ist dies allerdings gefährdet. Da die Kommunen auch Trägerinnen wesentlicher Staatsaufgaben sind, ist es wichtig eine solche Gefährdung zu vermeiden.

Darüber hinaus ist es wichtig im Zuge es immer stärker wachsenden Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus Sorge zu tragen, dass rechte Parteien nicht die Politik in den Kommunen bestimmen und das gesellschaftliche Klima in den Kommunen verschlechtern.

Eine Sperrklausel von 2,5 % ist ein sinnvoller Kompromiss zwischen dem Grundsatz der Gleichheit der Wahl und dem Funktionieren unserer Verwaltungen, wie es auch bereits in 11 anderen Bundesländern der Fall ist.

Wir wollen Wohnraum, keine Parkplätze - Stellplatzverordnung anpassen

Beschlusnummer 2017.K4
Antragsteller*innen UB Göttingen
Weiterleitung an SPD-Bezirksparteitag

1 § 47 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) enthält eine Richtlinie, welche die Anzahl von
2 notwendigen Einstellplätzen (Parkplätzen) pro Bettplatz vorschlägt. Die Richtlinie sieht für „Stu-
3 dentenwohnheime“ [sic!] 1 Parkplatz pro 2–3 Betten vor. Soll also ein neues Studierendenwohn-
4 heim für etwa 300 Studierende gebaut werden, braucht man, befolgt man die Richtlinie, 100–150
5 Parkplätze. Momentan orientiert sich die Stadt Göttingen an dieser Richtlinie.

6 In einer Studierendenstadt, wie beispielsweise Göttingen, die über ein gut ausgebautes Nahver-
7 kehrsnetz verfügt, und für welches das alle eingeschriebenen Studierenden ein ÖPNV Semester-
8 ticket besitzen und in der außerdem viele Distanzen Ziele auch gut mit dem Rad oder zu Fuß zu
9 erreichen sind, ist eine solche Parkplatzdichte für Studierendenwohnheime nicht notwendig. Öko-
10 logisch gesehen ist diese Richtlinie weiterhin nicht zukunftsorientiert angelegt. Um den Trend hin
11 zu öffentlichen Verkehrsmitteln, Carsharing und Co. zu unterstützen, sollte auf übermäßig ange-
12 legte Parkplatzanlagen vor Wohneinheiten mittelfristig verzichtet werden. Außerdem erschwert
13 § 47 NBauO den Bau von dringend gebrauchten Wohnheimen, da der Platz, der für „Einstellplät-
14 ze“ eingerechnet werden muss, zu dem Platz für das Gebäude selbst hinzukommt. Des Weiteren
15 könnte der viele Platz, anstatt für Parkplätze, für mehr Wohneinheiten genutzt werden, die in dem
16 anhaltenden Wohnraummangel mehr als notwendig sind.

17 Deshalb fordern wir das Ministerium für Soziales in Niedersachsen, das für die NBauO zuständig
18 ist, dazu auf die Richtlinie anzupassen.

O – Organisation

Awareness-Baustelle SPD oder auch Einmal Awareness für die SPD, bitte!

Beschlusnummer 2017.02

Antragsteller*innen UB Hildesheim

Weiterleitung an SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

- 1 Wir fordern die Einrichtung von Awareness-Teams, bestehend aus 2 Menschen von denen min-
2 destens einer eine Frau* ist, in allen SPD-Unterbezirken. Es soll auch die Möglichkeit bestehen,
3 zwei Frauen* als Awareness-Beauftragte zu wählen. Um die Position des Awareness-Teams aus-
4 zudrücken und zu behaupten sollen die Positionen der Awareness-Beauftragten als offizielle Vor-
5 standspositionen in der Bezirkssatzung verankert werden.
- 6 Die Aufgabe des Awareness-Teams soll darin bestehen, eine parteiinterne Anlaufstelle für Sexis-
7 mus und Diskriminierung jeder Art zu sein. Sie haben die Aufgabe Genoss*innen bei persönlichen
8 Grenzverletzungen zu unterstützen und für das Thema zu sensibilisieren. Und dies auch auf ver-
9 traulicher Basis.
- 10 Wir fordern außerdem, dass es auf Bezirks- und Landesebene regelmäßige Schulungen und Ver-
11 netzungstreffen der Awareness-Teams der SPD-Unterbezirke gibt. Diese sollen die Awareness-
12 Beauftragten nicht nur für ihre Aufgabe aus- und weiterbilden, sondern ihnen auch das Werk-
13 zeug in die Hand geben, Awareness-Schulungsveranstaltungen im eigenen Unterbezirk (z.B. für
14 Funktionsträger*innen) durchzuführen. Zudem sollen die Vernetzungstreffen den Awareness-
15 Beauftragten die Möglichkeit geben, in einem vertraulichen die eignen Aufgaben zu thematisieren
16 und Erfahrungen auszutauschen.
- 17 Grundsätzlich sollen diese Veranstaltungen auch für die gewählten und oder benannten
18 Awareness-Beauftragten anderer Gliederungen offen sein.

Begründung

Auch wenn die Grundwerte der SPD Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit sind und die Partei für Offenheit und Toleranz steht und stehen will, gibt es doch Diskriminierungen innerhalb der Partei und besonders auch innerhalb der lokalen Strukturen.

Dies ist ein Umstand, der gerne abgetan und kleingeredet wird, über den mensch sich nicht so aufregen soll. Und genau hier liegt das Problem: diese Herangehensweise sorgt nicht nur dafür, dass Menschen bei den es zu persönlichen Grenzüberschreitungen gekommen ist, sich nicht trauen diese zu thematisieren, sondern dass Menschen, die sich dies trauen, sich bloßgestellt fühlen und dazu gebracht werden ihre diesbezügliche Wahrnehmung anzuzweifeln. Denen somit klar gemacht wird, dass andere entscheiden, wann mensch sich unwohl zu fühlen hat und besonders wann nicht. In einer solchen Situation wird weder der betroffene Mensch noch seine Wahrnehmung respektiert. Und gerade so etwas sollten wir in unserer Partei nicht dulden.

Doch leider handelt es sich um Verhaltensweisen und daraus entstandene Strukturen, die sich über Jahrzehnte eingeschliffen und so normalisiert haben. So ist zum Beispiel häufig Sexismus zum inoffiziellen Bestandteil der Tagesordnung geworden. Die klingt hart, ist es aber auch. Und es ist ein Problem, dass es überall gibt, dass gewiss nicht nur auf Arbeitsgemeinschaften beschränkt ist, wie häufig argumentiert wird. Der erste Schritt um unsere Partei zu einer feministischen und diskriminierungsfreien Gemeinschaft zu machen, ist Sexismus und sonstige Diskriminierungen, die von Menschenfeindlichkeit motiviert werden, als ein existentes Problem anzunehmen und den Willen zu zeigen, dieses zu verändern. Dem müssen dann natürlich auch Taten folgen. Und eine solche erste Tat, die automatisch weitere nach sich zieht, ist die Einrichtung von Awareness-Teams.

Sie stellen eine Anlaufstelle für alle Mitglieder im Unterbezirk dar. Unabhängig von der*dem nicht feministischen Ortsvereinsvorsitzenden, der*dem Gemeindeverbandsvorsitzenden, die*der findet, dass mindestens 15 Jahre Parteierfahrung benötigt werden, um für irgendetwas gewählt zu werden oder dem Unterbezirksvorstand, dessen Totschlag-Argument es ist, dass „wir das ja immer schon so gemacht haben“. So wird die Hemmschwelle, eigene Grenzverletzungen (vertraulich) anzusprechen um ein vielfaches gesenkt und die betroffene Person kann sich sicher sein Unterstützung zu erhalten anstatt nur einem müden Lächeln.

Die Aus- und Weiterbildung sowie die Vernetzung der Awareness-Teams stellt zudem einen wichtigen Baustein für die erfolgreiche Arbeit dieser dar. Solche Bildungs- und Vernetzungsveranstaltungen sorgen dafür, dass die Teams gut auf ihre Aufgabe vorbereitet werden und während ihrer Tätigkeit Weiterbildungen erhalten. Auch die Vernetzung ist unverzichtbar, da die Teams so die Möglichkeit bekommen sich über ihre Erfahrungen auszutauschen, zu reflektieren was gut läuft und was besser laufen könnte. Sie bekommen in einem vertraulichen und ungezwungenen Rahmen die Möglichkeit ein solch sensibles Thema zu diskutieren, ohne den Druck zu haben, dass sie in dem Moment eine Rechenschaft ablegen müssten.

Das Märchen von der sozialen Gerechtigkeit

Beschlusnummer 2017.O3

Antragsteller*innen UB Göttingen

Weiterleitung an

1 Heute widmen wir uns dem Märchen der sozialen Gerechtigkeit.

2 Wie hat die Partei es mit der sozialen Gerechtigkeit innerhalb der eigenen Strukturen? Außerhalb
3 der Partei sind wir alle Expert*innen darin, Fehler im System zu finden und diese aufzuzeigen. Das
4 Feindbild steht dann schnell fest: Die Union, die Liberalen und Wirtschaftsbosse sind an Allem
5 Schuld. Durch Koalitionen schaffen wir es, wenigstens überall eine „sozialdemokratische Hand-
6 schrift“ zu hinterlassen, und das ist doch viel Wert, oder? Es geht uns schließlich ja auch besser.

7 Die Bezahlung für Praktikant*innen innerhalb der Fraktionen und des Parteivorstandes sind ge-
8 linde gesagt ein schlechter Witz. Die Praktikant*innen in der Fraktion bekommen innerhalb ei-
9 nes Verdienstkorridders (meist 80 €-120 € pro Woche) eine Aufwandsentschädigung. Die Prakti-
10 kant*innen im Parteivorstand bekommen 385 € im Monat. Die Zahlen orientieren sich an den
11 Mindestlohnregelungen, die von uns mit verabschiedet wurden. Das bedeutet: Alles was unter
12 drei Monaten Tätigkeit liegt und / oder ein Pflichtpraktikum ist, muss nicht in Höhe des Mindest-
13 lohns vergütet werden.

14 Wie weit kommt man aber mit dem Geld von der Partei?

15 Sehr weit nicht. Schnell kommt auf der Suche nach einem geeigneten WG-Zimmer am Prakti-
16 kumsstandort die finanzielle Grenze, die schon im Bereich des Gehaltes von 385 € liegen kann.
17 Vorausgesetzt, die Praktikant*innen schaffen es, etwas in Berlin zu finden. Das Problem ist, wie in
18 jeder größeren Stadt, der extrem angespannte Wohnungsmarkt. Hinzukommt ein Nahverkehrsti-
19 cket, welches notwendig ist, um zur Arbeit zu kommen und sich auch ein wenig die Stadt anzu-
20 schauen. Dieses schlägt mit knapp 60 € pro Monat zu Buche.

21 Wenn Praktikant*innen also nicht zufällig in der Stadt des Praktikums wohnen / studieren, kom-
22 men immense Kosten für Unterkunft und Nahverkehr hinzu, die die Personen alleine zu tragen
23 haben. Alleine diese Kosten, die notwendig sind um ein Praktikum bestreiten zu können, liegen
24 über der „Aufwandsentschädigung“.

25 Wer macht Praktika?

26 Meist sind es Studierende oder junge Berufseinsteiger*innen, die sich in den Semesterferien oder
27 nach dem Studium ein wenig Berufserfahrung aneignen wollen.

28 In den Semesterferien ist es oftmals so, dass viele in reinen Studi-Städten ihr WG-Zimmer ver-
29 mieten wollen und da es oft keine Nachfrage für solch kurze Zeiträume gibt, bleiben einige nun
30 auf den Kosten für zwei Zimmer sitzen. Daran kann die Partei im ersten Moment nichts ändern.
31 Es soll vor Augen führen, mit welcher finanziellen Belastung Praktikant*innen und Berufseinstei-
32 ger*innen zu rechnen haben.

33 Jede*r von Euch kennt die ganz klassischen Beispiele: am Monatsende geht die Waschmaschine
34 kaputt, die Versicherung möchte den vierteljährlichen Betrag für das Auto haben, etc. Bereits jetzt
35 sind wir mit der Beispielrechnung oberen Abschnitts im Minus. Das bedeutet: Geld leihen; bei der
36 Familie und Freund*innen bis hin zu einem Kredit bei der Bank, und das macht niemand gerne.

37 Die SPD ist die Partei der „Arbeiter*innenklasse“, dem Proletariat, denen, die den ganzen Tag ma-
38 lochern, damit die Gesellschaft zusammenhält. Und deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass
39 Kinder aus dieser malochenden Schicht sich auch in Dieser engagieren.

40 Bei den Großeltern reicht die Rente gerade so, bei den Eltern reicht der Lohn gerade so aus, um
41 den Kindern und sich selbst ein Wenig zu gönnen. Bei Freund*innen ist der finanzielle Status oft
42 genauso getrübt wie bei eine*r selbst und die Aussicht auf einen Kredit bei der Bank ohne gere-
43 geltes Einkommen ist so verschwindend gering, dass wir hierüber nicht weiterreden müssen.

44 Nachdem wir jetzt festgestellt haben, dass ein Praktikum schnell mit einer finanziellen Belastung
45 von 300€ monatlich zu Buche schlagen kann, kommen wir nähernun zu der an die Partei.

46 Zum Wahlkampf für das Berliner Abgeordnetenhaus stellte Michael Müller (SPD) u.a. das Problem
47 mit dem bezahlbaren und verfügbaren Wohnraum in Berlin in den Vordergrund.

48 **Andrea Nahles wollte das „Model der Generation Praktikum“ beenden.**

49 Manuela Schwesig stellt genauso, wie viele andere, fest, dass unsichere Arbeitsverhältnisse zu-
50 kunftsgefährdend seien und der Gründung einer Familie im Weg stünden. Die Partei hält Konfe-
51 renzen und Workshops zum Thema Gerechtigkeit ab.

52 Zusammengefasst: Die Partei stellt immer wieder fest, dass hohe Mieten und der Mangel an Wohn-
53 raum, sowie unzureichende Bezahlung existenzgefährdend sind. Welche Schlussfolgerungen wer-
54 den daraus gezogen? Nicht die, dass mehr sozialer Wohnungsbau sinnvoll wäre, nicht die, dass
55 der Mindestlohn angehoben werden sollte und nicht die, dass wir wieder dahin müssen, wo es
56 dunkel ist und stinkt.

57 Hinter dieser Resolution steht nicht der Anspruch, sich auf Kosten der Partei eine goldene Nase
58 zu verdienen, die Partei zu verteufeln oder rumzujammern, wie viel Geld schnell verloren gehen
59 kann, wenn für die Partei gearbeitet wird. Nein! Es geht darum, die Partei an die Werte und Wur-
60 zeln unserer Arbeit zu erinnern und festzuhalten, dass auch vor der eigenen Haustür öfters mal
61 gekehrt werden sollte.

62 Im Laufe von Diskussionen mit Kolleg*innen und Vorgesetzten kam sehr schnell ein Argumenta-
63 tionsmuster zu tragen, welches junge, mittellose, und engagierte Menschen abschrecken kann.

64 „Frag doch Deine Eltern und Großeltern, ob die dir was leihen können?“

65 „Sei froh, dass du wenigstens Etwas bekommst. Früher war das noch anders, ich habe damals gar
66 nichts bekommen.“

67 „Du arbeitest ja eh nicht richtig. Praktikant*innen kosten mehr, als sie einbringen.“

68 „Du bekommst doch BAföG oder ein Stipendium.“

69 Zwischen den Zeilen kann also der Vorwurf herausgelesen werden, ob man nicht mit Geld haus-
70 halten könnte. Zur Erinnerung: 385 € Aufwandsentschädigung – und davon soll ein ganzes Leben
71 in einer fremden Stadt finanziert werden.

72 Das Vertrauen, welches in Praktikant*innen und ihre Fähigkeiten gesetzt wird, ist beispiellos. So
73 darf schnell die Arbeit einer „normalen“ Arbeitskraft verrichtet werden. Normale Recherchar-
74 beit, die Tele- und Emailkommunikation sowie Veranstaltungsbetreuung sind nur einige wenige
75 Aspekte der Arbeit.

76 Wenn die Arbeit von Praktikant*innen keinen Sinn mache und mehr koste, als sie bringe, dann
77 sollte das Konzept Praktikum nochmal grundlegend hinterfragt werden. Die Führungskompetenz
78 von leitenden Angestellten sollte überdacht werden und auch eine vernünftige Evaluation einge-
79 setzt werden, um mal zu hören, wie die Zeit war.

80 Viele junge Menschen arbeiten gerne für die Partei und sind aus Überzeugung Mitglieder und en-
81 gagieren sich auf den verschiedensten Ebenen. Die Jusos appellieren daher an unsere Partei, nicht
82 am falschen Ende zu sparen. Nicht an guten, innovativen und arbeitsfreudigen Genoss*innen, die
83 etwas ändern wollen.

84 Weiterhin möchten wir an die Chancengleichheit erinnern. Wir setzen uns dafür ein, dass sich
85 Menschen, unabhängig ihrer Herkunft so entwickeln können, wie sie es wollen und dies nicht
86 abhängig ist von sexueller Identität, Nationalität oder soziale Herkunft und dem Geldbeutel. Wir
87 setzen uns für kostenlose Bildung ein und sparen dann im Bildungsprozess bei unseren späteren
88 Referent*innen und Angestellten.

89 Es stellt sich für uns daher eine abschließende Frage, die zum Nachdenken anregen soll. Wie kann
90 von engagierten jungen Menschen ernsthaft erwartet werden, dass sie sich auf die Straße stellen
91 und Leute von der SPD und der Idee sozialer Gerechtigkeit überzeugen, wenn sie selbst ein Opfer
92 miserabler Bezahlung waren und sind?

93 Am Ende bekommt die Partei das, was sie säht, und momentan ist das eine Generation, die froh
94 war, helfen zu können, Neues zu entdecken aber auch festgestellt hat, dass man nur eine Nummer,
95 eine Plage und nicht mal das Geld wert ist, was zum Leben benötigt wird.

96 **Deshalb fordern wir:**

97 Die SPD muss ihre Werte nicht nur propagieren, sondern auch (vor)leben und mit gutem Beispiel
98 vorangehen. Gerechte Bezahlung nach Mindestlohnvergütung vom ersten Tag, auch für Pflicht-
99 Praktikant*innen, steht deshalb für uns als zentrale Forderung im Raum.

Leitfaden zur gezielten Frauen*förderung und für ein diverseres Verbandsleben

Beschlusnummer 2017.04

Antragsteller*innen Bezirksvorstand

Weiterleitung an

1 Einleitung

2 Wir wissen, dass in unserem Verband deutlich mehr Männer als Frauen* aktiv sind. Diese Re-
3 solution soll einen Leitfaden darstellen, mit dem wir hoffen dieses ändern zu können. Er ist das
4 Ergebnis einer langen Phase, in der wir uns immer wieder bei unserer Verbandsarbeit reflektiert
5 haben und ausprobiert haben, wie wir mehr Frauen* motivieren können, sich in unserem Ver-
6 band zu engagieren. Angefangen hat dieser Prozess mit unserem Gendertag. An diesem haben
7 wir uns mit den Geschlechterverhältnissen in unserem Verband beschäftigt, Handlungsbedarf an
8 mehreren Punkten in unserem Verband erkannt, Verfahren zur weiblichen* Mitgliedergewinnung
9 diskutiert und dieses mehrfach in Genderplena reflektiert. Letzteres war uns besonders wichtig,
10 denn wir wollen nicht nur mehr Frauen* im Verband, sondern Strukturen in denen sich alle wohl
11 fühlen und miteinander arbeiten, sich engagieren und Spaß haben können. Die Ergebnisse dieses
12 Tages bieten die Hauptgrundlage für diesen Leitfaden. Einiges haben wir weiter verfolgt, manches
13 ausprobiert und vieles umgesetzt. Diese Erfahrungen haben uns zu dem Punkt geführt, dass wir
14 sie als Resolution beschließen wollen, um unsere weitere Arbeit davon prägen zu lassen und wei-
15 teren Ebenen im Verband die Möglichkeit zu geben, einen Einblick und Hinweise zu gewinnen.

16 Wichtig ist uns hierbei, dass sich alle Menschen in unserem Verband angesprochen fühlen und
17 jede*r die Vorteile von einem positiven und diversen Miteinander erkennen. Auch gerade Männer
18 sollten sich mit einer Frauen*förderung befassen und für diese Thematiken sensibilisieren, denn
19 wir alle profitieren davon.

20 Wie wir arbeiten

21 Frauen*förderung liegt für uns in der Verantwortung aller politisch Aktiven. Jeder und jede sollte
22 daher reflektieren, wie wir Frauen* besser in unsere politische Arbeit einbinden und bestärken
23 können. Gleichzeitig kommt aber insbesondere den Vorsitzenden die Aufgabe zu, sich aktiv für
24 Frauen*empowerment einzusetzen und hier in ihrem jeweiligen Vorstand die Hauptverantwor-
25 tung zu übernehmen. Gerade die Vorsitzenden müssen die Initiative ergreifen, die Arbeit ihrer
26 Vorstände für Frauen* attraktiv zu gestalten und Frauen* in ihrem Umfeld voranzubringen. Um
27 das zu erreichen, müssen wir Männer stärker für das Thema Empowerment sensibilisieren. Es
28 kann nicht allein Frauen*thema sein, sondern muss uns als Verband und Partei als Ganzes ange-
29 hen. Andererseits ist unbedingte Voraussetzung für eine gelingende Frauen*förderung auch Soli-
30 darität unter Frauen*. Wir müssen hier auch als Frauen* die Verantwortung wahrnehmen, andere
31 Frauen* in ihrem politischen Wirken zu stützen und bestärken. Denn gemeinsam sind wir stark.
32 Ein wichtiger Ansatz, um Frauen* in die eigene politische Arbeit besser einzubinden, sind rotie-
33 rende Sitzungsleitungen. Dadurch können auch in der Sitzungsleitung verschiedene Perspektiven
34 und Vorstellungen einfließen und wird Frauen* regelmäßig die Gestaltung der Sitzung in die Hand

35 gegeben. Grundlage sollte dabei eine gemeinsame Übereinkunft über die Art der Sitzungsleitung
36 sein, insbesondere das grundsätzliche Führen quotierter Redelisten. Konkrete Strukturen und In-
37 strumente für eine bessere Frauen*förderung stellen daneben beispielsweise Geschlechterplena
38 dar, in denen zum einen Frauen* sich austauschen und vernetzen können, zum anderen Män-
39 ner über Sexismus und eine verbesserte Frauen*förderung sprechen. Daneben sind Awareness-
40 Teams bei Juso-Veranstaltungen ein wichtiger Baustein, um Sexismus entgegenzuwirken und ein
41 respektvolles Miteinander zu gewährleisten in dem sich gerade Frauen* auch wohl fühlen. Außer-
42 dem sollte (vor allem auf männlich dominierten Sitzungen) Mansplaining entgegengewirkt wer-
43 den, also dem Drang von Männern, Frauen* unnötig zu berichtigen, sie zu übergehen oder nicht
44 ernst zu nehmen. Es ist deshalb umso wichtiger, Frauen* aktiv in Diskussionen einzubinden, ihre
45 Wortbeiträge zu berücksichtigen und sich darauf zu beziehen, anstatt sie für sich zu reklamie-
46 ren. Frauen* müssen als gleichwertige Gesprächspartner*innen gewertschätzt werden, und zwar
47 unabhängig von Sinn oder Unsinn einzelner Äußerungen. Denn auch Männer werden nicht an
48 jedem einzelnen Wortbeitrag gemessen.

49 **Was wir aktiv unternehmen**

50 Neben der eigenen, internen Arbeitsweise müssen wir auch überdenken, was wir darüber hinaus
51 unternehmen können, um mehr Frauen* für unsere Arbeit zu begeistern. Eine wichtige Möglich-
52 keit bieten dabei Demos zu feministischen Themen, wie dem internationalen Frauen*kampftag
53 oder dem Equal Pay Day. Das Sichtbarmachen unserer feministischen Inhalte beeinflusst auch
54 unsere Wahrnehmung nach außen als feministischer und weiblicher* Verband und bildet damit
55 einen wichtigen Kontrapunkt zu den eher männlich dominierten (aber natürlich ebenso wichti-
56 gen) antifaschistischen Aktionen. Neben Demos bieten sich auch andere Veranstaltungsforma-
57 te an, die eigene Attraktivität als Organisation gegenüber den üblichen (eher drögen) Sitzungen
58 zu steigern und die Einstiegsschwelle zu senken. Auch gezielte Einstiegs- oder Weiterbildungs-
59 angebote eignen sich, um gerade Frauen* eine Möglichkeit zu geben, ohne oder mit geringen
60 Vorkenntnissen mitzuarbeiten und sich dabei willkommen zu fühlen. Um eine Vielfalt von Men-
61 schen anzusprechen sollten außerdem diverse Veranstaltungsformate gewählt werden. So kann
62 sich statt eines Kneipenabends auch die Möglichkeit eines Frühstücksformates anbieten. Eben-
63 so sollten wir Frauen* den Zugang zu Parteitagen und ähnlichem dadurch erleichtern, dass wir
64 beispielsweise ein Meet&Greet oder ähnliche Optionen am Rande anbieten. Schon die Art und
65 Weise, wie wir Veranstaltungen bewerben, der Veranstaltungstitel oder das Design, können die
66 Attraktivität der Veranstaltung für Frauen* beeinflussen. Sei es zum Beispiel, dass das Design mar-
67 tialisch wirkt oder der Titel für Außenstehende und nicht Eingeweihte nicht ansprechend wirkt.
68 Hier sollten wir regelmäßig die Außenwirkung unseres Auftretens überdenken. Daneben müssen
69 wir Frauen* durch gezielte Empowermenttreffen den Rücken stärken und ihnen durch niedrig-
70 schwellige Vernetzungsangebote eine Möglichkeit bieten, Kontakte zu anderen Frauen* auszu-
71 bauen. Dadurch können Frauen* sowohl Erfahrungen austauschen als auch bestehende Proble-
72 me diskutieren und gemeinsam Wege finden, patriarchale Strukturen zu durchbrechen. Solche
73 Treffen sind umso wichtiger, wenn Frauen* vor Ort oftmals deutlich in der Unterzahl oder so-
74 gar die einzige politisch engagierte Frau* sind. Die Art und Weise wie wir Veranstaltungen aus-
75 richten hat ebenso einen großen Einfluss darauf, wen wir damit ansprechen. Deshalb ist es uns
76 wichtig, Hürden für Veranstaltungen, wie zum Beispiel eine Konsumverpflichtung beim Treffen
77 in der Kneipe, abzubauen. Veranstaltungsorte sollten mit Bedacht gewählt werden und auf Laut-
78 stärkepegel, Atmosphäre und ähnliches hinterfragt werden. Schließlich müssen gerade Sitzungen
79 grundlegende Regeln der Zusammenarbeit berücksichtigen, die am besten selber aufgestellt wer-
80 den und von einer Sitzungsleitung auch durchgesetzt werden sollten. Dazu gehören unbedingt

81 zumindest das gegenseitige Ausredenlassen und der respektvolle Umgang miteinander. Im Sin-
82 ne unserer Doppelstrategie müssen wir uns auch um Multiplikator*innen bemühen, um unsere
83 Reichweite gerade bei Frauen* zu erhöhen. Wir sollten hier den Austausch mit anderen Grup-
84 pierungen suchen. Ziel muss es sein, mehr zu werden. Insgesamt sollten wir uns in unserer Ar-
85 beit vermehrt der gezielten Gewinnung und Aktivierung von Frauen* widmen, nur so können wir
86 den Anteil von Genoss*innen in unseren Strukturen erhöhen, was bitter nötig ist. Dazu eignen
87 sich Aktionen wie eigene Frauen*-Einladungspostkarten ebenso wie eine Call your sister-Aktion,
88 also das abtelefonieren und einladen sämtlicher verzeichneter Genoss*innen durch andere Ge-
89 noss*innen.

90 **Wie wir uns darstellen**

91 Die Darstellung in Wort, Bild, Video und Ton prägt im höchsten Maß, wie wir wahrgenommen
92 werden und wie wir auf potentielle neue Mitglieder wirken. Deswegen werden wir in unserer
93 Publikationsarbeit ganz im Besonderen darauf achten uns als der feministische Verband darzu-
94 stellen, der wir inhaltlich sind.

95 Das heißt das wir gerade Frauen* dabei unterstützen zu publizieren. Ein paritätischer Anteil der
96 Artikel, die beispielsweise im DeFaMag veröffentlicht werden sollen von Frauen* verfasst wer-
97 den.

98 Auf Bildern die wir veröffentlichen, achten wir darauf, dass Frauen* in der handelnden Funktion
99 sind. Generell soll vermieden werden, dass statische Gruppenbilder publiziert werden, auf denen
100 ein überwiegend aus Männern bestehender Block an aufgereihten Menschen abgebildet ist. Die-
101 se wirken nicht nur im feministischen, sondern auch im optischen Aspekt, als nicht geöffneter,
102 willkommen heißender Verband. Es hilft hier also wirklich allen, darauf zu achten.

103 In unserer Bildungsarbeit setzen wir auf eine divers gehaltene Auswahl an Referent*innen. Auch
104 auf Podien sollte dies eine Selbstverständlichkeit sein.

105 Zusätzlich gilt es auch bei zukünftigen Videoproduktionen, dass wir verschiedene Formate aus-
106 probieren und durch Analysetools herausfinden wollen, wie wir auf bestimmte Zielgruppen wir-
107 ken und gegebenenfalls gegensteuern. Denn unser Ziel ist klar: Wir wollen als das wahrgenom-
108 men werden, was wir sind – Ein sozialistischer, internationalistischer und feministischer Rich-
109 tungsverband.

S – Sonstiges

Intensivierung des sozialen Wohnungsbaus

Beschlusnummer 2017.S1

Antragsteller*innen UB Region Hannover

Weiterleitung an

- 1 Wir fordern eine deutliche Intensivierung des sozialen Wohnungsbaus in der Kommune, Land
- 2 und Bund. Das Programm muss sowohl den Neubau als auch den (Rück-)Kauf geeigneter Immo-
- 3 bilien beinhalten und muss unverzüglich gestartet werden. Zusätzlich sollen vermehrt neue Woh-
- 4 nungen gebaut werden, welche ohne Bedarfsschein vergeben werden, die einen Quadratmeter-
- 5 preis deutlich unterhalb der ortsüblichen Miete aufweisen.

Kirchenaustritt vereinfachen – Austritt ohne Gebühr

Beschlusnummer 2017.S2

Antragsteller*innen UB Region Hannover

Weiterleitung an Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

- 1 Die Gebühr (zwischen 10 und 31,- Euro), die momentan in allen Bundesländer (Ausnahmen Bre-
- 2 men und Brandenburg) beim Kirchenaustritt erhoben wird, muss mit sofortiger Wirkung abge-
- 3 schafft werden.

Begründung

Die Kirchensteuer an sich stellt bereits eine Unterstützung der Kirchengemeinden durch den Staat dar, die sich mit der Trennung von Staat und Kirche widerspricht.

Der Austritt aus der Kirche darf allerdings unter gar keinen Umständen mit einer Gebühr belegt werden. Momentan kostet der Austritt in Niedersachsen 25,- Euro, in Bayern sogar 31,- Euro. Insbesondere für Minijobber*innen oder schlechter Verdienende kann diese Gebühr ausschlaggebend sein, um den Wunsch aus der Kirche auszutreten, nicht nachzukommen. Die Bundesländer Bremen und Brandenburg zeigen bereits, dass es auch ohne Gebühr geht.

Kostenlose Toiletten an Bahnhöfen und Autobahnraststätten

Beschlusnummer 2017.S3

Antragsteller*innen UB Hildesheim

Weiterleitung an

- 1 Um allen Menschen den Zugang zu Toiletten an Bahnhöfen und Autobahnraststätten in Deutsch-
- 2 land zu ermöglichen, sollen diese grundsätzlich für den*die Nutzer*in kostenlos angeboten wer-
- 3 den. Die Kosten für die Unterhaltung sollen auf Bahnhöfen durch eine Umlage der Restaurant-
- 4 und Shopbetreiber*innen getragen werden und auf Raststätten durch die Betreiber*innen. Wenn
- 5 es sich um eine Raststätte mit mehreren Restaurants oder Läden handelt, sollen die Kosten hier
- 6 ebenfalls durch eine Umlage, wie für die Bahnhöfe vorgeschlagen, getragen werden.

Begründung

Die Benutzung einer Toilette gehört, wie der Zugang zu Wasser, zu den Grundbedürfnissen des Menschen. Jeder Mensch sollte daher uneingeschränkten Zugang zu einer Toilette haben, in einer zivilisierten Gesellschaft eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Es ist nicht gerecht, Menschen durch eine Kostenschranke an der Nutzung einer Toilette zu hindern, und es widerspricht der Menschenwürde, wenn diese Menschen ihre Bedürfnisse außerhalb der Toiletten befriedigen müssen.

In den letzten Jahren wurden sanitäre Einrichtungen immer häufiger kommerzialisiert und auf Profit ausgerichtet. Dies ist u.a. durch die Preissteigerung von anfangs 0,50 € zu nun bis zu 1 € pro Toilettennutzung an Raststätten und Bahnhöfen zu beobachten. Ein Teil dieses Betrags wird als Gutschein erstattet, was in etwa der Regelung im Gaststättengewerbe entspricht, die in den meisten Ländern nur Gästen der Gaststätte eine kostenlose Nutzung der Toiletten garantiert. Allerdings gibt es keine klare Regelung, wie hoch eine Toiletten-Nutzungsgebühr an Autobahnraststätten und Bahnhöfen sein darf und ob ein Anteil bzw. welcher Anteil ohne Gegenwert einbehalten werden darf.

Wenige große Firmen haben ein Quasi-Monopol in der Bewirtschaftung sanitärer Einrichtungen errichtet, sodass insbesondere an den Autobahnraststätten häufig keine andere Möglichkeit besteht als die vorgegebenen Preise zu zahlen. Diese Firmen entscheiden darüber, ob und wie viel die Nutzer*in in Form von Gutscheinen erstattet bekommt, was eine klare Bevorteilung im Vergleich zum Gaststättengewerbe darstellt, das in einem ähnlichen Geschäftsfeld wie die Autobahnraststätten agiert.

Sinnvolle Öffnungszeiten von Toiletten an Bahnhöfen

Beschlusnummer 2017.S4

Antragsteller*innen UB Hildesheim

Weiterleitung an

- 1 Wir fordern, dass die Öffnungszeiten von öffentlichen Toiletten an Bahnhöfen an die Betriebszei-
- 2 ten der jeweiligen Bahnhöfe gekoppelt werden und nicht an die Öffnungszeiten der Restaurants
- 3 und/oder Läden in den Bahnhöfen. Barrierefreie Toiletten dürfen in diesem Zusammenhang nicht
- 4 benachteiligt werden.

Begründung

Die Benutzung einer Toilette gehört, wie der Zugang zu Wasser, zu den Grundbedürfnissen des Menschen. Dieses Grundbedürfnis nach einer Toilette ist allerdings nicht an einen Zeitrahmen von beispielsweise 8.00 Uhr bis 20.00 Uhr gekoppelt, wie mensch vielleicht meinen würde, wenn er oder sie* die Öffnungszeiten von öffentlichen Toiletten an Bahnhöfen sieht. Nur weil es nach 21 Uhr ist, eine Zeit zu der sogar noch kleinere Bahnhöfe wie der Hildesheimer Hauptbahnhof regelmäßig frequentiert sind, bedeutet dies nicht, dass es keinen Bedarf mehr gibt, für Menschen Toiletten aufzusuchen. Genauso verhält es sich mit Zeiten die vor Beginn der Öffnungszeiten der Toiletten liegen. Es ist also unsinnig ein (zufälliges) Zeitfenster zu setzten und so zu signalisieren, dass Menschen nur zu bestimmten Zeiten eine Toilette aufsuchen müssen.

Eine Koppelung der Öffnungszeiten der öffentlichen Toiletten der Bahnhöfe an ihre Betriebszeit ist also sinnvoll und notwendig, da Menschen, deren Bedürfnis nach einer Toilette rund um die Uhr besteht, zumindest während der Betriebszeiten des Bahnhofes, also wenn sie aus gutem Grund dort sind, die Chance haben sollte eine Toilette aufzusuchen.

U – Umwelt und Verbraucher*innen-schutz

Gegen den Verpackungsmüll im Wahlkampf

Beschlusnummer 2017.U1

Antragsteller*innen UB Region Hannover

Weiterleitung an Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

- 1 Wir fordern, dass die Wahlkampfmaterialien (Kugelschreiber, Gummienten, ...) für die kommen-
- 2 den Wahlkämpfe nicht mehr einzeln in Plastik verpackt sind, sondern möglichst ohne Einzelver-
- 3 packungen geliefert werden.

Begründung

Da bei jeden Wahlkampf z.B. mehrere tausende Kugelschreiber und etliche weitere einzelverpackte Objekte verteilt werden, entsteht hier zur Zeit erheblicher ökologischer Schaden der einfach vermieden werden könnte. In Zeiten der immer stärker werdenden Umweltverschmutzung sollten wir als Partei mit guten Beispiel vorangehen und dafür sorgen das unsere Lieferant*innen sinnvolle ökologische Verpackungsmaterialien verwenden sollen.

Radeln für die Umwelt, Fahrradautobahnen Jetzt!

Beschlusnummer	2017.U2
Antragsteller*innen	UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg
Weiterleitung an	SPD-Bezirksparteitag

- 1 Wir fordern den massiven Aus- und Aufbau von geeigneter Infrastruktur für Radfahrer*innen.
- 2 Vordergründig soll sich auf die Errichtung sogenannter "Bicycle Highways" konzentriert werden,
- 3 welche die Zentren miteinander verbinden.

Begründung

Auto fahren trägt neben der Beförderung von einzelnen Menschen auch noch weitere negative Effekte mit sich. Neben der sinkenden Beweglichkeit und fehlendem Ausdauertraining, was dadurch ausgelöst wird, ist das Auto auch einer der Hauptauslöser für die steigende Erderwärmung und den Klimawandel. Eine ökologische und kostengünstigere Alternative wäre dabei das Fahrrad. Leider sprechen momentan noch zu viele Argumente gegen den vermehrten Gebrauch von Fahrrädern.

Ein großer Punkt ist hierbei die Infrastruktur. Neben vielen Millionen Euro, die in die Sanierung und den Neubau von Straßen gesteckt werden, sprechen wir uns dafür aus, dass in Zukunft nicht mehr der Radverkehr hinten anstehen sollte. Aus diesem Grund plädieren wir für die Errichtung so genannter Fahrradautobahnen oder aber "Bicycle Highways", nach dänischem Vorbild.

Auch in Deutschland gibt es bereits einen Highway dieser Sorte. Hierbei handelt es sich um die Strecke zwischen Essen und Mülheim, welche durch einen separaten Fahrradweg verbunden ist. Dieser ist über die 10,4 Kilometer in großen Teilen geradlinig und mit Asphalt glatt gehalten. Dadurch macht es die Radtouren angenehm und schafft Anreize fürs Radfahren. Darüber hinaus sind beispielsweise Mülleimer so ausgerichtet, dass man sich nicht vom Rad hinunter bewegen muss um seinen Müll zu entsorgen, sondern ihn einfach beim vorbeifahren hinein schmeißen kann.

All dies ist die Methode, wie wir unsere Umwelt nachhaltig retten können. Die Emission von Treibhausgasen durch motorisierten Betrieb ist in vielen Fällen vollkommen überholt. Aus diesem Grund müssen wir uns neben dem Gebrauch von ÖPNV, nun auch mehr auf die Infrastruktur die nicht-motorisierte Fortbewegungsmittel brauchen spezialisieren. In diesem Sinne fordern wir einen massiven Ausbau für Fahrrad-Infrastruktur.

Abgespeist. Gegen den Etikettenschwindel

Beschlusnummer 2017.U4

Antragsteller*innen UB Göttingen

Weiterleitung an

1 Wir fordern eine gesetzliche Grundlage für eine deutliche und unmissverständliche Kennzeich-
2 nung von Lebensmitteletiketten. Dieses Problem ist schon länger bekannt. Von der Bundesre-
3 gierung wurde deshalb die Aufklärungswebseite lebensmittelklarheit.de geschaltet, doch Aufklä-
4 rungsarbeit allein reicht hier nicht aus. Die legale Täuschung der Lebensmittelindustrie muss auf-
5 hören. Fruchtttees ohne Früchte, Tomatensoße ohne Tomaten oder überzuckerte Produkte für
6 Kinder, beworben als gesund und frisch - und das alles ohne Wissen des Verbrauchenden - darf
7 nicht geduldet werden. Die Zielsetzung ist, dass der*die Verbraucher*in alle Informationen über
8 das Produkt sofort und verständlich schon auf der Verpackung vorfindet und auf dieses vertrauen
9 kann.

10 Daher fordern wir:

- 11 • Werbung darf nicht den Produkteigenschaften widersprechen.
- 12 • Verbindliche Mengenangaben für beworbene Zutaten
- 13 • Umfassende Herkunftsbezeichnung
- 14 • Verständliche Aromen- und Zusatzstoff-Deklaration
- 15 • Kennzeichnung der Tierhaltungsform (vgl. Eier)
- 16 • Kennzeichnungspflicht für genveränderte Pflanzen und Tiere
- 17 • Marketingverbot für unausgewogene Kinderprodukte
- 18 • Verbot von Gesundheitsversprechen
- 19 • Klage- und Informationsrecht für Verbraucher*innenverbände
- 20 • Verbot von Siegeln oder Zertifikaten, die nicht von staatlicher Stelle oder ohne für Verbrau-
21 cher*innen einsehbare Prüfungskriterien ausgestellt werden

W – Wirtschaft und Finanzen

Abgeltungsteuer für Kapitaleinkünfte abzuschaffen

Beschlusnummer 2017.W1

Antragsteller*innen UB Region Hannover

Weiterleitung an Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

- 1 Wir fordern hiermit, die sogenannte Abgeltungsteuer für Kapitaleinkünfte abzuschaffen, vielmehr
- 2 sollen Kapitaleinkünfte wieder im regulären System der Einkommensteuer mit dem individuellen
- 3 Steuersatz und unter Berücksichtigung angefallener Werbungskosten besteuert werden. Durch
- 4 diese Steuerreform dürfen Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen keinesfalls mehr
- 5 belastet werden.

Begründung

a) Darstellung der gegenwärtigen Situation

Nach § 2 Einkommensteuergesetz (EStG) unterliegen die folgenden Einkünfte der Einkommensteuer:

1. Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft
2. Einkünfte aus Gewerbebetrieb,
3. Einkünfte aus selbständiger Arbeit,
4. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit,
5. Einkünfte aus Kapitalvermögen,
6. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung,
7. sonstige Einkünfte im Sinne des § 22.

Die Einkunftsarten der Nr. 1–3 sind die sog. Gewinneinkunftsarten und werden i.d.R. durch Bilanzierung oder andere gesetzlich vorgeschriebene Gewinnermittlungsverfahren (z.B. § 4 Abs. 3 EStG, Tonnagebesteuerung etc.) ermittelt. Die Einkunftsarten der Nr. 4–7 sind die sog. Überschusseinkunftsarten, da sie sich aus dem Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben für diese Einkünfte (sog. Werbungskosten) ermitteln. Damit liegt dem Einkommensteuergesetz als grundlegender systematischer Gedanke das sog. Nettoprinzip zu Grunde. D.h. es werden in der Regel nicht nur die Einnahmen besteuert, sondern diese um Ausgaben (korrekter: Aufwand) gemindert um dem Gebot einer leistungsgerechten Besteuerung nachzukommen.

Die aus den vorgenannten Einkünften ermittelte Summe unterliegt sodann, unter Berücksichtigung von Sonderausgaben, außergewöhnlichen Belastungen und bestimmten pauschalen Abzugsbeträgen, der Besteuerung. D.h. auf diesen Betrag (sog. zu versteuerndes Einkommen) wird ein Steuersatz angewendet. Ebenfalls vor dem Hintergrund einer leistungsgerechten Besteuerung,

ist dieser Steuersatz nicht fix, sondern abhängig vom zu versteuernden Einkommen (sog. progressiver Steuertarif). Eine ledige, konfessionslose, kinderlose Person hätte für 2016 bei einem zu versteuernden Einkommen von EUR 30.000 Einkommensteuern + Solidaritätszuschlag in Höhe von rd. EUR 5.800 zu entrichten, wäre also mit ca. 19 % belastet; selbige Person wäre bei einem Einkommen von EUR 60.000 bereits mit ca. 30 % und bei einem Einkommen von 90.000 mit einem Steuersatz von rd. 35 % belastet.

Beide vorstehend dargestellte Prinzipien (Nettoprinzip und individueller Steuersatz) hat der Gesetzgeber mit Wirkung ab dem Veranlagungszeitraum 2009 für Kapitaleinkünfte durchbrochen.

Kapitaleinkünfte sind insbesondere Zinsen und Dividenden, aber auch Gewinne aus dem Verkauf von Aktien, soweit sie nicht zu einer der anderen Einkunftsarten (vgl. oben) gehören. Dadurch werden also vor allem private Kapitaleinkünfte steuerlich gesondert behandelt.

Für diese Einkünfte gilt nämlich ein gesonderter Steuertarif von 25 % zzgl. Solidaritätszuschlag (= 26,375 %). Dieser Tarif hat sodann Abgeltungswirkung, d.h. es fällt keine individuell höhere Steuer mehr an, die Kapitaleinkünfte gehen folglich auch nicht in die Summe der übrigen Einkünfte bzw. in das zu versteuernden Einkommen ein. Nachteilig wirkt für den Steuerpflichtige*n allerdings, dass in der Regel Bruttoeinnahmen bzw. Brutto-Veräußerungsgewinne besteuert werden, d.h. Ausgaben im Zusammenhang mit den Einnahmen und Veräußerungsgewinnen nicht von der Steuer abgesetzt werden können.

b) Kritik an der gegenwärtigen Situation

Das System der Abgeltungsteuer ist ungerecht, da es nicht dem Prinzip einer leistungsgerechten Besteuerung entspricht:

- Ausgerechnet volkswirtschaftlich minderwertigste Tätigkeiten (Kapitalanlage und Spekulation) werden steuerlich systematisch begünstigt
- Arbeitseinkommen und unternehmerische Tätigkeit werden steuerlich benachteiligt.
- Kapitaleinkünfte in großem Umfang erzielen in der Regel nur besonders wohlhabende und reiche Personenkreise. Insbesondere große Unternehmensinhaber*innen erzielen dabei Dividendenerträge in Millionenhöhe. Ihr Steuersatz ist mit 25 % damit kleiner als der einer Arbeitnehmer*in mit einem Einkommen von EUR 60.000.
- Dies fördert die weitere Ungleichverteilung von Vermögen in Deutschland und ist damit auch aus makroökonomischer Sicht nicht zu empfehlen.
- Dabei ist ferner zu beachten, dass die Kapitaleinkünfte aktuell nicht in die Bemessung des Einkommensteuertarifs einfließen und somit zusätzlich noch zu einem günstigeren Steuertarif für das restliche Einkommen führen.
- Es ist ferner zu bedenken, dass insbesondere durch verdeckte Gewinnausschüttungen Gestaltungen denkbar sind, in denen im Zusammenspiel mit GmbH-Beteiligungen besonders günstige steuerliche Situationen "herbei gestaltet" werden.
- Andererseits ist es aus Gerechtigkeitserwägungen nicht haltbar, dass faktisch Bruttoeinnahmen der Besteuerung unterworfen werden.
- Zusätzlich sei darauf hingewiesen, dass die Abgeltungsteuer keineswegs zu einer echten Verwaltungsvereinfachung geführt hat, stattdessen existieren von der Abgeltungsteuer zahlreiche Ausnahmen bzw. im Rahmen der Abgeltungsteuer notwendige Regelungen, in denen dennoch eine Veranlagung erfolgen muss oder kann. Mehrfache Berechnungskreise und Günstigerprüfungen sind erforderlich.

- Steuerpflichtige verstehen oft die auf Bankebene geführten Verlusttöpfe nicht bzw. stellen notwendige Anträge bei den Instituten (zum 15. Dezember) nicht und vergeben sich dadurch steuerlich günstige Verlustverrechnungen. Hingegen sind wohlhabende Personenkreise insoweit oft steuerlich beraten und daher abermals bevorteilt.
- Im Zusammenhang mit dem Kirchensteuerabzug mussten in den letzten Jahren viele Steuerpflichtige ihre Konfessionszugehörigkeit an Finanzinstitute melden, eine an sich höchstpersönliche und private Angelegenheit. Um den damit verbundenen datenschutzrechtlichen Bedenken zu begegnen, haben die Gesetzgeber*innen weiterhin die Möglichkeit aufrecht erhalten müssen, die Kirchensteuer nicht zu melden und die Kapitaleinkünfte dann doch durch die Finanzverwaltung einer gesonderten Veranlagung zu unterwerfen um die Kirchensteuer doch noch zutreffend erheben zu können.

Nach alledem ist die Abgeltungsteuer als administrativer Wahnsinn anzusehen und stellt eine ungerechtfertigte und unsoziale Bevorteilung wohlhabender und reicher Personenkreise da.

c) Lösungsansätze

Kapitaleinkünfte sollen wieder im regulären System der Einkommensteuer mit dem individuellen Steuersatz und unter Berücksichtigung angefallener Werbungskosten besteuert werden. Insbesondere wäre § 32d EStG aufzuheben und die §§ 20, 43 ff. und das InvStG wären grundlegend zu überarbeiten.

